

DIREKTE AKTION
anarchosyndikalistische Zeitung
H20318 · 36. Jahrgang
220 | November/Dezember 2013 EUR 1,50

Aus dem Inhalt

www.direkteaktion.org

Direkte Aktion · Feldbergstraße 14, 79115 Freiburg
Deutsche Post AG · PVSt · „Entgelt bezahlt" · VKZ H20318

Die Stadt und die Fabrik

Kämpfe um urbane Freiräume und klassische Betriebskämpfe – „Ein Problem nach dem anderen" oder „zusammen mehr erreichen"?

Die Stadt als Ort und Gegenstand von sozialen Protestbewegungen ist Ausgangspunkt vieler aktueller Kämpfe. Themen sind steigende Mieten, Zwangsräumungen, Kommerzialisierung der öffentlichen Räume, die aktuellen Kämpfe von Flüchtlingen auf den Plätzen, die Ausrichtung der Stadt auf Citymarketing sowie die generelle Inwertsetzung des ganzen Lebens. Weltweit sind Kämpfe um die Stadt aktuell. So zum Beispiel, wenn WanderarbeiterInnen in China ihren Aufenthalt in den Städten nicht mehr auf die Zeiträume begrenzen wollen, in denen es Arbeit für sie gibt.

David Harvey kritisiert in „Rebellische Städte" die Fixierung der Gewerkschaften auf die Produktion. Die Dynamiken des Kapitalismus beschränkten sich nicht auf die Produktion, daher sollten auch Gewerkschaften sich nicht darauf beschränken. Es stellt sich dennoch die Frage, ob die Kämpfe in und um die Stadt nicht eine Art „Feierabendwiderstand" (Roman Danyluk) darstellen, die statt Kämpfen gegen die Lohnarbeit, um die eigenen Arbeitsbedingungen oder gegen die Schikanen beim Amt geführt werden.

Sofern der Schlüssel zur Überwindung des Kapitalismus in der Mehrwerterzeugung durch die Ausbeutung von Arbeit liegt, können städtische Kämpfe davon dennoch nicht isoliert angegangen werden. Mietkämpfe beziehen sich, wie Friedrich Engels richtig feststellt, auf die Sphäre des Konsums. Analysen und Proteste, die die Produktionssphäre nicht einbeziehen, bleiben oberflächlich. Sie können weder die Entstehung der unterschiedlichen Positionen auf dem Wohnungsmarkt durch kapitalistische Verhältnisse noch den Bezug zwischen Lohnhöhe und für die Miete aufgebrachter Arbeitszeit fassen. Miet- und Kapitalverhältnisse müssen in ihrer Beziehung betrachtet werden, ohne eine der Seiten als „sekundär" abzuwerten. Bereits in der Pariser Kommune 1871 wurde zuerst die Nachtarbeit der Bäckereien abgeschafft und ein Mietmoratorium eingeführt.

Solange der Kapitalismus in der Stadt wie die Stadt im Kapitalismus angegangen werden, spielt es keine Rolle, ob die Kämpfe von der Stadt auf die Fabrik übergehen oder umgekehrt. Wenn wir es schaffen, eine andere Stadt zu erkämpfen, die nicht mehr auf einer Profitlogik basiert, sondern ein Recht-auf-Stadt für alle bereithält, dann kann dies auch der Ausgangspunkt für eine andere Gesellschaft sein.

Unbequeme Fragen ergeben sich: Wie sehen die „Klassenzusammensetzung" und die entsprechenden unterschiedlichen Interessen der MieterInnen aus? Wie verhalten sich Kämpfe in Produktion und Stadt zur reproduktiven Arbeit? In welcher Beziehung stehen unterschiedliche Herrschaftsverhältnisse wie Rassismus und Sexismus, die im Kampf um den öffentlichen Raum der Stadt ihren Ausdruck finden können, zum Kapitalverhältnis? Wie überschneidet sich die durch Verdrängung erzwungene Mobilität beim Wohnen mit „flexiblen" Arbeitsverhältnissen? Die Auseinandersetzungen werden sich in diesen Kämpfen schließlich auch an der entscheidenden Frage messen lassen müssen, ob es um eine reine Teilhabe am kapitalistischen Verwertungsprozess geht, oder es Perspektiven gibt, die bestehenden Verhältnisse zu überwinden.

Einen Ansatzpunkt für die Verbindung von Stadt- und Arbeitskämpfen können *Worker Centers* darstellen. Diese Treff- und Organisationspunkte von ArbeiterInnen im Stadtteil waren wichtige Ausgangspunkte für den migrantischen Streik 2006 in den USA. Er wäre ohne die sozialräumliche Verankerung im Stadtteil so nicht möglich gewesen. Ein weiterer Ansatzpunkt kann die Bedeutung von Arbeit für das Funktionieren städtischer Infrastruktur sein. Strategische Kämpfe im Transportsektor zeigen, dass die Stadt, aber auch die kapitalistische Produktion hier getroffen werden kann. Drittens muss die Forderung nach Vergesellschaftung von Wohnraum nicht in Konkurrenz zur Vergesellschaftung von Produktionsmitteln gesehen werden, sondern vielleicht als flankierender Schritt in eine ähnliche Richtung, nämlich einer Ausdehnung von Selbstbestimmung und -verwaltung auf möglichst alle Lebensbereiche. Das Mietshäuser-Syndikat stellt wohl eine der interessantesten Formen dar, innerhalb des Kapitalismus das selbstbestimmte und selbstverwaltete Wohnen zu organisieren und verkörpert damit eine reale Utopie. Es gilt jedoch auch hier: der Kapitalismus – hier in Form des Wohnungsmarktes – lässt sich nicht aufkaufen.

Es geht darum, verschiedene Interventionen gegen die kapitalistischen Verhältnisse soweit zu vernetzen, dass es gelingen kann, grundsätzliche Veränderungen herbeizuführen. Und so ist es auch syndikalistisches Handeln, im Hier und Jetzt die Zukunft schon aufblitzen zu lassen.

Anders Bauer

Die Militarisierung der Stadt

Aufstandsbekämpfung im Elendsviertel als militärisches Auslaufmodell?

Die Aufstellung der „Regionalen Sicherheits- und Unterstützungskräfte" (RSUKr) und der Bau der Übungsstadt Schnöggersburg bieten genug Anlass, sich über eine weitere Militarisierung der Stadt Gedanken zu machen. Bei den RSUKr handelt es sich um Reservisteneinheiten, die für den bewaffneten Einsatz im Inneren bereitgehalten werden. Schnöggersburg ist eine nur für Kampfübungen errichtete Geisterstadt mitsamt Flugplatz, Kraftwerk, U-Bahn und Elendsviertel. Liegt „die Zukunft der Kriegführung" also in den Städten?

Gegenwärtig ergibt sich aus der Praxis ein uneinheitliches Bild. Es zeigt sich, dass es beim Kampf um die Hauptstädte eher auf die Stärke der Luftstreitkräfte ankommt und die Kontrolle der Städte dann schnell privaten Sicherheitskräften überlassen wird – fokussiert auf „grüne Zonen" bei Vernachlässigung der Peripherie. Die Städte und ihre (Flug-)Häfen fungieren dann als Umschlagplätze für die Gefechte in abgelegenen Provinzen. Ein



US-Marines trainieren den Häuserkampf

Beispiel ist der jüngste, französisch geführte Militäreinsatz in Mali, mit dem eine neue Regierung eingesetzt wurde, fast ohne dass in der Hauptstadt selbst ein Schuss gefallen wäre.

Die Militarisierung der Stadt sollte also nicht dem Bild verhaftet bleiben, dass Panzer und Soldaten hier eine aufgebrachte Menschenmenge vom Sturm auf den Regierungssitz abhalten. Dies geschieht vielmehr durch ausdifferenzierte Diskurse und Technologien, an denen hauptsächlich zivile Akteure beteiligt sind. Diese dienen nicht nur der Aufstandsbekämpfung innerhalb der Stadt, sondern auch dazu, die Stadt für den Krieg produktiv und durchhaltefähig zu machen. Als kritische Infrastrukturen gelten dabei Einrichtungen, die das Funktionieren des Wirtschaftsstandortes und der politischen Steuerung aufrechterhalten. Das rückt automatisch auch die Verhinderung von Streiks und Blockaden, die diese Infrastrukturen betreffen könnten, verstärkt in den Fokus der Sicherheitspolitik. So wurden z.B. zur Beendigung des Fluglotsenstreiks 2010 in Spanien die Fluglotsen dem Militärrecht unterstellt.

Markus Knob

Catwalk

Quelle: Findus

„First we take Manhattan, then we take Berlin"... Wem gehört die Stadt, was passiert in ihr, wo manifestiert sich Widerstand?

Die Stadt als Ort globaler sozialer Kämpfe beleuchten wir in dieser Ausgabe der *DA*. Aus der Sicht einer föderal organisierten Basisgewerkschaft, die sowohl in die lokalen Kämpfe der Produktion als auch in die Verteidigung der Stätten der Reproduktion in den Vierteln vor Ort involviert ist. Städte sind selbst zu Fabriken geworden. Einige florieren, andere gehen bankrott. In den durchkapitalisierten urbanen Zentren wird bereits am Wohnungsmarkt entschieden, wer in ihnen arbeiten, also leben darf. Näheres auf den Seiten: 1, 3, 4, 5, 6, 9, 10, 11, 12

I-BNG: Chefduzen? Nachfragen!

Die Dresdner FAU stellt ihre Initiative Basisgewerkschaft Nahrung und Gastronomie (I-BNG) vor, die seit drei Monaten besteht. Die GenossInnen berichten über ihre Anfangserfolge, die sie mit der bewährten Registermethode errungen haben. Die Branchensektion ist inzwischen in sieben Betrieben vertreten und versucht, mit einem öffentlichen Lohnspiegel ein betriebsübergreifendes Grundlohnniveau durchzusetzen. Ein interessanter Versuch basisgewerkschaftlicher Organisation in einem Sektor prekärer Beschäftigung, der in vielen Städten ähnlich ablaufen könnte. Mehr Info über I-BNG auf Seite 7.

Kauf dich Glücklich!

Für viele ist er in den nunmehr acht Jahren seines Bestehens zum unverzichtbaren Begleiter durch das Jahr geworden: „SyndiKal", der kleine kollektive Organisator und Taschenkalender gegen die Zumutungen des Kapitals und der Lohnarbeit. Auch für das Jahr 2014 hat die Kalenderredaktion des Syndikat-A-Medienvertriebs wieder eine Vielzahl von Themen, Hinweisen und nützlichen Adressen für den täglichen Widerstand am Arbeitsplatz, beim Amt, in Schule, Uni und Stadtviertel zusammengestellt.



(6.50 Euro / Syndikat-A Medienvertrieb, Bismarkstr. 41a / 47443 Moers / www.syndikat-a.de)

FAU-Ticker

+++ Die FAU Mannheim hat sich dem lokalen „Recht auf Stadt"-Bündnis angeschlossen +++ Die FAU Berlin unterstützte die MieterInnendemo am bundesweiten Aktionstag „Keine Profite mit der Miete! Die Stadt gehört allen" +++ Die FAU Köln unterstützte die „soziale Kampfbaustelle" im Rahmen des Kölner Prostestcamps vom 28.9. bis 3.10. Um die Probleme der teilnehmenden 50 bulgarischen WanderarbeiterInnen anzugehen wurde das Rathaus gestürmt und legale Meldeadressen gefordert. Zusätzlich fand im Jobcenter ein „Zahltag" statt +++ Die FAU in Thüringen erklärt sich mit der Besetzung der Langenwiesener Straße 17 in Ilmenau solidarisch +++ Die FAU Mannheim hat auf ihrer Homepage Positionspapiere zur Betriebsrats- und zur Gewaltfrage veröffentlicht +++ Die FAU Stuttgart beteiligte sich an den Protesten gegen die zentrale Einheitsfeier in Stuttgart +++ Die FAU Hannover beteiligte sich an der DGB-Großdemo in Hannover am 7.9. +++ Die FAU Dresden beteiligte sich an „Pflege braucht Zukunft!"-Demonstration am 17. Oktober +++ Wer wissen möchte was die FAU Düsseldorf so macht, kann dies nun über ihre kostenlose App für Android-Geräte erfahren +++ Die FAU Berlin demonstriert wieder vor der Heinrich-Böll-Stiftung (mehr auf Seite 7) +++



Ein selbstverwalteter Gemüsegarten, angelegt vor dem Stadttheater Freiburg

Zurzeit ist ja wieder viel los in den Städten der Welt. Und zumindest medial scheint es so, als ob sich mittlerweile alle großen Bewegungen explizit auf die Stadt oder zumindest auf einen ihrer Plätze beziehen. Oppositionelle besetzten den Taksim-Platz in Istanbul, in Rio de Janeiro ist aus den Demonstrationen gegen Fahrpreiserhöhungen der städtischen Busse eine Protestbewegung entstanden und irgendwie scheint es als hätte die ägyptische Revolution ausschließlich auf dem Tahrir-Platz stattgefunden. Auch in Deutschland sind es nicht nur grünkonservative „WutbürgerInnen", die gegen ein gigantisches Bauprojekt und für alte Parkbäume zum ersten Mal auf die Straße gehen, sondern auch illegalisierte Flüchtlinge, die offensiv Plätze besetzen, um gegen ihre prekäre Situation zu kämpfen.

Und wahrscheinlich wird das so weiter gehen. Nicht nur, weil mittlerweile weltweit mehr Menschen in Städten als auf dem Land leben, sondern auch weil in den Städten viele Widersprüche des Kapitalismus aufeinandertreffen.

Als Redaktion „Betrieb und Gesellschaft" hat uns natürlich die Frage beschäftigt, ob diese Kämpfe auch einen gewerkschaftlichen Charakter haben, vielleicht sogar einen syndikalistischen? Oder lenken diese „Lifestyle"-Kämpfe von den sowieso viel zu sehr vernachlässigten Kämpfen in den Betrieben ab? Darum beschäftigt sich auch der Leitartikel auf Seite 1 mit dem Zusammenspiel der Kämpfe in Fabrik und Stadt.

Außerdem wollten wir euch noch ein positives Bild mitgeben. Eine Utopie wie denn eine syndikalistische Stadt aussehen könnte. Die derzeit stattfindenden Kämpfe versuchen ja meist konkrete (neoliberale) Umgestaltungen der Stadt zu verhindern. Leider haben wir auf der Suche nach dem ganz großen Entwurf für eine „Stadt für alle" nichts gefunden was über Phrasen wie dezentral, ökologisch, selbstverwaltet, … hinausgeht. Aber das muss ja kein Manko dieser Bewegungen sein. Im Gegenteil, dass sich auch mit kleinen Schritten der Syndikalismus, sozusagen auf Sicht, umgesetzt werden kann, zeigt das Beispiel der NachbarInnen-Netzwerke in Dresden Löbtau auf Seite 4.

Viel Spaß beim Lesen,

Eure Redaktion „Betrieb und Gesellschaft"

Lokalföderationen, Syndikate und Kontakte der Freien Arbeiter/innen-Union (FAU-IAA)

Region Nord

Bremen .... FAU-IAA Bremen, c/o Kurzschluss e.V., Lahnstraße 16, 28199 Bremen, (0151) 17 93 52 90, <fauhb@fau.org>, fau-bremen.comeze.com
Flensburg........ FAU Flensburg, c/o Infoladen Subtilus, Norderstraße 41, 24939 Flensburg, <fau-flensburg@fau-fl.org>, www.fau-fl.org, .
Hamburg .... FAU-IAA Hamburg, Fettstraße 23, 20357 Hamburg, Offenes Treffen: freitags 19 bis 21 Uhr, <fauhh@fau.org>, (040) 78800783
Hannover .... FAU Hannover, UJZ Korn, Kornstraße 28-30, 30167 Hannover. Treffen jeden Di. 21.00 Uhr, letzten Di. im Monat offener Abend ab 20.00 Uhr, Allgemeines Syndikat, <fauh@fau.org>, 2. Di. im Monat 21.00 Uhr; Gewerkschaft Gesundheitsberufe (GGB), <ggb-hannover@fau.org>, 2. Di. im Monat 21.00 Uhr
Kiel .... FAU Kiel, Postfach 20 61, 24019 Kiel, (0177) 5601030, <fauki@fau.org>
Oldenburg ...... FAU Oldenburg, <fauol@fau.org>
Ostholstein ..... Kontakt über Kiel
Rostock .... FAU Westmecklenburg, Postfach 14 10 23, 18021 Rostock
Vorpommern.... Kontakt über Westmecklenburg
Wismar........... Kontakt über Westmecklenburg

Region Süd

Aschaffenburg. Kontakt über Frankfurt/M.
Darmstadt ...... Kontakt über Frankfurt/M.
Dreieich .... Kontakt über Frankfurt/M.
Frankfurt/M. ... FAU Frankfurt, c/o DFG/VK, Mühlgasse 13, 60486 Frankfurt/Main, nach Absprache, Treffen: Sonntag um 19.00 Uhr. Offenes Büro: donnerstags von 19.00 - 21.00 Uhr nach Absprache, <fauffm@fau.org>, (0176) 51672990
Freiburg .... FAU Freiburg, <faufr@fau.org>, Treffen: jeden 3.Freitag im Monat ab 20 Uhr, Fabrik e.V., Habsburgerstr. 9, (Cafe im Hauptgebäude, 1 OG); Gewerkschaftliche Beratung: jeden 1. Donnerstag im Monat, von 20-21 Uhr, Strandcafe(Grether-Gelände), Adlerstr. 12
Fulda .... Kontakt über Frankfurt/M.
Karlsruhe........ FAU Karlsruhe, Viktoriastr.12 (Hinterhof), 76133 Karlsruhe, Treffen jeden 1.Samstag im Monat 16.00 Uhr, <fauka@fau.org>, www.fau-karlsruhe.org
Kassel............ Kontakt über Frankfurt/M.
Koblenz.......... FAU Koblenz, <fauko-kontakt@fau.org>
Lich............... FAU Lich, Postfach 1215, 35420 Lich, <fauli@fau.org>
Ludwigshafen .. FAU-Gründungsinitiative: faumalu@fau.org
Mainz............. Kontakt über Frankfurt/M.
Mannheim....... FAU-Gründungsinitiative: faumalu@fau.org
Marburg.......... Treffen montags ab 19.00 Uhr bei Radio Unerhört Marburg, R.-Bultmann-Str. 2b., <faumr@fau.org>
München .... FAU Lokalföderation München, Schwanthaler Str. 139 (Rgb.), 80339 München, www.fau-m.de, <faum@fau.org>, Allgemeines Syndikat: jeden zweiten Mittwoch (ungerade Kalenderwochen) ab 19 Uhr
Neustadt/W..... FAU Neustadt/Weinstraße, 67433 Neustadt/Weinstraße, (0157) 34668916, <faunw@fau.org>
Nürnberg .... FAU Nürnberg, Eberhardshofstraße 11, 90429 Nürnberg, Newsletter: faun_newsletter@fau.org, <faun_sekretariat@fau.org>, faunbg.blogsport.de
Offenbach ...... Kontakt über Frankfurt/M.
Regensburg..... FAU Regensburg, Treffen montags ab 19.00 Uhr im L.E.D.E.R.E.R Lederergasse 25, 93047 Regensburg
Saarbrücken.... Kontakt über Neustadt/W
Stuttgart........ FAU Stuttgart, c/o Demokratisches Zentrum, Wilhelmstr. 45/1, 71638 Ludwigsburg, <faus@fau.org>, (0176) 9222 0137, Treffen jeden 1. und 3. Donnerstag im Monat, 19 Uhr
Wiesbaden ...... GNLL-Kontakt, Kontakt über Frankfurt/Main
Trier .... Initiative FAU Trier, Kontakt über Frankfurt/Main

Region Ost

Altenburg .... Kontakt über Leipzig
Brandenburg.... Kontakt über Berlin
Berlin .... FAU Berlin, Lottumstr. 11, 10119 Berlin (U2 Luxemburg-Platz/U8 Rosenthaler Platz), <faub@fau.org>, www.fau.org/berlin, (030) 287 008 04. Offenes Büro freitags 17.00–20.00 Uhr. Infoveranstaltung für Interessierte und Neumitglieder „FAU – Wie funktioniert das?", 1. Fr. im Monat, 19.00 Uhr. Allgemeines Syndikat (ASy), 2. Mi. im Monat 19.00 Uhr. Sektion Kultur, erster Do. im Monat 20.00 Uhr <faub-kultur@fau.org>. Sektion Bildung, 1. & 3. Di. im Monat 19.30 Uhr <faub-bildung@fau.org>, Sektion Bau und Technik, 3. Mo. im Monat 19.00 Uhr, <faub-bautec@fau.org>, Branchenkontakt Soziales <faub-soziales@fau.org>, Foreign Members Section <faub-aus@fau.org>
Chemnitz .... FAU Initiave Chemnitz, <fau_chemnitz@gmx.de>, www.fau-chemnitz.blogspot.com
Dresden.......... FAU Dresden, Rudolf-Leonhard-Straße 39, 01097 Dresden, <faudd@fau.org>, asd.libertaeres-netzwerk.org, (0157) 38649518, Offenes Treffen: am 2. Mittwoch im Monat im „Trotzdem", Alaunstraße 81 und am 4. Freitag im Monat im „Wums e.V.", Columbusstraße 2
Halle/Saale...... VAB FAU Halle, Ludwigstraße 37, 06110 Halle, <fauhal@fau.org>, Offenes Treffen: 1. So im Monat 19 Uhr Bildungsinitiative: <bildungsinitiative@fau.org>
Leipzig .... VAB FAU Leipzig – und Landkreise Leipzig und Nordsachsen, c/o „Libelle", Kolonnadenstr. 19, 04109 Leipzig. Präsenzzeit: donnerstags 17.00 – 18.00 Uhr, <leipzig@fau.org>, Tel. (0341) 22 46 650, Bildungsinitiative: <bildungsinitiative@fau.org>, IT-Kontakt: <it-l@fau.org>
Meiningen .... Kontakt über Thüringen, Postfach 100139, 98601 Meiningen
Magdeburg...... FAU Magdeburg, c/o Infoladen Salbke, Alt Salbke 144, 39122 Magdeburg, <faumd@fau.org>
Thüringen .... FAU Thüringen, c/o veto. Papiermühlenweg 33, 99089 Erfurt, <fau-thueringen@fau.org>

Region West

Aachen .... FAU Aachen, <info@fau-aachen.net>, www.fau-aachen.net, Tel. (0176) 87519975
Bielefeld .... FAU Lokalföderation Bielefeld/OWL, c/o BI Bürgerwache e.V., Rolandstr. 16, 33615 Bielefeld, Themenabend jeden 2. Montag (ungerade Kalenderwoche) ab 18.30 Uhr, Raum 102 in der „Bürgerwache", www.fau-bielefeld.de.vu, <faubi@fau.org>
Bonn .... FAU Bonn, Netzladen, Breite Straße 74, 53111 Bonn, Treffen jeden Mi. 20.00 Uhr, außer am ersten Mittwoch im Monat. (0228) 90 93 171, <faubn@fau.org>, www.fau-bonn.de
Duisburg......... FAU Duisburg, Schwarz-Roter Stammtisch: Jeden 4. Do. im Monat um 19.00 Uhr in der Heimat Hochfeld, Gerokstraße 1, 47053 Duisburg, Info-Telefon und SMS: (0179) 325 86 48, <faudu@fau.org>, faudu.revleft.com
Düsseldorf ...... FAU Düsseldorf, Allgemeines Syndikat, Postfach 10 24 04, 40015 Düsseldorf, Fax: (01212) 5 110 29 174, Fon/SMS: (0179) 32 586 48, <faud@fau.org>, www.fau-duesseldorf.org
Köln .... FAU Köln, Öffentliches Treffen: jd. 2. Di im Monat 19 Uhr, Kontakt über <fauk@fau.org>, allgemeinessyndikatkoeln.blogsport.de
Krefeld .... Kontakt über Duisburg
Moers .... FAU Moers, c/o „Barrikade", Bismarckstr. 41a, 47443 Moers
Münster.......... FAU Münsterland, c/o Interkulturelles Zentrum Don Quijote, Nieberdingstr. 8, 48155 Münster, Präsenzzeit und offenes Treffen: 1.-3. Dienstag im Monat 19 Uhr, (0251) 5389797, <faums@fau.org>, www.fau-muensterland.de
Solingen .... FAU Solingen, www.fau.org/ortsgruppen/solingen/ Treffen jeden 3.Freitag im Monat 19.30 Uhr, Café Courage, Klemens-Horn-Str.3, 42655 Solingen, <fausg@fau.org>

AG Jugend & ASJ

Berlin .... ASJ Berlin, Lottumstraße 11 c/o FAU Berlin, 10119 Berlin <asj-berlin@riseup.net>, www.asjberlin.blogsport.de Vollversammlung: Jeden Dienstag 18.00 Uhr, Treffen der Jung und Billig Kampagne: 1. und 3. Do. im Monat 19.00 Uhr <info@minijob.cc>, www.minijob.cc
Bielefeld .... ASJ Bielefeld (Selbamachen), Infoladen Anschlag, Heeper Str. 132, 33607 Bielefeld <selbamachen@riseup.net> www.selbamachen.blogsport.eu Treffen: Jeden Dienstag 18.30 Uhr
Bonn .... ASJ Bonn, Le Sabot c/o ASJ Bonn, Breite Straße 76, 53111 Bonn, <asjbonn@riseup.net>, asjbonn.blogsport.de Offenes Treffen: 1. Mi. im Monat, im Netzladen, Wolfstr. 10
Göttingen ...... ASJ Göttingen, Nikolaikirchhof 7 c/o Buchladen Rote Straße, 37073 Göttingen, <asjgoe@riseup.net>, www.asjgoe.blogsport.de
Herne/ .... ASJ Herne/Recklinghausen, Wickingstr.7
Recklinghausen c/o Schwarz & Weidensdorfer Gbr. 45657 Recklinghausen, <asjruhrgebiet@riseup.net>, www.asjruhrpott.blogsport.de
Köln .... ASJ Köln, <asjköln@riseup.net> www.asjkoeln.blogsport.de
Leipzig .... ASJ Leipzig, Kolonnadenstr. 19 04109 Leipzig, Plenum: Jeden Montag um 20.00 Uhr, Tel./Fax: 0341/22 46 650 <asj-leipzig@googlegroups.com>, www.asjl.blogsport.de
Mainz............. ASJ Mainz, <asjmz@hotmail.de> www.asjmainz.blogsport.de
Moers .... ASJ Moers, Barrikade: Verein zur Förderung alternativer Kultur und Kommunikation e.V., Bismarckstr. 41a, 47443 Moers <asjmeors@riseup.net>, www.asjmoers.blogsport.de
NRW .... Regionalföderation NRW, <asj-nrw@riseup.net> www.asjnrw.blogsport.de

Bundesweite Branchen-Koordinationen

Bildungswesen . <bsy-public-info@list.fau.org>
Leiharbeit .... www.fau.org/leiharbeit
Gesundheits- und Sozialwesen, Lebensmittel und Landwirtschaft, IT: Regionale Kontakte siehe www.fau.org/syndikate

Regionalkoordinationen

Nord............. FAU Hannover <reko-nord@fau.org>
Ost .... FAU Berlin <reko-ost@fau.org>
West .... FAU Münsterland <reko-west@fau.org>
Süd .... FAU Frankfurt/M. <reko-sued@fau.org>

Geschäftskommission der FAU-IAA

FAU-IAA, c/o Buchladen Le Sabot, Breitestr. 76, 53111 Bonn, <geko@fau.org>

Internationales Sekretariat der FAU-IAA

FAU-IAA, c/o Buchladen Le Sabot, Breitestr. 76, 53111 Bonn, <is@fau.org>

Internationale ArbeiterInnen-Assoziation (IAA)

IAA/IWA/AIT-Sekretariat, Oslo (Norwegen), Secretariat of the International Workers Association, Boks 1977, Vika, 0121 Oslo, NORVÈGE, Tel./Fax: +47 22 30 06 40, <secretariado@iwa-ait.org>, www.iwa-ait.org

Schweiz

Bern............. FAU Bern, Quartiergasse 17, CH-3013 Bern, www.faubern.ch

Österreich

Föderation der ArbeiterInnen-Syndikate (FAS) — www.syndikate.at
Die FAS besteht aus:
Wien............. Wiener ArbeiterInnen Syndikat (WAS), c/o „Hängematte", Stiftgasse 8, 1070 Wien, <W-AS@gmx.at>, wiensyndikat.wordpress.com
Oberösterreich . Allgemeines Syndikat Oberösterreich, Infoladen Wels c/o ASOÖ, Anzengruberstr. 8, 4600 Wels, Tel. +43 (0)650 69 32 864, <syndikat_ooe@linuxmail.org>

Bewaffneter Wachschutz im Treppenhaus

Eine Wohnungsgenossenschaft krempelt ein Quartier – und ihr Verständnis von „sozialverträglichem Wohnraum"

Gentrifizierung, die Aufwertung, durch die noch bezahlbarer Wohnraum, zugunsten (luxus)sanierter Objekte weichen muss und in deren Folge nicht zahlungskräftige Menschen an die Außenränder der Städte gedrängt werden, ist ein selbst in der bürgerlichen Medienlandschaft nicht mehr zu verleugnendes Problem. Ein Genosse aus Freiburg ist jetzt mit dieser Tatsache und ihren Folgen konfrontiert. Herbert, 63, verwitweter Rentner und Mitglied der ca. 17.000 Mitglieder zählenden Freiburger Baugenossenschaft „Bauverein Breisgau eG" (BVB), lebt seit sieben Jahren in seiner Wohnung und hat einen Dauermietnutzungsvertrag. Den bisherigen Mietpreis kann er noch gut aufbringen. Jetzt sollen er und viele andere MitbewohnerInnen und NachbarInnen raus. Wir sprachen mit Herbert.

Du lebst in einem Quartier direkt an der Uni-Klinik, wo Wohnraum bisher relativ günstig war, da die Eigentümerin BVB laut Satzung sozialverträglichen Wohnraum für ihre Mitglieder geschaffen hat. Das ändert sich nun.

Mit Entsetzen haben wir BewohnerInnen durch einen Artikel in der lokalen Presse vom 8. Mai 2012 erfahren, dass unser Wohnquartier im Zuge der Neugestaltung des Uni-Klinikum-Geländes neu bebaut werden soll. Die Wohnungen sollen, auf Behauptung, sie seien in einem schlechten Zustand, der sich nicht mehr zu renovieren lohne, in drei Bauphasen abgerissen und das Gelände neu bebaut werden. Erst zwei Tage nach Veröffentlichung des Presseartikels wurden wir von der BVB mit einer lächerlichen Entschuldigung über deren Vorhaben informiert. Die ganze Farce wurde uns dann auf einer rasch einberufenen MieterInnenversammlung etwa einen Monat später offen gelegt. Für uns BewohnerInnen ganz klar ein abgekartetes Spiel. Das ist eigentlich eine Form der Transparenz, die ich so von einer Genossenschaft nicht erwartet hätte. Wir wurden also über die lokale Presse über unsere Zukunft aufgeklärt.

Um wie viele Wohnungen, sprich Wohnblöcke, die nun den abgerissen werden sollen, handelt es sich und wem boten diese bisher Wohn- und Lebensraum?

Es handelt sich um 170 Wohnungen, auf fünf Blöcke verteilt, die in den ersten beiden Bauabschnitten abgerissen werden. Der dritte würde dann in 10-15 Jahren erfolgen, also sind es insgesamt 230 Wohnungen. Hier wohnten viele ältere und alte Menschen, zum Teil schon seit über 40 Jahren. Aber auch einkommensschwächere junge Menschen, Studenten, Paare und Einzelpersonen, sowie einige Kleinfamilien, für die günstiger Wohnraum existenziell ist.

Wurde euch von der Genossenschaft vermittelt, was denn hier zukünftig geschaffen werden soll? Und was denkst Du, für wen die Neubauten angedacht sind?

Die BVB denkt an kliniknahe Dienstleistungen, aber vor allem an Wohnungen in unterschiedlicher Größe für Angestellte der Uni-Klinik. Da die Wohnungen nach dem neusten Stand der Technik gebaut werden sollen, steigt der Quadratmeterpreis, wohl mindestens um das Doppelte. Somit kann man davon ausgehen, dass die Wohnungen hauptsächlich für gutverdienende Klientel attraktiv sein sollen und solche, für die die Nähe zum Klinikum wichtig ist und die deshalb eine hohe Miete in Kauf nehmen (müssen). Kurios ist hierbei, dass so ein Vorhaben, also überteuerten Wohnraum ihren Mitgliedern anzubieten, sicherlich nicht im Sinne von Genossenschaftssatzungen sein kann. Die BVB hat ihre Satzung in den letzten Jahren ehedem immer wieder den neoliberalen Umstrukturierungen angepasst.



Kundgebung vor Herberts Haus

Was hat man den BewohnerInnen als Ersatz angeboten?

Man hat uns angeboten, Wohnungen aus dem Genossenschaftsbestand zu vermitteln, die in etwa auf dem gleichen Preis-Leistungs-Niveau liegen sollen. Ebenfalls Umzugshilfe und Mietpreisbindung zum jetzigen Quadratmeterpreis auf 3 Jahre, erst danach können Mieten erhöht werden.

Nun könnte man auf den Gedanken kommen, dass sich das auf den ersten Blick ganz gut anhört.

Hier sehe ich aber den sozialen Aspekt als entscheidenden Faktor. Die BewohnerInnen werden aus ihrer gewohnten und vertrauten sozialen wie infrastrukturellen Umgebung gerissen. Viele der älteren Menschen empfanden die unmittelbare Nähe zur Uni-Klinik als Gefühl der Sicherheit. Es herrschte ein gutes und nachbarschaftliches Verhältnis, ein über einen langen Zeitraum gewachsener, gut funktionierender Sozialraum.

Aktuell bist Du einer der letzten Bewohner des ersten Bauabschnittes. Warum haben viele die Angebote letztlich doch angenommen?

Eine Wohnung zu bekommen, die in einem besseren und renovierten Zustand ist, war sicher für viele verlockend. Dann auch die zugesicherte temporäre Mietpreisbindung. Ich denke, dass dies zwar zunächst eine Verbesserung für den/die Einzelnen bedeuten kann; hier fehlt vielen aber ein individueller, wie vor allem auch politischer Weitblick. Individuell, weil die tatsächlichen Wohnkosten der neuen Wohnungen sie in einigen Jahren knallhart einholen werden, und eine zukünftige Verminderung der sonstigen Lebenskosten und ein Anstieg der Löhne im Kapitalismus sicherlich nicht vorgesehen sind. Politisch, weil ein intakter Lebensraum mit preiswerten Wohnungen und guter, auch sozialer, Infrastruktur somit zugunsten eines Quartiers für Besserverdienende weichen muss. Längerfristig gesehen werden die anderen Wohnungen der BVB auch saniert werden müssen, was sich aus Sicht neoliberaler Verwertungslogik aber nicht lohnt, ergo werden auch sie sicherlich abgerissen und somit irgendwann der ganze Genossenschaftsbesitzstand an günstigem Wohnraum vernichtet werden.

Gab es irgendwelche Formen von Widerstand seitens der BewohnerInnen?

Es wurde recht bald eine MieterInnen-Initiative gegründet und sich auch regelmäßig getroffen, ausgetauscht und besprochen. Die Empörung und Beteiligung waren anfangs recht groß, haben aber nach den Angeboten seitens der BVB letztendlich stark nachgelassen. Auch die bürgerliche Presse hat uns nicht unterstützt und Artikel z.B. erst einmal dem BVB vorgelegt. Das ist aus journalistischer Sicht zum Faktenabgleich natürlich richtig, jedoch wurde die Darstellung der BVB einfach kritiklos geschluckt. Generell war aber das Interesse von Presse als auch Stadtverwaltung sehr gering. So haben fast alle irgendwann resigniert.

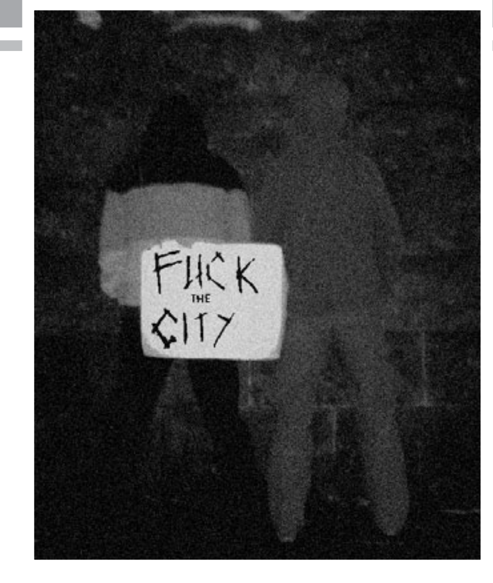
Wie sieht es derzeit bei dir aus und wie wird es für dich weitergehen?

Bei Erscheinen dieser DA-Ausgabe bin ich wahrscheinlich der letzte verbliebene Mieter der betroffenen Wohnungen der ersten Bauphase. Bisher habe ich noch keine für mich akzeptable Wohnung angeboten bekommen. Ich hoffe mal, die Baugenossenschaft findet hierfür noch vor Abriss eine Lösung für mich [lacht]. Die neueste Entwicklung ist ein bewaffneter Sicherheitsdienst, der hier nachts herumgeistert und patrouilliert. Diese repressive Methode soll wohl Verbliebene wie mich einerseits einschüchtern und abschrecken. Andererseits scheinen BVB, Stadt und Polizei noch Widerstand aus einer anderen Richtung zu befürchten: Nämlich der sehr regen Freiburger HausbesetzerInnen-Szene.

Herbert, danke für deine klaren Worte und viel Glück für deine weitere Wohn- und Lebenssituation!

Gotthilf Vierer

Kolumne Durruti



Und wieder mal mach ich mich auf den Weg, raus aus dieser Häuslebauer-CDU-Hochburg-Umlandgemeinde, in der ich eine Bruchbude bewohne, rein in die Stadt, in der ich arbeite und in der ich mir das Wohnen nicht mehr leisten kann. Nach 500 Metern geb' ich das Zeitunglesen auf. Seit die Busgesellschaft überwiegend 450-Euro-Jobber einstellt, ist die Busfahrerei eh' so ein Abenteuer für sich geworden. Meine MitfahrerInnen beobachtend, fällt mir immer wieder die Parabel von den „Leuten mit den hängenden Schultern" ein. Sie sitzen in Bussen und Bahnen. Früh morgens, spät abends. Ihre Schultern hängen kraftlos am Körper herunter. Die Beine eingesackt, die Arme baumeln, die Köpfe hängen nach unten. Ihre Augen müde, ohne Glanz; die Mundwinkel nach unten verzogen oder so gerade wie die EKG-Kurve eines soeben Verstorbenen. Sie starren auf belanglose Zeitungen, auf ihr Handy oder ins Nichts. Woher sie kommen, wohin sie gehen? Von und zur Maloche. Lang'schen Robotniks gleich – die Werksirene bestimmt Tagesanfang und -ende. Die Stechuhr gibt den kirremachenden Takt vor. Ticktackticktack, der Taxi-Driver grüßt. Zu Nummern degradiert, wie die aus dem Zieh-Automaten der ARGE.
Weiter vorbei an diesem etwas anderen Häuslebauerviertel, in dem die absteigende Mittelschicht sich bei Alnatura ihrer sozialen Identität rückversichert; wo mensch „bewusst lebt" – oder zumindest in der Hoffnung, nicht im Aldi gesehen worden zu sein. Nicht wie dort hinten, auf der anderen Seite der Bahnbrücke, wo es keine Gymnasien gibt, wo jene leben, die keine Bude, die der Bank gehört, ihr Eigenheim nennen. Die ohne dieses „grüne Bewusstsein". Wie war das noch mit dem Fressen und der Moral? Doch die Gangart des Überlebenskampfes von einem Monatsanfang zum nächsten wird immer härter, fast (aber halt auch nur fast) egal auf welcher Seite welcher Stadt du auch wohnst. Ein bisschen weniger Zuckerbrot hier, etwas mehr Peitsche da, oder umgekehrt. Herrschaftssichernd ziehen sich die Spaltungslinien durch die Stadt und die Köpfe.
Der Bus bahnt sich seinen Weg durch das gähnende Grau, hier und da unterbrochen durch das Bunt irgendeiner Reklame als letzter legaler Farbe.
Auf den ersten Blick gleicht diese urbane Gesellschaft einem chaotischen, humanoiden Ameisenhaufen. Bei näherem Hinsehen wird er zu einem gewaltigen Uhrwerk Orange der Profit- und Machtmaximierung. Das Sozialverhalten der Insassen gleicht zunehmend dem von Legebatteriehühnern, die sich gegenseitig die Federn auspicken. Menschliche Natur oder Produkt der Gefangenschaft? Rate mal mit Rosenthal.
Nächste Station Innenstadt: Unleichen torkeln bewusstlos die Fußgängerzone rauf und runter in dem sinnlosen Versuch sich ein Stück ihres gestohlenen Lebens zurückzukaufen. Big Brother – live dabei. „Wer freitagmorgens in der S-Bahn fährt, weiß warum wir aussterben müssen", sangen „Razzia". Aber eine andere Stadt ist möglich. Eine Gesellschaft, in der die Bedürfnisse jeder und jedes Einzelnen befriedigt werden, durch das komplexe Zusammenspiel der Fähigkeiten und Kenntnisse vieler Anderer – ist sie irgendwie jetzt schon. Nur ist das halt so ein Zwangs-„Zusammenspiel", und das mit den Bedürfnissen ist auch so 'ne Sache. Leben oder Überleben – am Ende die Frage: Wer entscheidet was und wie. Die Frage nach den Besitzverhältnissen. „Alle oder Keiner", tönt's aus der Kita um die Ecke.
Endlich da. Ich steig' aus. An der nächsten Ecke steht „xqp" an die Wand getaggt. Möglicherweise bedeutet es nicht viel bis nichts, und stellt doch dezent die Frage: "Wem gehört die Stadt?"

Gert Brillinger und Gotthilf Vierer

TERMINE

☞**Berlin**
Fr. 08. November, 19.00 Uhr
FAU-Gewerkschaftslokal, Lottumstr. 11, (U2 Rosa-Luxemburg-Platz oder U8 Rosenthaler Platz)
Info: Unabhängige Gewerkschaften in Ägypten
Seit der Revolution 2011 gehören Arbeitskämpfe von unabhängigen Gewerkschaften in Ägypten zum Alltag.

Fr. 22. November, 19.00 Uhr
FAU-Gewerkschaftslokal, Lottumstr. 11, (U2 Rosa-Luxemburg-Platz oder U8 Rosenthaler Platz)
Diskussion: Wofür wir gerne zahlen – Alternativen zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk
Wie könnten diese Alternative aussehen und finanzieren werden?

☞**Bielefeld**
Sa. 23. November, 14.00 Uhr
FAU-Büro, Metzerstr. 20
Eröffnung des FAU-Gewerkschaftsbüros
mit Texten, Lesungen, Musik, Kaffee, Schnittchen, Sekt und Selters

☞**Erfurt**
Fr. 8. November, 20.00 Uhr
Veto, Papiermühlenweg 33
Die libertäre Revolution in der Ukraine 1917-1921.
Vortrag von Roman Danyluk

☞**Freiburg**
Sa. 23. November, 20.00 Uhr
KTS
Soliparty der FAU Freiburg
Für den Aufbau der Streikkasse

☞**Hamburg**
Fr. 15. November, 19.00 Uhr
Berliner Kollektivbetriebe-Vernetzung
Fr. 6. Dezember, 19.00 Uhr
Kommune Niederkaufungen
Schwarze Katze, Fettstr. 23, (U Christuskirche, U/S Sternschanze)
Teil der Vortragsreihe „Kollektivbetriebe und postkapitalistische Ökonomie"

☞**Jena**
Donnerstag, 7.November 2013, 20 Uhr
Frei(t)raum, Carl.-Zeiss-Str.3
Die libertäre Revolution in der Ukraine 1917-1921.
Vortrag von Roman Danyluk

☞**Mannheim**
Do, 28. November, 20.00 Uhr
wildwest, Alphornstr. 38
Vortrag: 95 Jahre Novemberrevolution in Mannheim
Wie kam es 1918 in Mannheim zu einer Massenbewegung mit revolutionären Inhalten?

☞**Neuss**
Mi, 20. November, 19.00 Uhr
KisteDrei58, Jülicher Straße 58
Vortrag: Wer sich nicht wehrt ... Einführung in den AnarchoSyndikalismus
Diese Einführung behandelt Theorie und Praxis der anacho-syndikalistischen Bewegung.

☞**Wolgast**
Sa. 9. November
Nazi-Fackelmarsch verhindern

Zahlen, bitte!

Wohnkosten fressen Einkommen!
Mit 28,3% sind die Wohnkosten (warm) der größte Ausgabenposten. Bei armutsgefährdeten Personen sind es sogar 50%. Es gibt deutliche regionale Unterschiede: Im Süden liegen die Wohnkosten (kalt) bei 18-28% , im Norden sind es 9-15%, im Westen 12-20% und im Osten 9-17%.

Zwangsräumungen
In Spanien stehen 2 Mio. Wohnungen leer, gleichzeitig werden fast täglich Menschen auf die Straße gesetzt. Seit der Krise wurden bereits mehr als 400.000 Wohnungen geräumt. In den USA wurden 13 Mio. Haushalte geräumt.

Recht auf Stadt
Unter dem Motto „Keine Profite mit der Miete – die Stadt gehört Allen“ gingen am 28.9. in über 10 Städten 10.000 Menschen auf die Straße. Mit Demos, Besetzungen und vielfältigen Aktionen fand bundesweit ein Tag gegen den Mietwahnsinn statt.

Die entfremdete Stadt

...und anarchosyndikalistische Ansätze einer Stadtteilorganisation

Wenn wir unsere Arbeitskraft im Betrieb verkaufen, so ist den meisten von uns klar, dass wir diese Arbeit nicht etwa für uns oder für das Allgemeinwohl leisten. Was wir von den Waren und Dienstleistungen halten die wir produzieren, interessiert unsere ArbeitgeberInnen herzlich wenig. Wir haben keine oder nur minimale Mitbestimmungsrechte was Art, Verwendung und Beschaffenheit der von uns produzierten Güter betrifft. Ebenso gehört das, was wir geschaffen haben, nicht uns. Die Arbeit hat mit uns als Personen quasi nichts zu tun. Ebenso verhält es sich mit den meisten Gütern die wir konsumieren. Wir wissen nicht wer sie hergestellt hat, haben zu dem Produkt und denen die es geschaffen haben, keinerlei greifbare Beziehung.

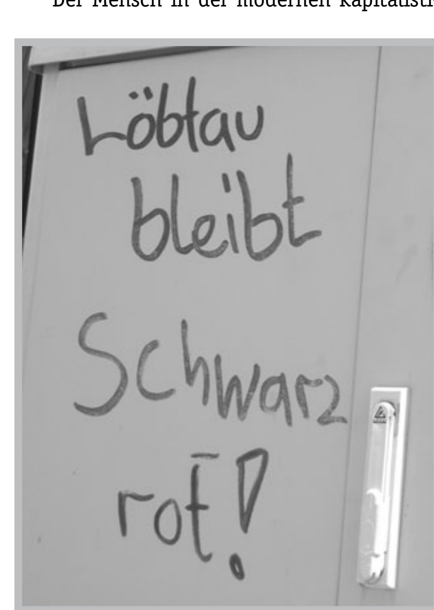
Da auch die einzelnen Bestandteile der Stadt Waren sind, setzt sich diese Entfremdung in ihr fort. Weder die ArbeiterInnen, die ihre Bestandteile herstellen und pflegen, noch die lohnabhängigen[1] „KonsumentInnen“, also die BewohnerInnen, haben wirklichen Anteil an ihrer Gestaltung, Nutzung und Entwicklung.

Über unser Lebensumfeld entscheiden vordergründig Kapitalverhältnisse. Faktoren wie die Nähe zur Arbeit, Schule, Mietkosten, Bedingungen der VermieterInnen und vorhandene Angebote auf dem Wohnungsmarkt spielen bei der Wahl unseres Wohnumfeldes i.d.R. eine weitaus größere Rolle als die Frage nach der Nachbarschaft, unseren privaten Vorlieben und den Gestaltungsmöglichkeiten im Stadtteil. NachbarInnen bleiben meist unbekannt, Eigenheiten und Vorgänge im Stadtteil bekommen wir nur am Rande mit.

In unseren Mietwohnungen werden uns Wohnstandards, Haus- und Grundstücksregeln meist von der Vermietung diktiert. Kreative Gestaltung oder die freie Aushandlung von Normen des Zusammenlebens sind Luxus, der sich meist nur mit einem hohen Einkommen finanzieren lässt.

Ebenso verhält es sich mit unserem erweiterten Wohnumfeld. Die Gestaltung städtischer Flächen, die Straßenführung, die Bereitstellung öffentlicher Einrichtungen wird in den Stadtparlamenten oft kurzfristig und hinter verschlossener Tür entschieden. Wollen Nachbarschaften Einspruch gegen unliebsame Bauprojekte o.ä. Erheben, benötigen sie meist zu viel Zeit um sich zu organisieren und sich im Ränkespiel zwischen Paragraphendschungel, Vertröstungen und gespielter Bürgerbeteiligung zurechtzufinden. In dieser Zeit werden von Investoren und Stadtregierungen gerne unumkehrbare Tatsachen geschaffen. Wenn es um private Grundstücke und Immobilien geht, ist die Ohnmacht noch größer – wer das Geld hat, hat die Macht, wer keins hat, hat Pech.

Der Mensch in der modernen kapitalistischen Stadt ist ein atomisiertes Individuum, das von den herrschenden Verhältnissen im Gefühl der Ohnmacht und Beziehungslosigkeit gehalten wird.



Stadt ohne Sprache

Doch auch die konkrete Ästhetik der Stadt spricht die Sprache der kompletten Kapitalisierung des urbanen Zusammenlebens. Öffentlicher Raum, das kann der Ort für Gestaltung, Kreativität und urbane Kommunikation sein. Faktisch ist Stadt heute aber in Struktur gegossene Sprachlosigkeit, oder besser: Die Kapitalseite spricht, der Rest hat die Fresse zu halten. Fassaden, Parks, Gehsteige – alles hat nach geschriebenen und ungeschriebenen Gesetzen glatt und normiert auszusehen. Eine Innenstadt, ein Vorort, eine Plattenbausiedlung, ein Gründerzeitviertel etc. sieht aus wie viele andere. Abwechslung bringen meist nur historische Prunkbauten und Prestigeobjekte. Die Kapitalseite spricht. Was fehlt, ist Platz für verwilderte Flächen, für Orte und Häuser, die NachbarInnen einfach nach ihren Bedürfnissen gestalten können. Was sich in der Stadt ablesen lässt: Die neuesten Konsumangebote, die ungefähre Preislage der Wohnungen, der aktuell angesagte Pastellton unter Baufrauen/-herren, vielleicht die Zuzugsrate. Was sich nicht ablesen lässt: Wer sind die BewohnerInnen der Häuser, was denken sie, was finden sie schön? Was machen sie gerne?

Als eine Gegenbewegung zu dieser Entpersonalisierung und der Entfremdung des Raumes können dagegen Graffiti und andere Formen von Streetart betrachtet werden. Mit der illegalen Handlung erhält die Stadt Merkmale, die mit der handelnden Person in Beziehung stehen. Auch kompensiert Streetart die Zentralisierung von öffentlicher Debatte, in dem sie oftmals politische Sachverhalte kommentiert oder in Frage stellt. Aber auch reiner Vandalismus ist sicher oft ein Ausdruck – wenn wohl auch meist unbestimmter – Rebellion gegen die Machtlosigkeit und Entfremdung des/der Handelnden. So gesehen bilden Zerstörung und Neugestaltung des urbanen Erscheinungsbilds die wohl am weitesten verbreitete direkte Aktion gegen die heutigen politischen Verhältnisse.

Ausbruch, der Drang zur Selbstbestimmung

Gerade im Hinblick auf urbane räumliche Gestaltung zeigt sich, wie stark der menschliche Drang nach Selbstgestaltung und -bestimmung ist. Kinder, die in der Stadt aufwachsen, spielen wie selbstverständlich auf verwilderten Grünflächen und heruntergekommenen Ruinen, bauen sich eigene Refugien, schaffen Räume der Selbstbestimmung und der kreativen Verwirklichung. Das etwas Schlimmes daran sein könnte ein Stückchen Welt zu benutzen, müssen Eltern, Schule und Staat erst noch in ihre Köpfe hämmern. Auch in der Jugend setzt sich dieses Phänomen oft in Form von stillen Hausbesetzungen fort. Was meist als Treffpunkt zur Erlangung jugendlicher Autonomie beginnt, weitet sich immer wieder zu Wohnbesetzungen junger Menschen aus. Der Regelübertritt geschieht hier meist bewusst, mal aus Protest, mal aus Freude am Kitzel, mal aus der Selbstverständlichkeit heraus, dass die heutigen Besitzverhältnisse eine ungerechte Absurdität sind.

Erscheinungen dieser mehr oder weniger politisch motivierten Regelübertritte im Ringen um Selbstbestimmung und freie Nutzung der Stadt ließen sich noch viele finden, z.B. die Umgestaltung von Grünflächen, spontane Happenings im Park, Feiern in leerstehenden Industrieruinen, öffentliche Hausbesetzungen usw. Meist verhindern jedoch der mangelnde Rückhalt in der NachbarInnenschaft, die massive städtische und staatliche Repression oder der von Beginn an temporäre Charakter dieser Aktionen nachhaltige Veränderungen.


Das Eckhaus Wernerstr./Columbusstr. – bekannt durch das linke Wohnprojekt „Praxis“

Ein bisschen anders

Konkrete Ansätze, wie es über den Rahmen einzelner linker Hausprojekte oder Wagenplätze hinaus möglich ist, sich gemeinsam zu organisieren, bietet ein Blick in einen Teil des Dresdner Stadtteils Löbtau. Schon vor Jahren waren hier unabhängig voneinander ein selbstverwaltetes Studierendenheim, ein linkes Hausprojekt und kostengünstige ArbeiterInnen-WGs entstanden. Seit 2009 häuften sich Auseinandersetzungen mit FaschistInnen, die auch immer wieder BewohnerInnen des Viertels attackierten. 2011 gipfelte die rechte Gewalt in einem Angriff von 250 FaschistInnen auf insgesamt vier Häuser der Nachbarschaft. Dieser bittere Anlass ließ die NachbarInnen näher zusammenrücken. Am Tag danach wurden die gröbsten Schäden zusammen beseitigt und eine erste NachbarInnenversammlung einberufen.

Mittlerweile entwickelte sich daraus ein NachbarInnennetzwerk aus über hundert Menschen, die sich kennen und mal mehr, mal weniger miteinander kooperieren. Aus den verschiedenen Kreisen entwickelten sich kulturelle und politische Veranstaltungsreihen, DIY-Angebote, zwei kollektiv genutzte Gärten, eine selbstgebaute Nachbarschaftssauna, ein Emailverteiler, um Termine, politische und soziale Geschehnisse bekannt zu geben, aber auch Zimmer- und Wohnungssuche zu koordinieren. Immer wieder wurden dabei selbstverständlich Mittel der direkten Aktion genutzt und nicht nach Gesetz, sondern nach moralischer Beurteilung gehandelt. Daneben wirkt sich die soziale Vernetzung der NachbarInnen auch in alltäglicher Hilfe und einem verbesserten Klima aus. Der wichtigste Fortschritt ist aber vielleicht der, dass progressive MitarbeiterInnen des Grünflächen- und Stadtplanungsamts das Plenum und die Einzelpersonen der Nachbarschaftsvernetzung als Verhandlungspartner zur Neugestaltung von Flächen im Stadtteil anerkannt haben. So wird aktuell die zweite Fläche nach den Wünschen der NachbarInnen gestaltet, und es konnten halbwilde Grünflächen, eine Streuobstwiese, Hängematten, Graffitiwände und mehr durchgesetzt werden.

Was hat das mit Syndikalismus zu tun?

Die FAU ist heute noch keine große Gewerkschaftsföderation und ist gezwungen, sich vor allem auf gewerkschaftliche Kernaufgaben des Arbeitskampfs zu konzentrieren, um an Breite, Bekanntheit und Wirkmacht zu gewinnen. Das Konzept anarchosyndikalistischer Organisation bedeutete aber schon immer mehr als den reinen Kampf in der kapitalistischen Produktion. Nach dem Konzept der Arbeiterbörsen haben die lokalen FAU-Gewerkschaftstrukturen langfristig auch die Aufgabe, alle anderen gesellschaftlichen Belange zu organisieren oder mit anderen emanzipatorischen Initiativen in diesem Sinne Hand in Hand zusammenzuarbeiten.

In den Nachbarschaften kann die FAU in diesem Sinne z.B. Strukturen aufbauen, um die aktive Selbstorganisation der BewohnerInnen zu fördern. Praktisch kann dies zum Beispiel in der Schaffung von Nachbarschaftsinformationsbüros geschehen, die nicht nur gewerkschaftliche Beratungen anbieten, sondern ebenso Angebot und Nachfrage für ehrenamtliche Pflege- und Hausarbeiten vermitteln. Mit eigenen Fonds könnte die Schaffung von sozialverträglichen und kollektiv organisierten Wohn- und Arbeitsräumen in Angriff genommen werden, Grünflächen unter Verwaltung der AnwohnerInnen gebracht werden usw.[2] Ebenso könnten in den Nachbarschaften mit Hilfe der FAU Umsonstläden und Vertriebskollektive für kollektiv produzierte Waren[3], soziale Zentren, freie Kindertagesstätten usw. entstehen. Sicher sind auch hier der Ausbreitung durch die Kapitalverhältnisse starke Grenzen gesetzt. Doch schon heutige Beispiele zeigen, dass bundesweit und international föderierte Strukturen finanziell und politisch um ein vielfaches schlagkräftiger sind als zufällig vernetzte Einzelinitiativen. Schließlich ermöglicht jede weitere selbstkritisch-kollektive Struktur neue Freiräume, um Konzepte der Selbstverwaltung und partiell auch der Schenkwirtschaft zu erproben, in Frage zu stellen und zu optimieren und so die komplette Übernahme aller gesellschaftlichen Belange in Selbstverwaltung ein bisschen möglicher zu machen.

Wolf Meyer, Dresden

[1] Gemeint sind hier nicht nur Menschen in einem Lohnverhältnis, sondern ebenso z.B. Menschen, die auf den Lohn von Angehörigen oder staatliche Transferleistungen angewiesen sind.

[2] Siehe dazu das schon heute gut funktionierende Mietshäusersyndikat, das Kollektiven bei der Schaffung selbstverwalteter Häuser und Flächen rechtlich und finanziell hilft.

[3] Siehe Artikel zum Konzept „Gewerkschaftlich organisierter Betrieb“ („Geiles Label sucht cooles Kollektiv“ *DA* 218)

In unser Fleisch, und ins eigene

DGB-Tarifabschluss Leiharbeit schreibt Ungleichbehandlung auf bis 2016 fest und bietet der untätigen Politik ein Feigenblatt

Claus Matecki, Vorstandsmitglied des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), freute sich, als er am 16. September 2013 das Verhandlungsergebnis der Tarifverhandlungen Leiharbeit bekanntgeben konnte: „Dank der Gewerkschaften in der DGB-Tarifgemeinschaft Leiharbeit ist es gelungen, für Hunderttausende von Leiharbeiterinnen und Leiharbeitern relevante Verbesserungen in den Tarifverträgen zu erreichen." Hört sich gut an. Dass der Tarifvertrag, über den seit März verhandelt wurde, jedoch zielgerichtet und unter Ausnutzung einer gesetzlichen Öffnungsklausel zulasten der LeiharbeiterInnen vom Gleichbehandlungsgrundsatz abweicht, das hat Claus Matecki so nicht öffentlich mitgeteilt.

Eine detaillierte Beurteilung dieses Tarifvertrags, der ab 1. November 2013 in Kraft tritt und mit einer Laufzeit bis Ende 2016 außerordentlich langfristig angelegt ist, empfiehlt sich zwar erst dann, wenn dieser vollumfänglich vorliegt. Eine grobe Einschätzung ist aber schon möglich: So ist es nicht ganz richtig, „dass [seitens des DGB] keinem Ergebnis zugestimmt wird, das nicht die 8,50 Euro als unterste Entgeltgruppe festschreibt". Zwar sieht die unterste Entgeltgruppe ab 1. Januar einen Stundenlohn von 8,50 Euro in den alten Bundesländern vor, in den neuen aber wird er bei 7,86 Euro liegen. Immerhin wurde der Abstand um 5 Cent verringert. Zudem ist der Einsatz von Leiharbeitskräften als Streikbrecher nun tariflich ausgeschlossen. Zwar konnte auch bisher niemand zum Streikbruch gezwungen werden, aber dafür brauchte man schon ein starkes persönliches Rückgrat. Wie es sich verhält, wenn Leihbuden aus anderen Ländern Streikbrecher schicken – so geschehen bei dem Streik bei Neupack (siehe *DA* 216) –, scheint allerdings noch nicht geregelt. Bei den Entgeltgruppen sollen ebenfalls Verbesserungen erreicht worden sein, so dass etwa VerkäuferInnen im Einzelhandel nicht mehr in der untersten Stufe eingruppiert werden können. Aber auch hier kommt es auf die jeweilige gewerkschaftliche Verankerung und Rückendeckung vor Ort und im Betrieb an, um Verstößen seitens der Unternehmer entgegenzutreten. Auch das leidige Thema der Arbeitszeitkonten soll strikter gehandhabt werden, so dass das Unternehmerrisiko nicht mehr auf die ArbeiterInnen abgewälzt werden kann, indem geleistete Überstunden mit verleihfreien Zeiten verrechnet werden. In diesen Punkten aber gilt: Die Vereinbarungen müssen im Detail geprüft und schließlich auch im wahren Leben durchgesetzt werden. Es besteht also allenfalls Grund für eine seichte Vorfreude.

Die aber verfliegt schnell, sobald man sich vor Augen führt, dass mit diesem Tarifabschluss der Gleichbehandlungsgrundsatz unterlaufen wird. Die Gleichbehandlung steht unter Vorbehalt, unter dem der „Tarifdispositivität". Diese Spezialität des deutschen Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes (AÜG), das die europäische Leiharbeitsrichtlinie 2008 /104/EG umsetzt bzw. umsetzen soll, wird nicht nur von gewerkschaftlicher Seite kritisiert. Auch in der juristischen Fachwelt bezweifelt man, dass die EU-Vorgabe der „Wahrung des Gesamtschutzniveaus für Leiharbeitnehmer" erfüllt wird; nicht zuletzt, weil genaue Definitionen über die Umstände der Leiharbeit fehlen. So erlaubt das AÜG Leiharbeit nur „vorübergehend"; wann aber aus der provisorischen eine dauerhafte Lösung wird, darüber schwieg sich der Gesetzgeber aus. Dem ließe sich eine Kritik an der Legitimität des Tarifs hinzufügen, findet er doch in der Praxis auch Anwendung auf Mitglieder anderer Gewerkschaften und auf die Mehrzahl unorganisierter LeiharbeiterInnen, die eigentlich Anrecht auf Equal Pay (Gleicher Lohn für gleiche Arbeit) hätten.

Angesichts der betrieblichen Realitäten der LeiharbeiterInnen wirken diese Gesetzestexte und die Pressemitteilungen der DGB-Spitze wie blanker Hohn. Wenn es dort heißt, „es bleibt dabei, wir fordern nach wie vor eine gesetzliche Regelung mit dem Ziel gleicher Lohn für gleiche Arbeit", dann ist das kaum mehr als eine Durchhalteparole. Denn die Bedeutung dieses Tarifabschlusses für Unternehmer und Konservative besteht ja genau darin, dass sich damit jeglicher Handlungsdruck auf die Politik verflüchtigt: Die kann sich zurücklehnen und auf die Tarifautonomie verweisen. Die perfide Konstruktion des AÜG macht Gewerkschaften zu Komplizen der Ungleichbehandlung. Beim DGB scheint man angesichts dessen auf eine doppelgleisige Taktik zu setzen: einerseits eine gesetzliche Regelung (Abschaffung der Öffnungsklausel) zu fordern, und andererseits bereits eine Annäherung ans Equal Pay zu suchen. Dass diese Taktik eine zweischneidige ist, weil Tarifverträge damit erstmals zu Instrumenten der Schlechterstellung (im Vergleich zu „Kernbelegschaften") werden, dessen ist man sich sicherlich bewusst. Nur ist es aus organisationspolitischen Gründen wohl unmöglich, dies auch öffentlich einzugestehen – und die nötigen Konsequenzen zu ziehen. Die nächste Chance dazu besteht 2016.

Andreas Förster



Quelle: Thomas Leuthard (CC BY 2.0)

Nehmen wir uns die Stadt!

Von der Verknüpfung von Kämpfen

So lautete eine Parole der *Lotta Continua*, einer außerparlamentarischen Gruppe der italienischen radikalen Linken, Anfang der 1970er Jahre. *Lotta Continua* wollte damit die Kämpfe über die Fabrikmauer hinaus in die Gesellschaft hineintragen, unter anderem durch Kämpfe für besseres Wohnen, bessere Gesundheitsversorgung und Bildung. Die Besetzung eines Wohnblocks bei Mailand durch Familien begründeten sie folgendermaßen:

„Wir haben die Häuser besetzt, um für uns und unsere Kinder eine Wohnung zu haben, weil es unser Recht ist: Die Kapitalisten zwingen uns, für sie zu arbeiten und wir finden keine Häuser ... Sie verweigern uns selbst unsere Grundrechte [...] All dem entgegnen wir: GENUG! Alles, was es überhaupt gibt, wird von den Proletariern produziert; so wie wir uns in den Betrieben gegen die Ausbeutung organisieren; so müssen wir uns organisieren, um uns als das zu nehmen, was uns zusteht!"

Einige Jahre zuvor forderte bereits der marxistische Philosoph Henri Lefebvre ein *Recht auf die Stadt*. Das Recht auf Nichtausschluss von den Qualitäten der urbanisierten Gesellschaft bedeutet, nicht in einem Raum abgedrängt zu werden, der bloß zum Zweck der Diskriminierung produziert wurde. Beim *Recht auf die Stadt* geht es um die Teilhabe am urbanen Leben, um Orte des Zusammentreffens und des Austausches. Es geht um Lebensrhythmen und eine Verwendung der Zeit, die einen vollen und ganzen Gebrauch dieser Orte erlauben.

Dies gilt selbstverständlich auch für die soziale Inklusion von irregulären MigrantInnen. Das *Recht auf die Stadt* bedeutet für sie, dass beispielsweise auch sie ein Recht auf Zugang zum Gesundheits- und Bildungssystem haben.



Quelle: Daniel Lobo (CC BY 2.0)

In den letzten Jahren bildeten sich unter dem Slogan *Recht auf die Stadt* weltweit neue städtische Protestbewegungen, die gegen die neoliberale Hegemonie eigene Ansprüche an den städtischen Entwicklungen einfordern, um der Verdrängung und dem Ausschluss durch die Neoliberalisierung und Globalisierung der Stadt entgegenzuwirken. In Hamburg umfasst das *Recht auf die Stadt*-Bündnis u.a. die Forderung nach angemessenen Räumen für KünstlerInnen, die Kritik an rassistischen Kontrollen in St. Pauli, die Proteste gegen Luxuswohnprojekte im Berhard-Nocht-Viertel, den geplanten IKEA-Neubau in Altona und gegen Mietsteigerungen in Wilhelmsburg sowie Kampagnen gegen die Verdrängung von SexarbeiterInnen aus St. Pauli.

An diesem Beispiel aus Hamburg wird deutlich, dass das *Recht auf die Stadt* die Möglichkeit zur inhaltlichen und praktischen Verknüpfung sonst getrennt stattfindender Kämpfe bietet.

Gerede in Zeiten eines entgrenzten Kapitalismus, der die Grenzen zwischen Arbeitsplatz und Zuhause, Arbeit und Freizeit, öffentlich und privat einreißt, gibt es keinen privilegierten Ort der Kämpfe mehr, ebenso wenig wie die verschiedenen Kämpfe gegen Ausbeutung, Unterdrückung und Ausgrenzung jeglicher Art getrennt voneinander geführt werden können. Es geht ums Ganze und zwar überall!

Jürgen Mümken

§§§-Dschungel

Modernisierung – erste Erfahrungen nach sechs Monaten Mietrechts-„Reform"

Worum geht es?

Zum 1. Mai 2013 wurde das Mietrecht massiv geändert. Bis zuletzt hatten MieterInnenvereine versucht, die negativen Auswirkungen zu stoppen. Aber Bundestag und Bundesrat haben trotz vielfältiger Kritik, auch von juristischen ExpertInnen die Gesetzesänderungen beschlossen. Neben einzelnen Änderungen, unter anderem bei Räumungsklagen und deren Vollstreckung, gibt es vor allem wesentliche Änderungen bei der Modernisierung.

Im neuen Mietrecht sind die Anforderungen an eine Modernisierungsankündigung gelockert worden: So müssen jetzt die VermieterInnen vor Beginn der Arbeiten den voraussichtlichen Umfang der Arbeiten nur noch „in wesentlichen Zügen" mitteilen. Durch diese Einfügung werden die in der Vergangenheit oft strengen Anforderungen der Gerichte an eine Modernisierungsankündigung abgemildert.

Wesentlich sind auch die Änderungen zur dem Einwand der sozialen Härte. Vor der Gesetzesänderung konnten die MieterInnen die Duldung einer Modernisierung über den ortsüblichen Standard hinaus verweigern, falls dies für sie eine soziale Härte darstellten würde. Beispielsweise also wenn die voraussichtliche Gesamtmiete nach der Modernisierung mehr als 30 % des Nettoeinkommens ausmacht und nicht durch soziale Leistungen kompensiert wird.

Nun steht ihnen dieser Einwand erst gegen die auf den Abschluss der Arbeiten folgende Mieterhöhung zu. Dieser Einwand muss zudem bis zum Ablauf des Folgemonats gegenüber den VermieterInnen geltend gemacht werden. Den MieterInnen bleibt dann nur noch übrig, die Mieterhöhung zu zahlen oder das Mietverhältnis zu kündigen. Quasi in letzter Minute wurde eine Belehrungspflicht der VermieterInnen bzgl. dieser Frist in das Gesetz eingefügt.

Wie sieht das momentan praktisch aus?

Die VermieterInnen machen sich diese Gesetzesänderungen zunutze, um die MieterInnen unter Druck zu setzen. Die ersten Modernisierungsankündigungen seit der Reform, mit denen ich als Anwältin konfrontiert wurde, umfassen eine Vielzahl von teuren und umfangreichen Maßnahmen. In einem Haus sollen diese sogar zu einer Vervierfachung der Nettokaltmiete führen! Auf den Einwand der sozialen Härte wurde den MieterInnen mitgeteilt, dass darüber nach Abschluss der Maßnahmen eine Entscheidung ergehen würde. Die MieterInnen sollen also in der Ungewissheit, welche Miete sie hinterher zahlen müssen, die Modernisierung dulden. In diesen Fällen handelt es sich um massive Baumaßnahmen innerhalb der Wohnung, die weit über ein Jahr andauern werden. Durch diese erheblichen Einwirkungen auf die Wohnqualität spekulieren die VermieterInnen offensichtlich darauf, mit der doppelten Abschreckung durch diese Baumaßnahmen und der angekündigten Mieterhöhung möglichst viele MieterInnen zu einem Wegzug zu bewegen.

Was kann ich tun, wenn der Vermieter Modernisierungsmaßnahmen ankündigt?

Allen, die eine Modernisierungsankündigung erhalten, kann nur ganz dringend geraten werden, sich mit den NachbarnInnen zusammenzuschließen und von Anfang an, möglichst schon bei einem bevorstehenden Eigentümerwechsel, rechtlichen Rat einzuholen. Hilfreich ist dabei natürlich, wenn eine Mietrechtsschutzversicherung besteht, sei es über einen MieterInnenverein oder eine Rechtsschutzversicherung (Wartefristen vor Versicherungsschutz beachten!).

Es ist zunächst genau zu prüfen, ob die angekündigten Maßnahmen überhaupt eine Modernisierung darstellen. Also ob sie entweder den Wohnwert verbessern, neuen Wohnraum schaffen, Energie einsparen oder zu mehr Sicherheit führen. Auch die Erfüllung der formalen Voraussetzungen, die der Gesetzgeber an eine Modernisierungsankündigung stellt sind genau zu prüfen: die Nennung der Art der Maßnahme, des Umfangs, des Beginns, der Dauer, des Betrags der zu erwartenden Mieterhöhung sowie der Änderung der Betriebskosten sowie die Rechtzeitigkeit der Ankündigung.

Bis zum Ablauf des Monats, der auf die Zustellung der Modernisierungsankündigung folgt, ist dem Vermieter (im Zweifel dem Absender der Modernisierungsankündigung) das Bestehen von Härtegründen anzuzeigen. Das können neben der oben geschilderten finanziellen Härte auch gesundheitliche Gründe, bevorstehende Prüfungen, eine Schwangerschaft oder bevorstehende Entbindung sein. Eine gute rechtliche Beratung und idealerweise der Zusammenschluss mit den NachbarnInnen bilden in dieser Phase des Mietkampfs eine wichtige Rückenstärkung.

Wo kann ich Hilfe bekommen?

Solltest du von einer Modernisierung betroffen sein, ist es sehr wichtig, keine Zeit verstreichen zu lassen. Lasse dich so schnell wie möglich von fachkundiger Stelle über die rechtliche Einschätzung der Rechtmäßigkeit und zum weiteren Vorgehen beraten! Ansprechpartner sind hier neben den lokalen FAU-Syndikaten RechtsanwältInnen für Mietrecht sowie die MieterInnenvereine.

Carola Handwerg
Rechtsanwältin

13 Strafbefehle, acht Einstellungen

Am 7. November hatten 200 Beschäftigte aus dem belgischen Genk und GewerkschaftlerInnen vor der Ford-Europazentrale in Köln gegen die geplante Schließung ihres Werks demonstriert. Innerhalb kurzer Zeit sahen sie sich einem riesigen Polizeiaufgebot gegenüber, wurden stundenlang eingekesselt und teilweise festgenommen. Die Staatsanwaltschaft Köln hat nun insgesamt 13 Strafbefehle gegen Ford-Kollegen verschickt. Gegen acht Betroffene wurden die Ermittlungen eingestellt.

Internationaler Lkw-Protest in Lübeck

Am 1. September zog ein Demonstrationszug mit LKW-Konvoi zu einer international angelegten Aktion ins Gewerbegebiet Roggenhorst. 200 LastwagenfahrerInnen folgten dem Aufruf des Online-Netzwerks *Actie in de Transport* (A.i.d.T.) und des Interessensverbands *Kraftfahrer-Clubs Deutschland* (KCD), um am Sitz des lettischen Transportunternehmens Dinotrans exemplarisch gegen das grassierende Lohndumping in der Transportbranche zu demonstrieren. Gerade einmal 680 Euro, so die Anschuldigung der Trucker, soll die Firma ihren philippinischen Beschäftigten zahlen (siehe *DA* 219: Truckstop im Norden und Truckstop in Köln).

Münchner Sparpolitik gegen die Ärmsten der Gesellschaft

Die Stadt München ist momentan mit finanziellen Problemen des Jobcenters im Bereich der Wohnungslosenhilfe konfrontiert. Die Pensionen für Obdachlose müssen auf ihr Geld warten, da dem Jobcenter Personal fehlt. Falls dieses Geld, das den Pensionen vertraglich zusteht, zu lange ausbleibt, drohen die Beherbergungsbetriebe die Vereinbarungen mit der Stadt zu kündigen. Damit würde die ohnehin schon sehr angespannte Sofortunterbringung von Obdachlosen völlig zusammenbrechen.

Arbeit im Knast

Ein Gastbeitrag von Thomas Meyer-Falk


Quelle: Shumona Sharna (CC BY-SA 2.0)

Strafgefangene sind in aller Regel zur Arbeit verpflichtet; auch wenn nun einige Bundesländer Bestrebungen äußern, diese Pflicht abzuschaffen. Der ökonomische Zwang zu arbeiten ist für Inhaftierte besonders groß, denn die Haftanstalten gewähren nur eine minimale Basisversorgung, die Nahrung, Licht und Bett umfasst – und selbst für den Lampenstrom muss Mensch noch zahlen (ca.1,20 Euro im Monat).

Aufgrund eines Urteils des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahre 1998 mussten die „Löhne" in den Gefängnissen einige Jahre später erhöht werden. Wurden früher 5% des Durchschnittsverdienstes aller ArbeiterInnen und Angestellten gezahlt, ist seitdem 9% dieses Durchschnittsverdienstes auszuschütten. Jedoch sind die Justiz- und Finanzverwaltungen geschickt darin, diese Erhöhung dadurch zu entwerten, dass vormals kostenfreie Leistungen abgeschafft oder in kostenpflichtige umgewandelt werden – ein Beispiel erwähnte ich schon: die Stromkosten. Wer dann neben der Lampe einen Fernseher, einen Wasserkocher und einen Kühlschrank betreibt, kommt schnell auf über 10 Euro Stromkosten im Monat.

Zudem wurden rigoros die Arbeitsplätze neu „bewertet", d.h. innerhalb der fünf möglichen Lohnstufen neu eingruppiert. Es versteht sich von selbst, dass fast ausnahmslos eine Abwertung in eine geringer bezahlte Lohnstufe erfolgte. Pro Tag kann einE InhaftierteR in Lohnstufe 3 (dies entspricht 100%) 11,64 Euro verdienen. Bei Lohnstufe 2 (nur 88% des Grundlohns) sind es 10,24 Euro. Wer einen Meisterbrief hat – in der Praxis die Allerwenigsten – erhält in Lohnstufe 5 (entspricht 125% des Grundlohns) 14,55 Euro proTag.

Die Bundesagentur für Arbeit (BA) war sich vor kurzem nicht zu schade, ehemalige Gefangene beim ALG-I-Bezug abzustrafen, in dem das SGB neu ausgelegt wurde. Reichte es bislang aus, der BA nachzuweisen, dass man das letzte Jahr vor dem Tag der Freilassung komplett gearbeitet hat, also keine selbstverschuldeten Fehlzeiten hatte, bekam Mensch anstandslos ALG-I. Nun verlangt jedoch die BA den Nachweis, mindestens 360 versicherungspflichtige Arbeitstage gearbeitet zu haben. Während ArbeiterInnen und Angestellte in Freiheit den ganzen Monat, auch wochenends und feiertags, versichert sind, zahlen die Knäste der BA nur für jene Tage Versicherungsbeiträge in die Arbeitslosenversicherung, an welchen jemand konkret gearbeitet hat; so fallen alle Wochenenden und Feiertage weg – und „freie" Tage, wenn beispielsweise die Wärter ihre Sportfeste feiern und deshalb Arbeit ausfällt. Faktisch müssen Gefangene nun in den letzten zwei Jahren vor ihrer Entlassung 17,5 Monate gearbeitet haben, um die Anwartschaftszeit für ALG-I zu erfüllen.

Hiergegen Widerstand zu organisieren ist bedauerlicherweise ein aussichtsloses Unterfangen: zum einen ist das Problem das unterentwickelte Klassenbewusstsein der Betroffenen, zum anderen reagieren die Knäste umgehend und rabiat, sobald auch nur Ansätze für kollektives Handeln sichtbar werden. Selbst so reformistische Aktivitäten wie das Sammeln von Unterschriften für eine Petition werden gerne als „versuchte Meuterei" hochstilisiert, wohlwissend, dass das Nonsens ist. Als Einschüchterungsstrategie funktioniert es jedoch.

In der Sicherungsverwahrung, von der bundesweit „nur" rund 500 Männer und drei Frauen betroffen sind, wurde der Arbeitszwang faktisch abgeschafft. Da man zugleich, als „Abstand" zur Strafhaft die Entlohnung nahezu verdoppelt hat (auf 16% des Durchschnittsverdienstes), Verwahrte nun also in Lohnstufe 3 (100% des Grundlohns) 20,70 Euro/Tag verdienen können, wenn sie freiwillig arbeiten, kommt es zu der paradoxen Situation, dass aus wirtschaftlichen Gründen Knäste froh sind, wenn Verwahrte auf eine Arbeitstätigkeit verzichten, da dann die JVA nur rund 100 Euro Taschengeld zahlen braucht, anstatt 450 Euro „Verdienst" z.B. für das Fegen des Flurs, wenn jemand als Stationsreiniger tätig ist.

Thomas Meyer Falk
z.Zt. JVA Freiburg (SV)
www.freedom-for-thomas.de

Lampedusianer, wir!

Ein Kommentar von Jürgen Frietsch



Eine sympathische Eigenart der Menschenwesen ist es, andere in Not geratene Menschen oft auch unter Einsatz des eigenen Lebens zu retten. Im Mittelmeer wird so etwas nicht mehr geduldet! An den Südgrenzen Europas spielt sich vor aller Medien Augen der gegenteilige Prozess ab. Hier handelt die zum totalen Egoismus entschlossene europäische Wertegemeinschaft, und sie handelt, indem sie tötet.

Europäische Wertegemeinschaft ist in diesem Zusammenhang nicht zynisch gemeint, denn diese Werte sind zur Gänze auf die Ökonomie reduziert. Der Kapitalismus ist inhärent amoralisch, sein einziges Ziel ist die Vermehrung des eingesetzten Kapitals. Mehr ist da nicht, egal übrigens zu welcher Jahreszeit und welchen Feiertagen.

Im Widerstand zu der gerade beschriebenen Form institutionalisierten Massenmordes sind seit dem Frühjahr 2012 AktivistInnen unterwegs, die gewaltfreie Flüchtlingsproteste ins Land tragen. In ihrer Stellungnahme vom Brandenburger Tor schreiben sie:

„Ihr seht unser unendliches Vertrauen, welches aus den Rechten entsteht, die uns vorenthalten werden sowie den euch nicht vertrauten Schmerzen, welche uns hierher gebracht haben. Ihr habt uns dazu gebracht, die Straße als unsere Festung zu wählen, um unseren systematischen Tod zurückzuweisen und für die Erlangung unserer Rechte zu kämpfen."

Solch intellektueller Schärfe hat die Exekutive, unabhängig davon ob in München, Hamburg oder Berlin, nur Reaktionen entgegenzusetzen, die von hilflos bis erbärmlich reichen. Die Flüchtlinge haben ihren Hungerstreik bis Januar 2014 ausgesetzt. Jedoch ist ihr Widerstandswille ungebrochen. Sie beweisen damit eine politische Streitkultur, sich gegen Unrecht aufzulehnen, die der Mehrheitsbevölkerung völlig abgeht, zum Teil wohl auch entgeht. Ich jedenfalls bin froh, dass sie hier sind.

Der große Bruder schaut dich an.

Staat & Kapital

KONTROLLE, ÜBERWACHUNG, EINSCHÜCHTERUNG

...und wird verklagt

Zu den hoffnungsvolleren Institutionen Europas zählt der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) in Straßburg, der am 25. Oktober endgültig entschied, dass die Räumung des Bloc Salt in Katalonien gegen Artikel 8 der Europäischen Menschenrechtskonvention verstößt. Umso erfreulicher, dass sich nun der EGMR auch der globalen Totalüberwachung annehmen muss, die im Zuge der Snowden-Enthüllungen ins Licht der Öffentlichkeit trat. Da eine Verurteilung der NSA und damit der US-Amerikanischen Regierung aussichtslos ist, – diese hat die Europäische Menschenrechtskonvention nie unterzeichnet – verklagten drei britische Nichtregierungsorganisationen den Kleinen Bruder GCHQ und damit die britische Regierung.

Die KlägerInnen, Big Brother Watch, Open Rights Group und der britischen P.E.N., werfen dem britischen Geheimdienst vor, mit dem Sammeln riesiger Datenmengen, etwa aus sozialen Netzwerken und E-Mailinhalten, massive Grundrechtsverstöße begangen zu haben, was ein klarer Verstoß gegen den Art. 8 der Menschenrechtskonvention wäre. Dieser beinhaltet das Recht auf Achtung der Privatsphäre und des Familienlebens, aus ihm lässt sich auch das eingangs erwähnte Recht auf Wohnen ableiten. Constanze Kurz, Sprecherin des Chaos Computer Club, hat sich der Klage angeschlossen. Sie meinte dazu, als Europäerin möchte sie wissen, ob die Menschenrechtskonvention sie und andere Menschen vor der massenhaften Überwachung schütze.

Zerrspiegelbildliche Vertuschungen löschen, bitte!

Der Große Bruder sieht nicht nur hin, sondern manchmal auch bedeutungsvoll weg. Ganz genau betrachtet hat sich der niedersächsische LVS die Journalistin Andrea Röpke. Der Fall wirft ein bezeichnendes Licht auf die Extremismustheorie, die der ideologische Unterbau aller Skandale ist, die mit dem Verfassungsschutz in den letzten Jahren in Verbindung gebracht werden. Die Journalistin Andrea Röpke recherchiert seit mehr als 20 Jahren in der rechtsextremen Szene und legt die Netzwerke bloß, die den Terror des NSU antrieben. Bereits vor deren Bekanntwerden hat sie vielfach in ihren Reportagen gezeigt, dass die wirkliche Gefahr von militanten Rechten ausgeht, die vor einem gesellschaftlichen Hintergrund agieren, der geprägt ist von Nationalismus, Fremdenfeindlichkeit und institutionellen Rassismus bei Polizei, Geheimdiensten und Behörden. Sie hatte immer vermutet, dass sie sich im Visier des niedersächsischen Verfassungsschutzes befindet und 2012 über ihren Anwalt eine Anfrage nach ihren personenbezogenen Daten beim Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) gestellt.

Das Amt belog sie daraufhin, es gäbe keine, und löschte dann in einer ähnlichen Vertuschungsaktion wie bei der „Operation Rennsteig" ihre Akte und die Daten von sechs weiteren illegal bespitzelten Journalisten. Betroffen war auch der Sportjournalist Ronny Blaschke, der zu Gewalt und Rechtsextremismus im Fußball schreibt, und Vorträge in Fanprojekten und Schulen hält.

Andrea Röpke hat inzwischen Strafanzeige wegen Urkundenunterdrückung gegen das LfV gestellt.

In beiden Fällen wurden also Akten vernichtet. Bei der Operation Rennsteig geschah das, um die Unterstützung des NSU und weiterer rechtsterroristischer Netzwerke durch den Geheimdienst und seine in der rechten Szene allgegenwärtigen V-Leute zu vertuschen. Im Fall Andrea Röpke und dem der übrigen Journalisten hatte die Aktenvernichtung einen anderen Zweck: .Das Landesamt versuchte zu verhindern, dass das Ausmaß der jahrelangen Observation bekannt wird, mit der sie diejenigen verfolgt, die Licht auf Orte werfen, wo der Große Bruder sich absichtsvoll abwandte.

Maschinelle Seenotrettung à la Eurosur

Das Flüchtlingsdrama vor Lampedusa war noch in allen Medien, als die EU ihr neues Überwachungssystem Eurosur (European Border Surveillance System) beschloss. Mit dem Einsatz von Satelliten, Drohnen und Offshore-Sensoren soll die Überwachung „problematischer Menschenströme" weiter intensiviert und vernetzt werden. Ganz schnell wurde in gewohnt zynischer Manier versichert, dies diene der raschen Einleitung von Seenotrettungsaktionen und damit der Verhinderung weiterer Katastrophen wie vor Lampedusa. Obwohl bereits zu diesem Zeitpunkt das Mittelmeer eines der bestüberwachten Meere der Welt war.

In Wirklichkeit ist beabsichtigt, die Flüchtlingsboote bereits nahe der afrikanischen Küste abzufangen, in enger Zusammenarbeit mit der libyschen und tunesischen Küstenwache. Die Flüchtlinge werden dann in Lagern und Gefängnissen an der nordafrikanischen Küste inhaftiert, wo sie weiteren Misshandlungen und Diskriminierungen ausgesetzt sind. Und wo noch mehr Mauern zwischen ihnen und den „Europäischen Werten" liegen.

Zusammengestellt von der Redaktion Betrieb und Gesellschaft

Wir sind gekommen um zu bleiben!

Die kämpfenden Genossen in der Heinrich-Böll-Stiftung erhalten unbefristet Arbeitsverträge

Am 5. September folge das Amtsgericht Berlin der Argumentation der FAU Berlin. Das Gericht stellte fest, dass der klagende Mitarbeiter ein Arbeitsverhältnis mit der Heinrich-Böll-Stiftung hat und es sich nicht, wie sich das die Stiftung so dachte, um eine outgesourcte Arbeitskraft handelt. Dadurch hat er nun einen unbefristeten Arbeitsvertrag. Das Kalkül, unliebsame MitarbeiterInnen einfach kalt kündigen zu können, geht daher für die grüne Parteistiftung nicht mehr auf. Ebenso die Rechnung, durch die Niedriglöhne der outgesourcten ArbeiterInnen viel Geld zu sparen. Denn am 6. März wird vor dem Arbeitsgericht über die Höhe der zu leistenden Nachzahlung verhandelt. Da ja faktisch schon seit Jahren ein Arbeitsverhältnis direkt mit der Böll-Stiftung bestand, steht dem Arbeitnehmer auch der übliche Lohn für Festangestellte der Stiftung zu. Und der ist natürlich um einiges höher.

Nach diesem juristischen Erfolg reichten auch weitere Kollegen des nun festangestellten Stiftungsmitarbeiters Klage ein. Die meisten der klagenden Mitarbeiter wollen sich damit einen relativ gut bezahlten unbefristeten Arbeitsplatz erstreiten. Und so könnte die Gründung einer FAU-Betriebsgruppe schon bald anstehen. Denn es ist davon auszugehen, dass diese „neuen" Kollegen auf wenig Wohlwollen der Geschäftsführung treffen werden. Und ArbeiterInnen, die der Chef nicht mag, organisieren sich natürlich am besten in der Gewerkschaft, die der Chef nicht mag.

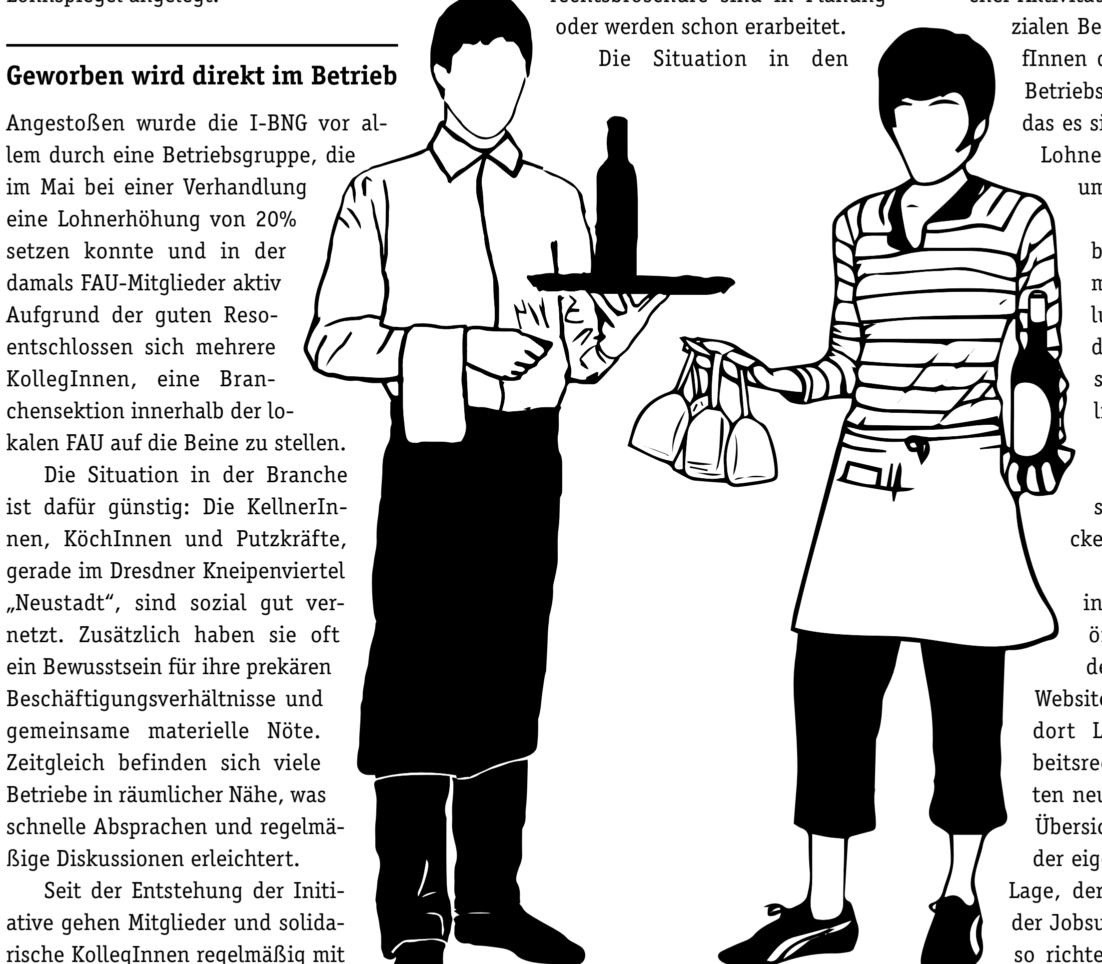
Denn dass die Geschäftsführung nicht viel von gewerkschaftlicher Organisation hält, wurde schon bald nach dem Urteil klar. Da die strukturellen Probleme innerhalb der Stiftung allein auf juristischem Wege nicht gelöst werden können, forderte die FAU als Gewerkschaft der betroffenen Mitarbeiter die Geschäftsführung wiederholt zu Gesprächen auf. Erst einen Tag vor Ende der Frist und vier Tage vor der Bundestagswahl reagierte die Stiftung. Die Geschäftsleitung lud die FAU Berlin dann zum 11. Oktober ein, nur um ihr mitzuteilen, dass sie die FAU nicht als Verhandlungspartner sieht. Stattdessen setzt sie auf Einzelgespräche mit den klagenden Kollegen. Aber genau hier sieht die FAU eine ihrer Kernaufgaben: Diese Strategie der Vereinzelung durch gewerkschaftliche Organisation zu durchbrechen. Daher wird die FAU, nach dem Aussetzen der Aktionen während des Gesprächsangebots, nun weiter offensiv für die gewerkschaftlichen Rechte der betroffenen Genossen kämpfen.

Marko Harthof

Hallo, bist du hier Chef? Nein? Super!

ArbeiterInnen organisieren sich in der Dresdner FAU-Gastronomiegewerkschaft

Nach knapp drei Monaten ihres Bestehens kann die Initiative Basisgewerkschaft Nahrung und Gastronomie (I-BNG) der Dresdner FAU schon einige Anfangserfolge verbuchen. Die Branchensektion ist aktuell in sieben Betrieben vertreten, hat im ersten Lokal 100% der KellnerInnen organisiert und eine erste große Kampagne begonnen. Daneben wurden ein Emailverteiler für interessierte KollegInnen und ein öffentlicher Lohnspiegel angelegt.



Geworben wird direkt im Betrieb

Angestoßen wurde die I-BNG vor allem durch eine Betriebsgruppe, die im Mai bei einer Verhandlung eine Lohnerhöhung von 20% setzen konnte und in der damals FAU-Mitglieder aktiv Aufgrund der guten Resoentschlossen sich mehrere KollegInnen, eine Branchensektion innerhalb der lokalen FAU auf die Beine zu stellen.

Die Situation in der Branche ist dafür günstig: Die KellnerInnen, KöchInnen und Putzkräfte, gerade im Dresdner Kneipenviertel „Neustadt", sind sozial gut vernetzt. Zusätzlich haben sie oft ein Bewusstsein für ihre prekären Beschäftigungsverhältnisse und gemeinsame materielle Nöte. Zeitgleich befinden sich viele Betriebe in räumlicher Nähe, was schnelle Absprachen und regelmäßige Diskussionen erleichtert.

Seit der Entstehung der Initiative gehen Mitglieder und solidarische KollegInnen regelmäßig mit Werbung für Veranstaltungen und anderen Infomaterialien der I-BNG direkt in die Betriebe. Allein durch diese Rundgänge hat sich die Vernetzung unter den KollegInnen, aber auch der Bekanntheitsgrad der I-BNG, schnell erhöht. In vielen Betrieben sind die verteilenden KollegInnen schon bekannt, Flyer etc. werden schneller angenommen und an die Restbelegschaften weiterverteilt.

Mindestlohn und Arbeitsrecht

Einen Hauptschwerpunkt der ersten Organisationsphase bildet die Erstellung von Grundlagenmaterial. Neben einem allgemeinen Vorstellungsflyer ist so schon eine Broschüre für die gewerkschaftliche Durchsetzung von Mindestlöhnen mittels der I-BNG entstanden, daneben gibt es einfache Werbemittel wie Sticker und Bierdeckel. Eine Anleitung zum solidarischen Verhalten im Betrieb, Umgang mit wirtschaftlich angegriffenen Betrieben und eine Arbeitsrechtsbroschüre sind in Planung oder werden schon erarbeitet.

Die Situation in den 25 Betrieben, zu denen schon Kontakt aufgenommen werden konnte, stellt sich relativ ähnlich dar. Der überwiegende Teil der Beschäftigten arbeitet im Minijob oder soloselbstständig. Die meisten stocken mit ALG-II auf. Grundlegende Arbeitsrechte wie Pausenzeiten, Recht aufs Trinkgeld, Bezahlung von Probearbeit und Urlaub sind in den meisten Betrieben ein Fremdwort. Der Lohndurchschnitt rangiert zwischen sechs und sieben Euro pro Stunde netto. Gerade vor dem Hintergrund des katastrophalen Lohnniveaus entschied sich die I-BNG nach längeren Diskussion mit KollegInnen die schon erwähnte Kampagne „8,50 Euro – Drunter geht's nicht!" ins Leben zu rufen. Die Forderung mag ein wenig zu lasch erscheinen, da 8,50 Euro weder einen annehmbaren Lebensstandard noch eine sinnvolle Altersversorgung ermöglichen. Hintergründe der Entscheidung sind die geringe Erfahrung der meisten Beschäftigten mit gewerkschaftlicher Aktivität, der starke Hang zu sozialen Beziehungen mit den ChefInnen durch die meist geringe Betriebsgröße und die Tatsache das es sich bei der angestrebten Lohnerhöhungen z.T. schon um 20-30% handelt.

Die I-BNG will diese bescheidenen Lohnziele mit einfachen Verhandlungen oder kurzlaufenden Haustarifen durchsetzen und so in möglichst vielen Betrieben ein Grundlohnniveau aber auch eine gewerkschaftliche Stärke entwickeln.

Eng mit der Kampagne in Verbindung steht der öffentliche Lohnspiegel den die I-BNG auf ihrer Website anbietet. Aktuell sind dort Lohnniveaus nebst Arbeitsrechtsverstößen der ersten neun Betriebe gelistet. Die Übersicht soll KollegInnen bei der eigenen Einschätzung ihrer Lage, der Vernetzung aber auch der Jobsuche weiterhelfen. Ebenso richtet sich die Liste jedoch auch an KundInnen. Diese können durch Proteste, aber auch durch bewusste Konsumentscheidung ihrerseits langfristig finanzielle Anreize für Lohnerhöhungen in den Betrieben schaffen. Aktuell wird unter KollegInnen aktiv dafür geworben, dass eigene Beschäftigungsverhältnis auf der Website anonym zu „leaken". Ab nächsten Monat wollen einzelne KellnerInnen die Lohntabelle mit Begleittext in regelmäßigen Abständen in den Kneipenvierteln plakatieren.

Wolf Meyer

Meldungen aus der FAU

Bielefeld

Das neue Büro der FAU Bielefeld in der Metzerstr. 20 bietet neben gewerkschaftlicher Beratung und Unterstützung auch Raum für inhaltliche Veranstaltungen sowie für Diskussionen, Kunst und Kultur. IT-Schulungen und Produkte aus Kollektivbetrieben runden das Angebot ab.
Wer die FAU Bielefeld näher kennenlernen möchte oder in dem „Bewegungsgedächtnis" aus mehreren tausend Büchern, Zeitschriften und Filmen schmökern möchte, ist ebenso willkommen. Das Büro ist immer montags von 16 bis 18 Uhr geöffnet. Mehr Infos zu Veranstaltungen: www.fau.org/bielefeld

Köln

Die FAU Köln beteiligte sich an der „sozialen Kampfbaustelle" des Kölner Protestcamps (28. September bis 3. Oktober). Arbeitslosigkeit, prekäre Arbeit, Rassismus und Obdachlosigkeit waren neben hohen Mieten die zentralen Themen. Für die bulgarischen TagelöhnerInnen, die auf dem sogenannten "Arbeiterstrich" stehen und die mit Obdachlosigkeit, Rassismus und staatlichen Kontrollen kämpfen, verteilte die FAU Köln spezielle Arbeitsrechtsbroschüren. Etwa fünfzig dieser WanderarbeiterInnen, die momentan in Zelten und Abbruchhäusern leben, kamen ins Protestcamp. Am Montag wurde daher das Rathaus gestürmt und legale Meldeadressen für sie gefordert. Auf dem folgenden Treffen mit der Stadtverwaltung und der Polizei erklärten diese aber nur ihre bürokratische Ablehnung. Zusätzlich fand eine „Zahltag"-Aktion im Jobcenter statt. Etwa 30 Leute besetzten das Foyer und zogen damit hektische Reaktion von Security und Polizei auf sich. Zahlreiche Erwerbslose wurden beraten.

„Sick'ness – von „Untergrundtätigkeiten" zu „Störung des Betriebsfriedens"

Einschüchterungsversuch seitens eines Betriebsrates und IG Metallers gegenüber einem Genossen der FAU Freiburg ohne Erfolg

Die Sick AG ist ein weltweit operierender kleinerer Konzern und führender Hersteller von Sensoren für die Fabrik-, Logistik- und Prozessautomation mit über 5.000 Beschäftigten, davon über 1000 am Hauptsitz in Waldkirch in der Nähe von Freiburg.

Im Hauptlager/Logistikzentrum (LZ) ist seit über 20 Jahren ein Genosse der FAU Freiburg beschäftigt. Im Mai 2013 wurde bekannt, dass zwei seiner Arbeitskollegen, die beide schon fast zwei Jahre im LZ arbeiteten und befristete Arbeitsverträge bis Ende Juli und Ende September 2013 hatten, keine unbefristeten Arbeitsverträge erhalten. Ihnen wurde von Ihren Bossen mündlich mitgeteilt, dass sie nicht übernommen werden sollen. Als Begründung wurden angebliche „ökonomische und private Gründe" angegeben. Die Beiden gingen als erstes zum Betriebsrat. Diese hörten sich ihr Anliegen an; kamen dann aber auch schnell auf die IG Metall zu sprechen und versuchten sie zu einer Mitgliedschaft zu bewegen. Nicht so glücklich von diesem Gespräch, baten sie dann den Genossen der FAU Freiburg und andere KollegInnen um Unterstützung, da die Begründungen der Chefs nicht nachvollziehbar und nicht hinnehmbar sind.

Die erste Gelegenheit bot sich während einer Informations- und Abteilungsversammlung, zu der die Logistikleitung am 3. Juni eingeladen hatte. In Absprache mit einigen KollegInnen hat der Genosse der FAU in einer kurzen Rede alle anwesenden Chefs und Beschäftigten des LZ damit konfrontiert und die Forderung gestellt, das „Vorhaben nochmals zu überdenken und den betroffenen Arbeitskollegen unbefristete Arbeitsverträge zu geben oder ihnen einen anderen Arbeitsplatz innerhalb der Sick AG zu verschaffen". Außerdem wurde auf die Folgen des Vorhabens der Bosse aufmerksam gemacht: „Damit drohen ihnen womöglich prekäre Arbeits- und Lebensbedingungen, wie z.B. Minijobs, Leiharbeit, Werkverträge bis hin zu Arbeitslosigkeit und Hartz IV. Das wollen wir nicht!" Auch das Argument, die betroffenen Kollegen aus angeblichen wirtschaftlichen Gründen rauszuschmeißen konnte durch aktuelle hervorragende Ergebnisse mit Zahlen und Statistiken der letzten Monate bezüglich der „Produktivität, Qualität und Tagesgenauigkeit/Liefertreue" widerlegt werden.Alle anwesenden Bosse waren erst mal irritiert. Der Logistik-Manager gab dann aber zu verstehen, dass sie sich nicht dazu äußern werden. Der Betriebsrat glänzte durch Abwesenheit und machte die KollegInnen ziemlich sauer.

Am nächsten Tag, dem 4. Juni, suchte dann der stellvertretende Betriebsratsvorsitzende und IG Metaller den Genossen der FAU auf. Völlig aufgebracht wollte der wissen, was auf der Abteilungsversammlung gesagt wurde; schrie den Genossen an und forderte ihn auf, seine „Untergrundtätigkeiten" sein zu lassen. Er werde dafür sorgen, dass er aus dem Betrieb wegen „Störung des Betriebsfriedens" rausfliegen werde. Die meisten ArbeitskollegInnen waren fassungslos und wütend; einige überleg(t)en aus der IGM auszutreten. „Solche Äußerungen und Drohungen kenne man nur von Arbeitgeberseite." Nun ja; alles Pustekuchen und nur leere Worte. Es geschah nichts. Inzwischen konnte erreicht werden, dass einer der Kollegen bei der Sick AG in Reute einen unbefristeten Arbeitsvertrag erhielt. Der andere Kollege hatte die Faxen dicke und hat den Betrieb verlassen.

Stephan Waldberg

Die Befreiung der Arbeit

Räte und Selbstverwaltung – Eine kritisch-historische Betrachtung

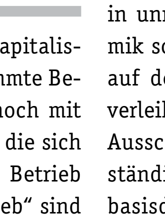
Mehrere tausend Betriebe und bis zu 100.000 Beschäftigte werden es in Deutschland wohl gewesen sein, die Schätzungen schwanken stark. Doch viel ist nicht mehr übrig von der einst so großen Bewegung selbstverwalteter Betriebe und Initiativen. Als die in den 1970er Jahren entstandene Alternativbewegung, aus der die meisten Kollektive hervorgingen, ihren Zenit überschritten hatte, wurde es in Deutschland wieder stiller um Kollektivbetriebe. Bei den Verbliebenen verblassen oft die Ideale und sie arbeiten unter finanzieller sowie körperlicher und mentaler Selbstausbeutung. Doch auf die Idee und Praxis der Selbstverwaltung wird in der ArbeiterInnenbewegung immer wieder zurückgegriffen, um Arbeit anders zu organisieren als in einer kapitalistischen Form. In einem zweiteiligen Artikel möchte sich die DA *zunächst mit den historischen Erfahrungen von Räten und Selbstverwaltung auseinandersetzen, um in der kommenden Ausgabe offene Fragen, Konflikte und mögliche Diskussionslinien zu behandeln. [Redaktion Zeitlupe]*

Auf dem Weg zur Emanzipation stellt sich den Menschen die wichtige Aufgabe, das gesamte soziale und wirtschaftliche Leben neu zu gestalten. Die indirekte Demokratie, ein System der Stellvertretung und die kapitalistische Wirtschaftsweise kommen dafür ganz offensichtlich nicht in Frage. Doch auch alle staatskapitalistischen und zentralstaatlichen Planwirtschaftsmodelle haben sich als untauglich erwiesen. Seit dem ersten proletarischen Revolutionsversuch, der Pariser Kommune 1871, haben aufbegehrende Lohnabhängige unzählige Male auf Konzepte und Praktiken der Arbeiterkontrolle, der Räte sowie der Selbstverwaltung zurückgegriffen. In den zurückliegenden 140 Jahren wurden daher genügend Erfahrungen gesammelt, die den Stoff für eine kritische Diskussion liefern. Diese rätedemokratischen Basisinitiativen haben sich unter drei grundlegend verschiedenen gesellschaftlichen Bedingungen ereignet: Unter privatkapitalistischen Verhältnissen, während einer Revolution und im staatskapitalistischen Realsozialismus. Daher fielen die realen Erfahrungen mit der Arbeiterkontrolle bzw. den Räten und der Selbstverwaltung auch ziemlich unterschiedlich aus. Wenn ich im Folgenden vor allem auf die Probleme, Unzulänglichkeiten und Niederlagen dieser Versuche eingehe, dann im Bewusstsein, dass eine egalitäre, emanzipierte Gesellschaft nur durch eine rätedemokratische und auf Selbstverwaltung sowie Gemeineigentum beruhende Art und Weise vorstellbar ist.

Arbeiterkontrolle im Kapitalismus

Bei nichtkapitalistischen Wirtschaftsweisen war und ist die Kontrolle der Arbeitenden über den Arbeitsprozess und das Produkt der Arbeit meist gegeben. Erst die kapitalistische Produktionsweise hat hier für Trennungen und somit für neue, entfremdete Verhältnisse gesorgt. Die Forderung nach Arbeiterkontrolle kann als Bedingung für eine Gesellschaft ohne Staat gemeint sein, das heißt, sie kann im Bewusstsein zur Überwindung des Kapitalismus gefordert und praktiziert werden. Doch die Kontrolle über den Betrieb kann auch innerhalb der kapitalistischen Ordnung bzw. Logik erfolgen, ohne einen transformatorischen Anspruch zu verfolgen. Der Kampf und das Streben der Lohnabhängigen um die Kontrolle und Macht am Arbeitsplatz bedeutet nicht automatisch, die Bosse oder den Staat und die Regierung grundsätzlich in Frage zu stellen. Dies ist z.B. oft der Fall, wenn Betriebe besetzt werden, um deren Schließung zu verhindern. Selbstverwaltete oder Kollektivbetriebe innerhalb des Kapitalismus sind meist klein und auf bestimmte Bereiche beschränkt. Sie hantieren noch mit einigen kapitalistischen Praktiken, die sich immer dann verstärken, wenn der Betrieb wächst. Aber auch im „Normalbetrieb" sind genossenschaftliche, kooperative und Kollektivbetriebe immer den kapitalistischen Marktmechanismen – Preis, Ware, Lohn, Konkurrenz – unterworfen.

Die ersten militanten Fabrikbesetzungen des Proletariats haben im September 1920 in Italien gleich das Grundproblem einer jeden Arbeiterselbstverwaltung innerhalb des Kapitalismus aufgezeigt. Obwohl die kommunistischen, sozialistischen und syndikalistischen MetallarbeiterInnen in den Mailänder Fabriken an einem Strang zogen und die besetzten Betriebe durch Schützen- und Laufgräben sowie mit Maschinengewehren bewaffnet verteidigten, lief diese Selbstverwaltungsinitiative nach vier Wochen ins Leere.[1] Der kurzzeitige Erfolg der revoltierenden BesetzerInnen blieb begrenzt, da sie ihren Einfluss nicht über die Betriebsgrenzen hinaus ausdehnen konnten. Dies bedeutet, dass ein System isolierter Arbeiterselbstverwaltung allein nicht genügt, sondern darüber hinaus Faktoren bestehen müssen, die die Kollektivwirtschaft politisch und sozial ausweiten sowie notfalls auch bewaffnet beschützen. Die Erfahrungen der Fabrikomitees in Russland und der Ukraine 1917 oder der Fabrikräte[2] in Italien 1919 haben gezeigt, dass dies innerhalb des Kapitalismus faktisch zur Klassenzusammenarbeit mit den Unternehmen führt. Da die Arbeiterkontrolle eine Struktur der Doppelherrschaft in den Betrieben ist, bleibt den Komitees, Ausschüssen und Räten gar nichts anderes übrig.



Quelle: Wikimedia Commons

Ein Textilkollektiv während der spanischen Revolution 1936-1939

Eine andere Problematik für Betriebe, die von den ArbeiterInnen innerhalb kapitalistischer Verhältnisse übernommen werden, zeigte sich in Argentinien 2001. In der damaligen Wirtschafts- und Staatskrise übernahmen sie Betriebe, denen es schlecht ging oder die Konkurs angemeldet hatten. Damit waren die argentinischen Lohnabhängigen entweder mit hinterlassenen Schulden konfrontiert oder mussten an die ehemaligen kapitalistischen EigentümerInnen Ablöse zahlen. Die Startvoraussetzungen waren also denkbar schlecht. Es herrschte für die zahlreichen übernommenen Betriebe ein ständiger Kapitalmangel und sie mussten die Rechtsform einer Kooperative wählen. Dies bedeutete wiederum Lohnarbeit, dazu kamen veraltete Maschinen und unzureichende Auslastung. Für Kollektivbetriebe im Kapitalismus ist es daher typisch, dass sie den Produktionsprozess unverändert lassen und Veränderungen nur bei der Aufteilung der Tätigkeiten stattfinden. Kooperativen sind der kapitalistischen Logik unterworfen, müssen Gewinne erwirtschaften und für den anonymen Markt produzieren. Ganz allgemein gilt, dass, wenn die Teilhabe und Mitbestimmung nur über die Eigentumsrechte am Betrieb definiert werden, die ArbeiterInnen automatisch kapitalistische Funktionen ausüben.

Arbeiterräte während einer Revolution

Räte haben als direktdemokratische Organe wesentliche Vorteile gegenüber den herkömmlichen Arbeiterorganisationen. Gerade in unruhigen Zeiten können sie der Dynamik sozialer Prozesse in den Betrieben und auf den Straßen viel effektiver Ausdruck verleihen. Durch das den Räten (Komitees, Ausschüsse, usw.) innewohnende Prinzip ständiger Abwahlmöglichkeit, können die basisdemokratischen Organe sofort auf sich verändernde Stimmungen, Ansichten und Forderungen reagieren. Parteien und Gewerkschaften sind dagegen durch einen bürokratischen Apparat mit festen BerufsfunktionärInnen strukturell verkrustet und somit meist unbeweglicher als eine auf einem versammlungsdemokratischen Delegiertensystem basierende Rätebewegung. In umgekehrter Richtung unterstützen die Rätestrukturen die Eigeninitiative und die ständige Aktivität der Menschen. Daher verwundert es kaum, dass in so gut wie allen bisherigen proletarischen Erhebungen Räte entstanden.

In den Milizeinheiten der Pariser Kommune 1871 wurden die Vorgesetzten und Delegierten gewählt und konnten jederzeit von der Basis wieder abberufen werden. Delegierte aus den Milizen bildeten ein zentrales Komitee, das als erster Arbeiterrat bezeichnet werden kann. Auch in der russisch-ukrainischen Februarrevolution 1917 entstanden auf breiter Basis Fabrikkomitees, die sich jedoch zunächst nur auf die Kontrolle der (alten) Betriebsleitungen, von Einstellungen und Entlassungen sowie über die Löhne und Arbeitszeiten beschränkten. Sie übernahmen noch keine Verantwortung für die technische und organisatorische Leitung der Betriebe oder für die wirtschaftliche Ausrichtung der Produktion. Die zaristische Monarchie war zwar gestürzt, jedoch durch eine bürgerlich-demokratische Regierung ersetzt. Erst der Oktoberaufstand 1917 änderte die Machtverhältnisse in Richtung einer Arbeiterdemokratie. Nun gingen die gewählten Fabrikkomitees von der Kontrolle zur Leitung der Betriebe über. Doch ebenso wie unter privatkapitalistischen Verhältnissen müssen die Werktätigen auch in einer Revolution die politischen Machtverhältnisse im Auge behalten. Die neue Sowjetmacht in Russland und der Ukraine setzte nämlich von oben Verwaltungsdirektoren in den Betrieben ein, die von den Fabrikomitees zwar beaufsichtigt werden sollten, aber dennoch das letzte Wort hatten.

Arbeiterselbstverwaltung im Realsozialismus

Das jugoslawische Modell der 1950 von oben gesetzlich eingeführten Arbeiterselbstverwaltung führte zur Entstehung einer sozialistischen Marktwirtschaft. Diese beruhte auf der Grundlage des Wertgesetzes und des kollektiven Eigentums. Die selbstverwalteten Betriebe sollten eine sozialistische Warenproduktion für den Tausch über Märkte bereitstellen. Es entstand ein Widerspruch zwischen den von gewählten Arbeiterräten mitverwalteten Betrieben und dem Rest der jugoslawischen Gesellschaft. Die Lohnabhängigen wurden zu TeilhaberInnen, die versuchten ihren Gewinn zu maximieren. Diese Belegschaften kämpften für Marktreformen und eröffneten Konfrontationen mit den politischen sozialistischen Strukturen in Jugoslawien. In dieser Logik erschienen Bündnisse der ArbeiterInnen mit dem Management und den TechnikerInnen ihrer Betriebe sinnvoller als mit Instanzen aus der offiziellen Politik bzw. dem sozialistischen Staat. Gleichzeitig gerieten die Arbeiterräte der selbstverwalteten Betriebe immer stärker unter Druck, Anreize für mehr Profitabilität zu schaffen, etwa durch Rationalisierung, professionelles Management oder über Lohnanreize. Damit zerstörten die (sozialistischen) Marktanforderungen den egalitären Anspruch der Anfangsjahre der südslawischen Arbeiterselbstverwaltung. Je mehr den ArbeiterInnen klar wurde, dass die Arbeiterräte und die Selbstverwaltung nicht zur Emanzipation von der Lohnarbeit führen und die Entfremdung am Arbeitsplatz fortlebte, nahmen sie ein funktionales Verhältnis zur Arbeiterselbstverwaltung ein und misstrauten den rein formalen Rechten für Arbeitende. Die Arbeiterräte in Jugoslawien verwalteten die Betriebe und kamen so nicht dazu, sich für die allgemeinen politischen Interessen der ArbeiterInnen einzusetzen. Ihre Hauptaufgabe blieb das Management von Betrieben, anstatt als Ausgangspunkt für die direkte Durchsetzung der proletarischen Belange in der Gesellschaft zu fungieren. Die Autonomie der Betriebe, die oft zu Trennungen von den in der Gesellschaft bestimmenden politischen und staatlichen Strukturen führte, gebar noch ein weiteres Problem. Es kam zu einer ungleichen ökonomischen Entwicklung der jugoslawischen Regionen, unglücklicherweise auch noch entlang ethnischer Grenzen.[3] Insgesamt stellte die südslawische Wirtschaft einen Kompromiss bzw. eine Zwischenlösung zwischen Plan- und Marktwirtschaft dar. In den 1960er Jahren zog sich der Staat zunehmend aus der Wirtschaft zurück und die autonomen Firmen setzten auf den Markt und ausländische Partner.

Der in Europa bisher letzte Versuch, auf breiter gesellschaftlicher Ebene eine Arbeiterselbstverwaltung durchzusetzen, bildeten die Ereignisse 1980/81 in der Volksrepublik Polen. Die dabei in den Betrieben gewählten Arbeiterräte sollten nicht mehr nur mitbestimmen, sondern die staatlich eingesetzten Betriebsleitungen ersetzen. Regionale, überbetriebliche Koordinationen verschiedener Komitees der Arbeiterselbstverwaltung sollten sich zu landesweiten Koordinationen zusammenschließen, um die Steuerung und Planung der Entwicklung der gesamten Wirtschaft und Gesellschaft in die Hand zu nehmen. Der erste nationale Kongress der Massengewerkschaft Solidarnosc, in der über die Hälfte aller Lohnabhängigen organisiert war, verabschiedete im Herbst 1981 eine Resolution, in der sie den Umbau der polnischen Gesellschaft in Richtung einer *echten Arbeiterselbstverwaltung* forderte. Eine demokratische und selbstverwaltete Reform in allen sozialen Bereichen sollten eine arbeiterdemokratische Gesellschaft schaffen, die Plan, Selbstverwaltung und Markt miteinander verbindet. Die Arbeiterklasse radikalisierte sich mehr und mehr und die Kräfteverhältnisse entwickelten sich beständig in Richtung der Arbeitermacht und einer sozialen Demokratie in den polnischen Betrieben. Die ArbeiterInnen hatten begonnen, einen eindeutig revolutionären Weg einzuschlagen. Es war nur eine Frage der Zeit, bis die Basisbewegung in den Betrieben die Machtfrage gestellt hätte. Die realsozialistische Bürokratie entschloss sich in dieser ausgewachsenen Staatskrise, die militärische „Lösung" zu suchen. Im Dezember 1981 wurde das Kriegsrecht ausgerufen und eine Militärdiktatur installiert. 10.000 AktivistInnen von Solidarnosc fanden sich in Internierungslagern wieder, alle von ArbeiterInnen besetzten Betriebe wurden von Panzern umstellt. Auch in diesem Fall zeigte sich die Tatsache, dass, egal wie stark die Arbeitermacht in den Betrieben verankert ist, die Rätebewegung die gesellschaftliche Machtfrage nicht vernachlässigen darf.

Roman Danyluk

[1] Die zahlreichen Fabrikkomitees waren als spontane Initiative von unten und ohne das Zutun oder der Anleitung von sozialistischen Parteien in den Betrieben entstanden. Sie waren ihrem Selbstverständnis nach zunächst nur Organe der Mitbestimmung bzw. Arbeiterkontrolle und somit noch nicht Ausdruck des Selbstverwaltungswillens der Werktätigen.

[2] Das neue an der von Turin ausgehenden Bewegung der Fabrikräte war zum einen der offen formulierte Anspruch der ArbeiterInnen, nicht mehr nur LohnempfängerInnen zu sein, sondern als ProduzentInnen aufzutreten, das heißt, die volle Kontrolle über die Produktion zu erlangen. Darüber hinaus vertraten die Fabrikräte die Auffassung, dass sich alle Arbeitenden an dieser Initiative beteiligen konnten, was sie unweigerlich in Konflikt mit den herkömmlichen Gewerkschaften brachte.

[3] In der multiethnischen *Sozialistischen Föderation Jugoslawien* existierte eine regionale Selbstverwaltung, die zunächst auch funktionierte. Doch die Begleichung der enormen Auslandsschulden führte in den 1980er Jahren u.a. zu einem Reallohnverlust von 40 Prozent und trieb Jugoslawien in den Ruin. Die sozioökonomischen Ungleichgewichte zwischen den nördlichen Teilrepubliken (Slowenien und Kroatien) und den übrigen Bundesstaaten (Serbien, Bosnien, Montenegro, Makedonien) vertieften sich in der Folge und mündeten zuerst in einem innerjugoslawischen Wirtschaftskrieg und später in einem Bürgerkrieg.

Quellen und Literatur zum Weiterlesen:

Dario Azzellini/Immanuel Ness (Hrsg.): *„Die endlich entdeckte politische Form". Fabrikräte und Selbstverwaltung von der Russischen Revolution bis heute.* Neuer ISP Verlag, Köln 2012

Roman Danyluk: *Befreiung und soziale Emanzipation. Rätebewegung, Arbeiterautonomie und Syndikalismus.* Edition AV, Lich 2012

Oskar Anweiler: *Die Rätebewegung in Russland 1905-1921.* E.J. Brill, Leiden 1958

From Hipness to Ramschness

In Rom garantiert der Wirtschaftsfaktor Massentourismus nicht allgemeinen Wohlstand, sondern Konkurrenz und Vertreibung

Am Samstag, dem 19. 10., gingen in Rom nach verschiedenen Schätzungen bis zu 70.000 Menschen anlässlich einer von Gewerkschaften und Sozialverbänden organisierten Demonstration unter dem Motto „Gegen Verarmung und Austerität" auf die Straße. Vorangegangen war am 18. 10. ein „Generalstreik der Basisgewerkschaften", der seine Zentren in Städten wie Florenz oder Mailand hatte. Trotz der Unterschiedlichkeit des römischen Protestes grenzte sich dieser in seiner Ganzheit – und dies ist angesichts der derzeitigen Verhältnisse in Italien durchaus erwähnenswert – offensiv gegen nationalistische Strömungen wie auch, unter dem Eindruck der jüngsten Tragödie vor Lampedusa, gegen einen Rassismus ab, der sich jenseits des starken rechten Lagers längst in der italienischen Mehrheitsgesellschaft etabliert hat. Die konservative Presse stürzte sich in bekannter Manier dann auf die Möglichkeiten, angesichts ihrer Heterogenität eine dezidiert anti-chauvinistische Krisendemonstration zu diskreditieren. So wurde allen Ortes vor jeglichen Inhalten der Demonstration die Geschichte von „Neun Anarchisten, die Messer und Schlingen mitführten und von der Polizei verhaftet wurden" verbreitet.

Die großen Organisationen, die an der Demonstration teilnahmen, hatten auch Busse aus anderen Teilen des Landes in die Hauptstadt organisiert. Aus Rom selbst aber wurde wesentlich von Seiten der dortigen Stadteil- und Freiraumbewegungen zu der Demonstration mobilisiert. Der Slogan „Recht auf Stadt" bekommt in einer Metropole wie Rom, die auf engem Raum durchzogen ist von tourismusindustriell nutzbaren Prachtbauten der statusverliebten Eliten der letzten zweieinhalbtausend Jahre, eine ganz andere Dimension als in den nach dem Zweiten Weltkrieg vor allem sozial und ökonomisch funktional neugestalteten deutschen Großstädten. Auf den Plätzen um das Forum Romanum, auf den Brücken über den Tiber, in den Gassen des touristischen Gastro-Viertels Trastevere oder um den Campo di Fiori herrscht ein entfesselter Konkurrenzkampf um den besten Standort. Die These von der Stadt als neuer Fabrik – wie sie ja nicht zuletzt der italienische Postoperaismus um Antonio Negri prägte – wird hier scheinbar besonders nachvollziehbar: Werden die mal historisch, mal religiös, mal romantisch konnotierten Sehenswürdigkeiten der Stadt als die ihr entspringenden Waren aufgefasst, so sind die TouristInnen und das in Form von Immobilien nach Anlagemöglichkeiten wie auch Status anzeigenden Besitz suchende Kapital die Kunden. Der staatlich und kommerziell limitierte Zugang zur Mehrwertproduktion entlang der Umwandlung von Ruinen, Plätzen und Kirchen zu einer endlos vermarktbaren Ware scheint aufgrund mangelnder politischer Selbstorganisation der Menschen, die versuchen, hieran ihren Lebensunterhalt zu verdienen, in einen vergleichbaren Zustand wie bei den unorganisierten und somit schutzlosen proletarischen Massen der frühen industriellen Revolution in Europa zu münden. Kritischen RombesucherInnen wird solch ein Vergleich nicht als allzu weit hergeholt erscheinen – unübersehbar die vielen verarmten fliegenden HändlerInnen, die oftmals sichtbar verzweifelt versuchen, leuchtendes Kinderspielzeug, billigen Romkitsch, je nach Wetter Sonnenbrillen oder Regenschirme oder auch Drogen und den eigenen Körper zu verkaufen. Hinzu kommen augenfällig die biblische Leprakranke nachahmenden Bettelkolonnen rund um den Petersdom, die die katholischen BesucherInnen aus aller Welt wie den Sohn Gottes – aber eben nicht um Heilung, sondern um 50 Cent – anflehen. Nicht wenige katholische TrachtenträgerInnen, die sich eben noch vor der vatikanischen Kulisse zwecks Rumgepose auf Facebook fotografieren ließen, konsumieren anschließend jenes touristische Angebot, sich mit sehr kleinem Kleingeld der eigenen Barmherzigkeit zu vergewissern.



Selbstorganisierte Arbeits- und Arbeitslosenberatung im römischen Stadtteil Garbatella

Die sozialen Kämpfe werden schärfer

Das Beispiel der hochgradig prekarisierten StraßenhändlerInnen und BettlerInnen Roms zeigt aber auch die Beschränkung der These von der Stadt als Fabrik des 21. Jahrhunderts auf. Denn die Essenz ihrer Prekarisierung besteht in ihrer strukturell schwachen Position innerhalb der politischen Ökonomie – die Verknappung ihrer Arbeitskraft würde die herrschenden Verhältnisse nicht in ihrer Existenz bedrohen, wie es zu Zeiten der industriellen Ära in Europa jeder ernsthafte Generalstreik tat und es heute in den industriellen Zentren Asiens und Südamerikas immer noch tun würde. Die italienische und die EU-Einwanderungspolitik halten die konstante Ethnisierung dieser früher einmal „subproletarisch" genannten sozialen Schicht aufrecht, und so erfüllen jene Menschen vor allem den doppelten Zweck, als Arbeitsreserve für den Markt bereitzustehen und somit die Krisenängste der übrigen Bevölkerung rassistisch in einen Abwehrkampf gegen die verarmte migrantische Konkurrenz zu bündeln. SS-Runen und Hakenkreuze gehören zu den häufigsten Sprayer-Motiven an den Mauern und Häuserwänden der Stadt. Eine „Liga der Nationalen Allianz" mobilisiert bewusst am 9. November zu einer eigenen Großdemonstration, quasi als Antwort auf die Chauvinismuskritische am 19. Oktober. Die obere Hälfte der Plakate zeigen die erstürmte Berliner Mauer, die untere ein Meer aus nationalistischen Flaggen vor dem Kolosseum. Die Bildersprache ist eindeutig jene der deutschen Neofaschisten, und wie bei ihnen wird die EU mit der Sowjetunion verglichen, selbstredend nicht zwecks der Verteidigung der Freiheit des Individuums, sondern der der Nation.

Basisgewerkschaften wie die USI-IAA und andere selbstorganisierte Zusammenhänge wie etwa die Plena der sozialen Zentren mobilisierten zu der linken Demonstration am 19. 10. mit der analytischen Verbindung der unterschiedlichsten von der ökonomischen Krise tangierten Felder. Die USI Rom rief dazu auf, sich am Einheitsblock der ArbeiterInnen aus den Sozialberufen zu beteiligen, weil deren Kampf immer auch die Belange der Allgemeinheit tangiere: Neben dem Erhalt ihrer Arbeit gehe es hierbei immer auch um Teilhabe für alle. Davon abgesehen war es in den letzten Monaten durch kämpferische Selbstorganisation gelungen, zwei römische Kitas nicht nur vor der Schließung zu bewahren, sondern den privaten Betreiberunternehmen sogar die volle Beibehaltung der Arbeitsplätze und Gehälter abzutrotzen. Durch massive Gegenwehr der Spartengewerkschaften und AnwohnerInnen konnte die Schließung der Stadtteilbibliotheken verhindert und auch ihre ungeminderte Finanzierung durchgesetzt werden. Und auch die Angestellten in den römischen Tierheimen konnten die Erfahrung machen, dass selbst in zunächst aussichtsloser Lage entschlossener Widerstand von Erfolg gekrönt sein kann – alle Arbeitsplätze wurden erhalten. Wie die USI Rom anhand solcher Beispiele betont, machte diese Erfolge die Selbstorganisation jenseits der Gewerkschaftsbürokratie, die sich meist viel zu schnell mit billigen Kompromissen abspeisen lässt, überhaupt erst möglich. Hieran orientierte sich auch ihr Aufruf zu der Demonstration: Sich nicht durch die Organisationshierarchie der Veranstaltung die Ziele und Wünsche vorschreiben zu lassen, sondern den engen Rahmen des angeblich Möglichen durch eigenes Handeln zu sprengen.

Kollektivität und Vereinzelung

Doch nicht für alle Menschen ist es überhaupt noch möglich, solche Verteilungskämpfe zu führen. Die Versprechen der kapitalistischen Ökonomie über Freiheit und Individualität entpuppten sich für eine Vielzahl von LadenbesitzerInnen in der Nähe des Campo di Fiori als Trojanisches Pferd. Im alten Handwerksviertel siedelten sich über Jahrzehnte auf einen engen Kundenrahmen spezialisierte kleine Geschäfte an, die von der Beliebtheit des Viertels in studentischen, KünstlerInnen- und TouristInnenkreisen profitierten und handgemachte Instrumente, Möbel oder Kunst und Literatur verkauften. Die meisten von ihnen sind bereits verschwunden, ersetzt durch austauschbare Souvenierläden und den Charme von Disneyland verbreitende Restaurants, die die TouristInnenströme abfangen wollen. Gentrification kippt ab einem bestimmten Punkt von Hippness in Ramschness. Massimiliano Di Giuliomaria, Inhaber des Bücherantiquariats Ardengo in der Via del Pellegrino, erzählt im Gespräch mit der *Direkten Aktion*, dass sich auch die TouristInnen in den letzten zehn Jahren sehr verändert hätten. Den meisten ginge es heute um eine Akkordbesichtigung von Rom, kaum eineR nehme sich noch die Zeit, sich mit den AnwohnerInnen auseinanderzusetzen. Während

(Fortsetzung auf der nächsten Seite)

Lieber gemeinsam gemütlich radeln

Gegen ihr gelbes Trikot – Zweiter Teil des Artikels *Tour de Farce (DA 219)*

Die strukturelle Gewalt, die über die verschärft mehrwertorientierte Organisation der Arbeit in Frankreich ausgeübt wird, erfährt ihre dramatische Sichtbarwerdung unter anderem in den Selbsttötungen von Lohnabhängigen, wie in der letzten Ausgabe anhand des von der Basisgewerkschaft Sud-PTT veröffentlichten Abschiedsbrief des 55-jährigen Postangestellten Francis veranschaulicht wurde. Gerade in großen Unternehmen (privat, staatlich oder halbprivatisiert) mit einer arbeitsrechtlich starken Stammbelegschaft wird aufgrund der nicht zu verhehlenden Konfliktträchtigkeit der Restrukturierung der Arbeit der heftige Druck deutlich, der zur Abfederung der Akkumulationskrise des französischen Kapitals auf Angestellte und ArbeiterInnen aufgebaut wird. Bei der Post mit ihren 250.000 Angestellten soll die Arbeitsorganisation dazu dienen, gerade die festangestellten Beschäftigten zu verunsichern und dazu zu bringen, selbst aufzugeben und das Unternehmen zu verlassen. Zumeist können sie nicht einfach gekündigt werden – aber sie können ihren festen Arbeitsplatz verlieren. Sie sind dann sogenannte „agents volants", frei verfügbare und jederzeit einsetzbare beweglichen Arbeitskräfte im Nirgendwo, ohne festen Ort. Die individuellen Konflikte zwischen den Angestellten und ihren Vorgesetzten, die sich aus solchen drastischen Veränderungen des Arbeitsplatzes ergeben, führen dann zu eben jenem Psychoterror, den schließlich auch Francis in seinem Abschiedsbrief bitter beklagte.

Dort, wo es die Rahmenbedingungen und die Verfassung der Beschäftigten erlauben, gibt es auch Widerstand, mal auf individueller, mal auf kollektiver Ebene: Ein Teil verweigert sich und wird auf Dauer krankgeschrieben oder sabotiert durch verstecktes Nichtstun, ein anderer Teil fängt an, militant zu werden und organisiert sich in Gewerkschaften und verhält sich alltäglich offen widerspenstig. Viel Wirbel innerhalb und außerhalb der Post machte vor Kurzem eine kleine Alltagsgeschichte, nachdem ein Postbeschäftigter eine erhaltene Abmahnung veröffentlichte. Neben der Briefpost hatte er für einige ältere Bewohner in abgelegenen Dörfern der Pyrenäen zumeist noch Zigaretten und Lebensmittel aus der Stadt auf seinem Postvertriebsweg mitgebracht. Dies wurde als „unproduktive Tätigkeiten" von einem von der Postleitung extra bestellten Kontrolleur erfasst, was dann zur Abmahnung durch die Vorgesetzten führte. Da die „Unproduktivität" aber aus einer Tätigkeit für das Allgemeinwohl bestand, erfuhr die Widerspenstigkeit des Postangestellten große Sympathien und löste eine öffentliche Debatte aus.

Die Unzufriedenheit im Job nimmt in Frankreich über regionale und betriebliche Grenzen hinweg zu. Ähnlich wie bei der letzten großen Bewegung gegen ein späteres Renteneintrittsalter im Jahr 2010 herrscht in Frankreich ein explosives Klima vor, da die Unzufriedenheit über marginalisierte Gruppen hinweg die Mehrheitsgesellschaft erfasst. In dieser haben bisher die konservativen und rechten Gruppen die Initiative ergriffen, z.B. gegen die gleichgeschlechtliche Ehe. Gewerkschaftsgruppen wie die CNT, die Solidaires-Basisgewerkschaften und die CGT richten ihren Fokus jenseits der Parteipolitik jedoch auf die konkreten Auseinandersetzungen am Arbeitsplatz. Bei diesen geht es im Kern um die enorme Arbeitsdichte bei gleichzeitiger Verringerung des Personals und der Belegschaften. Dabei kritisieren sie auch die namentlich Verantwortlichen in den Leitungen der Unternehmen für ihr Vorgehen und ihre Methoden – die ständigen Schikanen, die Bewertungen, das Schaffen einer permanenten Konkurrenzsituation unter den Beschäftigten, die oftmals in panische Angst vor Entwertung, Herabsetzung und Demütigung umschlägt. In mehreren von Gewerkschaften und Einzelpersonen angestrebten Gerichtsprozessen wurden ManagerInnen verurteilt, die stellvertretend diese Maßnahmen verantwortet haben. Zusammen mit öffentlichkeitswirksamen Aktionen vergrößern sich so die Möglichkeiten zur Gegenwehr der Betroffenen.

Willi Hayek

strug·gle ['strʌgl]

Nachrichten von der Klassenfront

Italien: Landesweite Streiks und Proteste – Nah- und Fernverkehr gestört

Am 18. 10. riefen die großen Gewerkschaften Cobas & CUB zu landesweiten Streiks und Protesten auf. Auslöser war einmal mehr die rigorose Sparpolitik und mit ihr drohende Einschnitte im Gesundheits- und Sozialwesen. Vor allem die Beschäftigten des Nahverkehrs und der Flugbranche beteiligten sich am Ausstand: 143 Flüge wurden gestrichen, der Betrieb der Busse sowie U- und Straßenbahnen kam vielerorts zum Erliegen. Zusätzlich protestierten autonome Gewerkschaften, VertreterInnen von Beamten- und Studierendenverbänden nicht nur gegen die Regierung von Ministerpräsident Letta, sondern auch gegen das geltende Einwanderungsrecht, das illegale Einreisen mit Haft ahndet. Am darauffolgenden Samstag kam es in Rom zu einer Großdemonstration mit 70.000 TeilnehmerInnen.

Brasilien: Von kämpfenden LehrerInnen und polizeilicher Gewalt

Seit dem 08. 08. streiken Rios LehrerInnen bereits. Es geht um höhere Gehälter und gegen eine veränderte Regelung der Berufseinstufung. Viele PädagogInnen, die nicht 40 Wochenstunden an einer Schule unterrichten, sondern ihr Wochenpensum in mehreren Einrichtungen absolvieren, sehen ihre Arbeitsstandards durch die Neuerungen gefährdet. Neben dem Ausstand, der von Repressionen durch die Militärpolizei begleitet wird, kam es am 02. 10. in Rio de Janeiro zu einer Großdemonstration mit rund 50.000 Beteiligten – darunter Hunderte LehrerInnen und viele SchülerInnen. Dabei geriet die Staatsgewalt erneut in Kritik: Bei dem Versuch einiger Demonstrierenden, in das Rathaus zu gelangen, kam es zum Einsatz von Blendgranaten, Tränengas und Gummigeschossen, es erfolgten 200 Festnahmen. Gut zwei Wochen danach befanden sich noch 40 Personen in Untersuchungshaft. Der Vorwurf lautet „Bildung einer kriminellen Vereinigung".

Frankreich: Klassenkampf im Profifußball – nur von welcher Seite?

Das hat es in Frankreich seit 1972 nicht mehr gegeben: Die Spieler der Ligue 1 wollen das letzte Novemberwochenende die Arbeit niederlegen. Der Grund: Protest gegen die Reichensteuer. 120 Spieler der ersten französischen Spielklasse verdienen mehr als eine Millionen Euro. Vereine, die diese Gehälter zahlen, müssen sie ab 01. 01. 2014 mit 75 % versteuern. Ob Gegen- oder gar Unterstützungsmaßnahmen von Fans geplant sind, ist noch unbekannt. Kurios bei der ganzen Geschichte: Der AS Monaco, der auch in der französischen Liga kickt, besitzt als monegassischer Verein in Frankreich eigentlich keine Steuerpflicht. Eine Ausnahmeregelung wird hier geprüft.

Mexiko: LehrerInnen landesweit gegen Bildungsreform

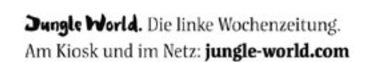
Seit mindestens Ende August brodelt es bereits in Mexikos Bildungswesen. Zu dem Zeitpunkt begannen mehrere tausend LehrerInnen im Zentrum Mexiko-Stadts Zelte aufzuschlagen. Als das mit der Zeit geschrumpfte Camp Mitte September gewaltsam geräumt wurde (29 Festnahmen/29 verletzte Protestierende), entfachte dies erneut Streiks und Proteste – unter anderem auch von solidarischen SchülerInnen. Am 16. 10. wurde der Unterricht wieder aufgenommen, jedoch ist der Konflikt seither auf zwölf Bundesstaaten ausgeweitet. Vielerorts kam es zu Besetzungen öffentlicher Einrichtungen sowie zu Festnahmen und polizeilicher Gewalt. Im Kern der Proteste steht eine Reform, die das Bildungswesen privatisiert, Gewerkschaften weniger Einfluss zugesteht und die soziale Absicherungen der LehrerInnen mindert. Der Kampf scheint noch nicht vorbei, symbolisch dafür steht das wiedererrichtete Camp im Herzen der Hauptstadt.

Schweiz: Glücklicher Sieg für polnische Arbeiter

Als sich der Konflikt zu verfestigen drohte, lenkte die Schweizerische Bundesbahn am 23. 10. ein. Nach Verhandlungen durch die Gewerkschaft „UNIA" müssen nun insgesamt 700.000 Franken nachbezahlt werden. Die zuständige Firma AB Brandschutz AG schickte ihre bisherigen Angestellten am 18. 10. von der Baustelle Zürcher Bahnhof, nachdem die Zahlung von Dumpinglöhnen öffentlich geworden war. Allerdings wurde die Einstellung neuer Arbeitskräfte durch eine Baustellenblockade der Gewerkschaft verhindert. Lediglich 3000 Franken im Monat verdienten die 30 teils polnischen, teils litauischen Brandschutzarbeiter – und das bei 60 Stunden Wochenarbeit. Dabei liegt der Schweizer Branchenstandard bei 4500-6000 Franken. Durch polnische und deutsche Subunternehmen wurden die Löhne der scheinselbstständigen ArbeiterInnen systematisch gedrückt. Die Winterthurer Firma AB Brandschutz zählt selbst offiziell nur drei Beschäftigte. Das Unternehmen hatte bei einer Versteigerung den Zuschlag für das Projekt erhalten, da sie mit Abstand das billigste Angebot machte.

Zusammengestellt von der Redaktion Globales







Die Zukunft des Buchladens Ardengo in der Via del Pellegrino 77 sieht düster aus

(Fortsetzung von S. 9)

...die Mieten in der Innenstadt ins Unermessliche stiegen, sei hier eigentlich nur noch mit Massenware Geld zu verdienen. Noch vor 15 Jahren konnte er von seinem Geschäft mit nur noch antiquarisch erhältlichen Büchern über klassische und moderne Kunst, Geschichte, Philosophie und Politik aufgrund der Durchmischtheit des Viertels gut leben. Doch heute sieht Massimiliano keine Zukunft mehr, und wie er jemals seine Schulden zurückbezahlen und wovon er im Alter einmal leben soll, ist ihm schleierhaft. „Mir bleibt nur noch die Hoffnung auf den großen Crash", sagt er mit ernster Miene. So kämpft er einen vereinzelten und verzweifelten Kampf mit jenen Finanzinstituten, die im Zuge der Krise von Seiten der Staaten mit Milliarden gestützt wurden, ihn aber nun aufgrund der Filetlage seines Geschäfts mittels seiner Schulden von dort vertreiben wollen; gehört sein liebevoll eingerichteter Laden erst mal der Bank, wird er zu hohen Preisen an InvestorInnen verkauft werden, die aufgrund ihres Kapitals – anders als die meisten Menschen in der römischen Innenstadt – dazu in der Lage sind, sich auf die jeweils aktuellen Bedingungen des Marktes einzustellen. „Alles in dieser Gegend wird von Investoren aufgekauft, mal, um mehr Geld zu verdienen, mal schlichtweg wegen des Prestiges."

Und so sind Schlagwörter wie über ein „Recht auf Stadt" oder die vielbeschworenen „Kämpfe um Raum" eben nicht verallgemeinerbar. Die antirassistischen Stadtteilprojekte und autonomen Zentren Roms erschaffen ihre Freiräume auf den Trümmern einer prekären Stadtgesellschaft. Doch hier geht es letztlich um eine – fraglos enorm wichtige – Standortgenehmigung für ein Paralleldasein. Menschen wie Massimiliano Di Giuliomaria würde eine Besetzung ihres eigenen Geschäfts, um etwa eine Zwangsräumung zu verhindern, nicht viel bringen, wären Schulden und mangelndes Einkommen doch weiterhin gegeben. Auch wenn die AktivistInnen des CSOA la Strada, die in der Woche vom 7. bis zum 14. Oktober den neunzehnten Geburtstag der Besetzung einer riesigen Halle im Stadtteil La Garbatella verglichen mit der deutschen autonomen Szene sympathisch offen mit erstaunlich gemischtem Publikum feierten, so bleiben auch sie „Szene", anstatt eine Bewegung zu sein. Aus einer kurzzeitigen Besetzungswelle an Schulen und Universitäten ging in Trastevere wiederum vor einem Jahr das besetzte Kino America Occupata hervor; nun wird in einem großen historischen Kinokomplex alternative Kultur verwirklicht. Doch während in dem ruhigeren, kaum touristisch erschlossenen Garbatella die AktivistInnen des CSAO la Strada beim Wirken in den Stadtteil hinein mit weniger ökonomischer Macht zu ringen haben, rüsten sich im Touri-Hotspot Trastevere „Task Forces" und eine so genannte „Superpolizei" zum Angriff auf BettlerInnen und Straßenverkäuferinnen – die jungen AktivistInnen des „America Occupata" werden kaum mehr als ein paar Transparente dagegen aufbringen können.

Marcus Munzlinger

Der Widerspenstigen Zähmung

In Marseille werden Stadtumbau und soziale Verdrängung in großem Stil konzipiert. Das stößt auf wenig Gegenliebe und vielfach auch auf Widerstand

Marseille, das klingt! Nach dem goldtriefenden Licht der ImpressionistInnen und exotischen Gewürzen für die einen. Nach einer stolzen Gewerkschaftstradition im Hafen und frech lärmenden Straßen für die anderen. Wieder anderen drängt sich der Gedanke an Mafiastrukturen und die „French Connection" auf – in den 60er Jahren durchliefen weit mehr als 50% des in den USA verkauften Heroins den Hafen, der Frankreichs größter und der viertgrößte in Europa ist. Zuletzt machte Marseille immer wieder mit Schießereien Schlagzeilen, denen allein 2013 15 Menschen zum Opfer fielen, darunter auch der Sohn des Sportdirektors des Fußballclubs Olympique Marseille. Am abscheulichsten aber war sicherlich die Ermordung eines Beschäftigten der Abfallwirtschaft, der Anfang September vor den Augen seiner KollegInnen hingerichtet wurde – die Hintergründe sind weiterhin unklar.

Die Vorstellungen, die Marseille hervorruft, changieren also zwischen *dolce far niente*, dem süßen Müßiggang, und modernen Industrie- und Hafenanlagen, zwischen fauler Idylle, schmutziger Produktion und organisierter Kriminalität. Dieses schlechte Image will man abschütteln. Nach dem Willen der kommunal regierenden Konservativen soll dazu auch der Umstand dienen, dass die Mittelmeermetropole 2013 – neben dem slowakischen Kosice – den Titel der Kulturhauptstadt Europas trägt. Nicht zuletzt wird so der Tourismus angekurbelt: Mit der Saison 2013 und ihren sechs Millionen Gästen, ein Zuwachs von 33% gegenüber 2012, zeigt man sich zufrieden.

Das Projekt „Marseille 2013" war Anlass für umfangreiche Baumaßnahmen im Stadtzentrum; eine treffliche Ergänzung für das Projekt „Euroméditerranée". Denn anders als in Metropolen wie Paris oder Lyon, deren proletarische Hochhausviertel an den Stadträndern liegen, sind in Marseille die Innenstadtviertel von einer armen, migrantischen Bevölkerung geprägt. Es gibt jedoch auch die typischen Banlieues, jene architektonische Verbrechen der 60er und 70er Jahre, die weiter „draußen" liegen: im Norden, im Hinterland des Hafens und südlich der großflächigen Industriegebiete vor den Toren der Stadt. Die gutbürgerlichen Viertel befinden sich südlich des Alten Hafens, der auch politisch als Äquator dient zwischen linken Mehrheiten im Norden und rechten im Süden. Erklärtes Ziel von Euroméditerranée ist es, die Nordstadt zu modernisieren und die Bevölkerung quasi auszuwechseln. Der Marseiller Historiker dell'Umbria zitiert den Bürgermeister für Stadtentwicklung mit folgenden Worten (2003): „Wir brauchen Leute, die Reichtum schaffen. Wir müssen die Hälfte der Einwohner loswerden. Das Stadtzentrum verdient anderes", besseres. Dieser brutale, technokratische Blick auf Marseille reicht weit in die Geschichte zurück. Bereits nach dem Ersten Weltkrieg hatte es Pläne gegeben, das Stadtzentrum für eine respektable, kaufkräftige Bevölkerung zu erobern.

Auf den ersten Blick scheint es, als würde dies nun gelingen: Allein für den Bau des neu eröffneten MUCEM (Museum der Zivilisationen Europas und des Mittelmeers) am Eingang des Alten Hafens wurden 167 Millionen Euro ausgegeben. Die Verkehrsführung am Hafen wurde für FußgängerInnen, lies: für TouristInnen, umgestaltet; zur Steigerung des Sicherheitsgefühls wurde ein flächendeckendes Netz der Videoüberwachung installiert. Dies geschah im Zuge von „Marseille 2013".

Das Projekt „Euroméditerranée" ist verantwortlich für die Sanierung der Rue de la République, die Ende des 19. Jahrhunderts nach dem Vorbild der breiten Pariser Boulevards – als praktische Vorkehrung gegen revolutionäre Barrikadenkämpfe – vom Alten Hafen zu den neuen Hafenanlagen bei La Joliette geschlagen wurde. Teil der Sanierung ist auch der Bau des Büroturms der Großreederei CMA-CGM und ein High-End-Wohnkomplex namens Terrasses du Port; beide in unmittelbarer Nachbarschaft von La Joliette, wo die Hafenlager längst in einen Bürokomplex umgebaut wurden.

So sehr der Stadtumbau auf Tourismus und Dienstleistungen ausgerichtet ist, so sehr die Industrie und ihre Streiks über die Stadtgrenzen hinaus in die nördlichen Industriegebiete gedrängt wurden, so stellt etwa die Verkehrsberuhigung am Alten Hafen auch für die BewohnerInnen von Marseille einen Zugewinn dar, der durchaus gewürdigt wird.

Die soziale Rücksichtslosigkeit der Stadtplanenden ruft aber natürlich Widerstand in der <i>ville rebelle</i>, der rebellischen Stadt, hervor. Zumal noch kein Ende abzusehen ist: „Euroméditerranée" greift weiter nach Norden aus, bis in das Industrieviertel Arenc, wo sich auch der größte maghrebinische Markt der Stadt befindet. Bei einem Rundgang mit AktivistInnen des Komitees „On se laissera pas faire" machen sie auf jede Menge leerstehender Wohnhäuser und Fabrikgebäude aufmerksam: vor der Aufwertung die Entwertung. Auch der in Arenc gelegene Marseiller Güterbahnhof ist bereits verkauft und soll zum Park umgestaltet werden. Das Komitee konzentriert sich auf die Aufklärung der örtlichen Bevölkerung, die größtenteils aus Erwerbslosen, Papierlosen und kleinen Gewerbetreibenden besteht; und in einigen Häusern halten einzelne alteingesessene MieterInnen die Stellung. Denn klar ist: Die Modernisierung ist nicht für sie bestimmt. Der im Komitee aktive Regisseur Claude Hirsch glaubt zwar nicht, dass man den Stadtumbau und die Vertreibung verhindern, vielleicht aber verzögern kann.

Andreas Förster

Literaturhinweise: Vertiefend zur Stadtgeschichte empfiehlt sich Günter Liehrs *Marseille. Porträt einer widerspenstigen Stadt*, Zürich 2013, 29,90 Euro. Ausführungen zur historischen und aktuellen Stadtplanung in Marseille finden sich auch in der Broschüre von Alèssi dell'Umbria, *Die Commune von Marseille. Internationalisten und Föderalisten im Aufstand 1870/71*, Moers 2013, 3 Euro.



Eine Stadt, die krank macht

Ein anderer Rückblick auf die Kämpfe der Bürger in Taranto gegen Korruption, Vetternwirtschaft und Vergiftungen rund um die dortige Ilva-Fabrik des Riva-Konzerns

Die Proteste in Taranto loderten das erste Mal am 2. August letzten Jahres auf. Kurz darauf wurde der Besitzer des Ilva-Konzerns, Emilio Riva, verhaftet, außerdem sein Sohn Nicola und zwei ihrer engsten Vertrauten, unter denen der Name Girolamo Archinà der wichtigste ist – er hatte über Jahre ein riesiges Spinnennetz der Korruption aufgebaut, bestehend aus PolitikerInnen, Fachleuten der Gewerkschaften, BetriebsleiterInnen, InspektorInnen der Polizei in dieser Richtung, sogar ein Priester war dabei. In 90 Ordnern, benannt mit „Verkaufte Umwelt", hatten die Recherchen der Staatsanwaltschaft Taranto Platz. Es gibt zudem stundenweise abgefangene Telefonate. Es sind bereits 50 ProtagonistInnen dieses Netzes bekannt. Einige von ihnen – wie der Präsident der Provinz Taranto, Gianni Florido – wurden schon in den Arrest gesteckt und werden unter Aufsicht verwahrt, damit sie keine Beweismittel vertuschen können.



Protest auf den Straßen Tarantos

Am 2. August des letzten Jahres gingen einige Menschen auf die Straße, aufgerufen von den drei großen Gewerkschaften CGIL, CISL und UIL. Pikanterweise ergriff diese Demonstration nicht gegen die korrupten PolitikerInnen und ihre Machenschaften rund um das Ilva-Werk Partei, sondern für sie. Das Motto hieß: „Retten wir unsere Arbeitsplätze, retten wir Riva" oder „Lieber Krebs als arbeitslos" (*DA* 218 berichtete). Die GewerkschaftsfunktionärInnen waren selbst Teil dieses „Systems Ilva".

An diesem Tag ergriff jedoch endlich auch der andere Teil der Stadt, der sich nicht mehr von der Angstmacherei der AkteurInnen des Systems Ilva beeinflussen lassen wollte, zum ersten Mal das Wort. Das Mikrofon der GewerkschaftsfunktionärInnen wurde abgedreht. Auf einer improvisierten Bühne am anderen Ende des Platzes, wo sich ein Apecar-Parkplatz befand, wurde die Stimme gegen die FunktionärInnen erhoben. Das schlug die FunktionärInnen der drei großen Gewerkschaften schließlich in die Flucht. Viele von denen, die auf der Bühne der GewerkschaftsfunktionärInnen gestanden hatten, sind heute diejenigen, die sich vor der Staatsanwaltschaft zu verantworten haben. Ein blaues Apecar ist seitdem das Symbol der Bewegung gegen die Fabrik, ein Symbol der Selbstorganisation, ein Symbol einer Organisation von unten, die sich in dem „Komitee denkender BürgerInnen und ArbeiterInnen" vereint hat. Sie haben jenen Schleier gelüftet, der jahrzehntelang die Verbrechen und die Umweltzerstörung in Taranto verborgen hatte.

Kurze Chronik. 1960er Jahre: Die Regierung entschließt sich, eine ExpertInnenkommission in zwei Städte des äußersten Südens zu schicken: Bari und Taranto. Die Kommission soll den perfekten Standort für die größte Stahlhütte Europas auswählen. Es ist die sogenannte „Reindustrialisierung" Süditaliens. Die Experten kehren zurück nach Rom, überzeugt, dass die Ilva (also die Fabrik) in Taranto gebaut werden soll. Ausschlaggebend für die Entscheidung ist unter anderem, dass es dort keine eigene politische Klasse gibt, mit der es zu Konflikten hätte kommen können. Das Stahlwerk soll auf der Piazza Castello erbaut werden, direkt vor dem Zentrum, und es würde keine Proteste geben. Die Regierung nimmt die Experten beim Wort. Und nun wächst die Ilva quasi an der Stadt, doppelt so groß wie das bewohnte Zentrum. Eine Stadt in der Stadt, seit 50 Jahren, ohne jemals zu schlafen. Permanenter Ausstoß von Stahl und permanenter Profit. Und das Geldmachen hört nicht einmal in der Nacht auf. Tagein, tagaus wird die sensible Umgebung, in der einst Fischfang, Viehzucht und Landwirtschaft betrieben wurden, unvorstellbar entstellt.

Achtziger Jahre: Die Ilva ist immer noch staatlich und hat Fabriken in Terni, Piombino und Genua. Der Standort Bagnoli ist wegen extremer Umweltverschmutzung schon geschlossen worden. Aber im offiziellen betrieblichen Magazin wird ein Slogan abgedruckt, der sehr gut die Misere in Taranto beschreibt. Fast wie eine böse Prophezeiung heißt es da: „Wenn die Ilva erkältet ist, dann hat Taranto eine Lungenentzündung".

1995: Die Fabrik wird privatisiert. Sie wird an den Riva-Konzern verkauft, der seinerseits die Fabriken in Terni und Piombino weiterverkauft und die Fabrik in Genua schließt. Außerdem wird die Anlage in Taranto verkleinert; von 35.000 Angestellten bleiben nur 18.000. 18.000 in einer Stadt von 200.000 Einwohnern.

Heute haben 92% des von Italiens Industrie ausgestoßenen Dioxins ihren Ursprung in Taranto. Dioxin gibt es dort überall. Selbst in der Muttermilch. Hunderte von Schlachttieren werden deswegen sinnlos getötet – vielen Tonnen Miesmuscheln und andere Meerestiere werden vergiftet. In Rione Tamburi, einem Viertel am Stadtrand, stellen sie bei unter 13-jährigen Kindern die gleiche Beschaffenheit der Lungen wie bei 60-jährigen Rauchern fest! Alles in dem Viertel ist rot, weil rot die Farbe des Stahlpulvers ist. „Das Mineral", das sie dort aus ihren Balkonen oder Schlafzimmern zusammenfegen. Das, was sie auch einatmen, wenn sie mit verschlossenen Fenstern dort in der Wohnung sitzen.

Am 2. August letzten Jahres haben also die BürgerInnen die Verharmlosungen und die Lügen erkannt. Seitdem sehen sie klar, dass sich nur etwas verändert, wenn sie sich Gehör verschaffen. Seitdem kommen all diese Sachen ans Tageslicht: Mit wie viel Milliarden Euro Emilio Riva die Zerstörung der Umwelt aufrechterhielt, mit wie vielen Milliarden er die Repräsentanten bestach und weiter die Gesundheit der Bevölkerung und des Umfelds der Fabrik massiv gefährdete. Es ist wie eine Live Soap im Gericht. Alle wussten alles, alle kennen die Namen und Spitznamen von denen, die Berge von Geld angesammelt haben.

Und auch jetzt, da der Staat langsam die geheimen Verbrechen von Ilva aufdeckt, verunreinigt die Ilva-Fabrik weiter die Umwelt. Die Menschen sterben weiterhin. Doch viele der Menschen haben sich entschlossen, nun Widerstand zu leisten und Stück für Stück für eine gesunde Stadt zu streiten.

Von Ivan aus Taranto
bearbeitet und übersetzt von G. Roccia

Exploitation, not lovin' it

Über die Krise eines Landes und das Wiederfinden von Selbstachtung

„Und was sonst haben wir zu verlieren? Ich meine, wir sterben schon so langsam im Alltagstrott, also warum nicht aufschreien und aufstehen und das ganze Land wissen lassen, dass wir leiden? Und das ist wirklich ein Hilferuf. Und dieses großartige Land sollte seinen ArbeiterInnen, die Hilfe brauchen, nicht den Rücken zukehren" – Terrance Wise, *Kansas City Fast Food* Streikmitglied

„Wir haben nichts mehr zu verlieren" – das denken mittlerweile immer mehr ArbeitnehmerInnen aus der US-Fast-Food-Branche. Mehrere hundert von ihnen streikten Ende August in über 60 Städten für einen höheren Mindestlohn von $ 15 und das Recht auf repressionsfreie gewerkschaftliche Organisation. Betroffen waren einige der größten Fast-Food-Ketten, unter anderem McDonald's, Burger King und Wendy's. In New York allein hatten rund 300 DemonstrantInnen eine McDonald's-Filiale nahe dem Empire State Building besetzt.

Unterstützt wurden die Streikenden von einzelnen Angestellten aus dem Einzelhandel. Bei ähnlichen Streiks hatten bereits zuvor mehrere hundert Fast-Food-Angestellte in den letzten Monaten gegen die schlechten Arbeitsbedingungen protestiert und eine Verbesserung ihrer Lebenslage gefordert.

Solche Streiks stellen ein Novum für US-amerikanische Verhältnisse dar, da lediglich zirka zwölf Prozent der Angestellten Mitglied einer Gewerkschaft sind. In der Privatwirtschaft sind es sogar weniger als zehn Prozent.

Die Fast-Food-Industrie beherbergt insgesamt zirka zwölf Millionen ArbeiterInnen. Der relative Anteil an Arbeitsplätzen in der US-Wirtschaft ist seit Jahrzehnten in dem selben Maße steigend, in dem Jobs aus dem Industriesektor verschwinden und ArbeitnehmerInnen auf Dienstleistungs-Jobs angewiesen sind.

Die Streikenden repräsentieren also nicht die „klassischen" AußenseiterInnen der US-Gesellschaft, sondern vielmehr das Schicksal einer Mittelklasse, die sich selbst nicht mehr vorm Absturz zu retten vermag.

Seit der Rezession 2008 sind immer mehr Jobs verloren gegangen, die früher der US-amerikanischen Mittelklasse ihren Lebensunterhalt garantiert haben. In Folge müssen immer mehr BürgerInnen auf Jobs zurückgreifen, die man früher eher als Ferien- und StudentInnenjobs bezeichnet hätte. So sind 70% der ArbeiterInnen in der Fast-Food-Branche heute 20 oder älter, von diesen haben 70% wiederum mindestens einen College-Abschluss.

35,5% der Angestellten sind sogar 40 oder älter, die Beschäftigten sind überwiegend dunkelhäutig und / oder weiblich.

Der jetzige bundesweite Mindestlohn für Fast-Food-Worker, der das letzte Mal 2009 erhöht wurde, liegt unter der Hälfte der Lohnsteigerungsforderungen bei $7,25, der Durchschnittslohn in der Branche beträgt in etwa $9,00.

Bei einem durchschnittlichen Vollzeit-Job in der US-Fast-Food-Branche würde man lediglich $18.500 verdienen. Das Problem für die Angestellten liegt nicht nur bei den niedrigen Löhnen, sondern auch in der Arbeitszeit. Schichten werden nach Gutdünken aufgeteilt; wie viele Stunden man pro Woche arbeiten kann, wird vom jeweiligen Filialmanagement entschieden. Das bedeutet für die überwiegende Mehrheit, dass sie im Schnitt offiziell nur 20-25 Stunden pro Woche – Überstunden nicht mitberechnet – arbeiten können. Da das für viele nicht reicht, müssen sie sich einen Zweitjob besorgen, um über die Runden zu kommen. Für andere sind die Schwankungen in den Arbeitszeiten so stark, dass sie von der Arbeit gerade mal ihre Stromrechnungen bezahlen können. Zusätzliche Leistungen wie bezahlte Krankentage und eine Krankenversicherung sind eine Rarität. Angestellte bei McDonald's müssen beispielsweise an Feiertagen wie Weihnachten arbeiten, ohne dafür extra Zuschläge zu bekommen.

Selbst wenn der Lohn über dem gesetzlichen Minimum liegt, reicht er oft nicht dazu aus, die grundlegenden Bedürfnisse zu decken, so dass besonders Menschen mit Familien zusätzlich zu ihrer Arbeit Leistungen aus dem Sozialsystem wie Lebensmittelkarten beziehen müssen. WirtschaftsprofessorInnen schätzen, dass man, um alle seine Grundbedürfnisse in einer US-Großstadt abzudecken, einen Mindestlohn von über $17, teils sogar von über $20 in Metropolen wie New York benötigt. Der gesetzliche Mindestlohn ist in den letzten Jahrzehnten jedoch bei weitem nicht in dem Maße gestiegen, wie er dies hätte tun sollen. Wäre dieser an die Preise gekoppelt gewesen, läge er heute bei $10,57, würde man den Anstieg der Produktivität in den letzten Jahrzehnten mit einberechnen, würde jedem Angestellten in den USA ein Mindestlohn von $21,72 pro Stunde zustehen.

Dass Lohnsteigerungen für den Fast-Food-Sektor ein realistisches Ziel sind und nicht den Untergang der gesamten Branche bedeuten würden, beweisen die Bilanzen der verschiedenen Restaurant-Ketten. Diese haben 2013 Schätzungen zufolge insgesamt einen Rekordprofit von 660,5 Milliarden Dollar einspielen können.

Das spiegelt sich auch in der Lohn-Disparität zwischen gehobenem Management und einfachen ArbeiterInnen wieder, der wie im Rest der USA gigantisch ist. Diese Spaltung ist de facto so hoch, dass nach Aussagen des Economic Policy Institute ein CEO an einem Morgen mehr verdient als einE einfacheR AngestellteR in einem ganzen Jahr.

Christopher Voß

Anarchosyndikalismus: Ein Relikt aus vergangenen Tagen ...oder vielleicht doch nicht?

Ein Text von Harald Beyer-Arnesen aus dem Jahr 1997

Ilan Shalif, ein libertärer Kommunist, dessen Gedanken ich schätze, auch wenn ich nicht immer mit seinen Schlussfolgerungen übereinstimme, schrieb folgendes während eines Email-Austauschs zwischen den klassenkämpferischen AnarchistInnen von „Organise!" [...]:

> *„Die anarcho-syndikalistische Gewerkschaft ist ein Märchen, ein Traum. Sie kann in unserer jetzigen kapitalistischen Gesellschaft nicht verwirklicht werden. [...] Gegenwärtig kenne ich keine anarcho-syndikalistische Gewerkschaft, die nicht nur ihrem Namen nach eine solche ist (entweder es ist keine Gewerkschaft, oder sie neigt bereits zur Kooption und zum Reformismus). [...] In unserer heutigen kapitalistischen Gesellschaft fällt es schwer, sich irgendeine praxisbezogene Gewerkschaft vorzustellen, die nicht groß und kooptativ wäre. Vollkommen anders verhält es sich dagegen mit kleineren Arbeitergremien. Wenn die Zeit für echte, libertäre Arbeitergewerkschaften reif ist, wird die Revolution schon bereits im vollen Gange sein." [...]*

Sind Anarchosyndikalismus und die revolutionären Gewerkschaften im Allgemeinen ein Relikt aus vergangenen Tagen, ein Traum, der sich in unserer heutigen kapitalistischen Gesellschaft nicht mehr verwirklichen lassen wird? Jüngste Beispiele aus der Geschichte scheinen diese Behauptung zu stützen. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die syndikalistische Zentralorganisation der schwedischen ArbeiterInnen (SAC) nur noch ein blasser Schatten ihrer Selbst. Diese Entwicklung ist umso bedeutender, bedenkt man, das die SAC (von der viel älteren französischen CGT mal abgesehen), die einzige revolutionäre Gewerkschaft war, die nie brutal unterdrückt wurde. Die Wobblies der IWW sind zwar momentan gesund und munter, doch ihre Mitgliederzahl beläuft sich auf gerade 900; Die CNT nach Franco ist auf weniger als 10.000 Mitglieder geschrumpft und droht in ihrer einstigen Hochburg Katalonien an inneren Spannungen zu zerbröckeln. Das bescheidene Wachstum der französischen CNT und der „Unione Syndicale Italiana" (USI) rief leidenschaftliche Dispute hervor, in denen über Kooption und Reformismus gestritten wurde und endete schließlich in deren Spaltung. Die deutsche FAU ist mit der Produktion ihrer Zeitung auf dem richtigen Weg, doch von einer eigentlichen Gewerkschaftsstruktur noch weit entfernt. Das britische Industrienetzwerk „Solidarity Federation" (SF) besteht aus 50 Mitgliedern, und befindet sich in der gleichen Situation wie die norwegische NSF, die seit 1976 als kleine Propagandagruppe mit derzeit ca. 40 Mitgliedern agiert und ihre Botschaft in korporativen Gewerkschaften verbreitet. Auch das wiederaufgekommene Interesse in Osteuropa hat bis jetzt nichts weltbewegendes hervorgebracht. In den früheren Hochburgen des Anarchosyndikalismus in Süd- und Zentralamerika ist die Situation noch trister als in Europa. Auf lange Sicht vielversprechend könnte das Wiedererstarken der Befürworter einer revolutionären Gewerkschaftsbewegung in Südafrika sein. Ähnliche Tendenzen sind erstmalig auch in Nigeria und Sierra Leone zu erkennen. Eine Gewerkschaft im eigentlichen Sinne ist allerdings zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht vorhanden.

Das allgemeine Bild, welches Ilan von der gegenwärtigen Situation skizziert ist zutreffend, auch wenn sich natürlich darüber streiten lässt, wie korrekt es im Detail ist.

Um den „historischen" Anarchosyndikalismus endgültig zu den Akten legen zu können, reicht es nicht aus, seinen derzeitigen Zustand empirisch zu bestimmen und lediglich Mechanismen zu benennen, mit denen die aktuelle Form des Kapitalismus gegen den Aufbau einer solchen Bewegung arbeitet. Denn das würde bedeuten, dass man in Zeiten, in denen sich der Klassenkampf intensiviert und die Arbeiter wieder anfangen, an eine Welt jenseits des Kapitalismus zu glauben, ein mögliches Wiedererstarken einer solchen Bewegung außer Acht gelassen wird. Die gegenwärtige Marginalität und die Absenz einer revolutionären Gewerkschaftbewegung spiegelt das mangelnde Selbstbewusstsein der Arbeiterklasse wieder, die nicht in der Lage ist, eine Welt ohne kapitalistisch geprägte soziale Beziehungen aufzubauen.

Wir sollten uns also folgende Frage stellen: Könnte in der heutigen Zeit nicht eine, wenn auch nur eine einfache, revolutionäre Gewerkschaftsstruktur als Motor zu einer zumindest teilweisen Stärkung des Selbstbewusstseins der Arbeiterklasse dienen? Für mich gibt es Gründe, die diese These stützen. Werfen wir zunächst einen Blick in die Zukunft.

Der Anknüpfungspunkt an eine zukünftige Gesellschaft

Für Sozialrevolutionäre ist es selbstverständlich, organisatorische Fragen vor dem Hintergrund ihrer Ziele zu betrachten und Mittel zu finden, die zu den Anforderungen an eine zukünftige, globale, libertär-kommunistische Gesellschaft passen. Konkret bedeutet das, dass der Übergang in eine solche dauerhafte Gesellschafts- und Organisationsform im Wesentlichen auf den Bedürfnissen, den Wünschen und der Vorstellungskraft einer freien Gesellschaft basiert.

Wir leben in einer Welt der exzessiven Arbeitsteilung. Der Zusammenhalt unter den ArbeiterInnen ist deshalb entscheidend für den Erfolg einer sozialen Revolution. Das ist nichts Neues. Fehlender Zusammenhalt war einer der Hauptgründe, die zum Scheitern der russischen Revolution führten und zwischen den Arbeitern das fehlende Selbstvertrauen in ihre Fähigkeiten zur Selbstorganisation fern vom Arbeitsplatz verstärkten.

Arbeiterräte agieren in ihren Produktionsstätten auf lokaler Ebene. Sie sind nicht ausreichend geeignet, um im Alltag eine Vernetzung zwischen den verschiedenen Produktionsstätten auf eine unbürokratische Art und Weise zu bewältigen. Daher war es kein Zufall, dass die Bolschewisten durch die Sowjets erstmalig in der Lage waren, ihre separatistischen Machtbestrebungen zu etablieren. Während der kurzen revolutionären Phase in Russland dienten die Komitees in den Fabriken als Basis der Opposition und als Machtzentrum der ArbeiterInnen. Doch diese Macht löste sich schon bald aufgrund fehlender, funktional agierender Verbindungen unter den Arbeitern auf.

Obwohl die Verbindungen zwischen den ArbeiterInnen nicht einzig und allein im revolutionären Syndikalismus präsent sind, sondern auch in bürokratischen Gewerkschaften teilweise aufrecht erhalten werden, stellen sie dort nur eine Ausnahme dar: Im Regelfall entsteht eine Führungsspitze, durch die sich die ArbeiterInnen zunehmend voneinander isolieren und immer passiver werden. Der gegenseitige Kontakt und die Hilfe wird somit einer handvoll Spezialisten überlassen, die nicht selten nur die Kunst der leeren Phrasen pflegen. Dieses Führungspersonal blockiert jeglichen direkten Kontakt zwischen den ArbeiterInnen und setzt ihr Handeln generellen Verdächtigungen und Illegitimierungen aus.

Die Frage nach beständigen Organisationsformen

Viele Sozialrevolutionäre lehnen die Beteiligung an institutionalisierten, großen Organisationen der Arbeiterbewegung innerhalb des kapitalistischen Systems ab. Da der Kapitalismus die eigentliche Antriebsfeder dieser Organisationen ist, werden diese zu institutionalisierten Hindernissen. Sie drohen die Revolution zu blockieren, indem sie ihre abgehobene Existenz zu rechtfertigen versuchen, sobald der Klassenkampf an einem bestimmten Punkt angekommen ist, nämlich dann, wenn dieses System überwunden werden kann.

Die Revolution braucht also ihre eigenen Organisationsformen. Organisationsformen, die möglicherweise in einem kapitalistischen System wachsen und gedeihen, werden den Bedürfnissen einer sozialen Revolution nicht gerecht werden können. Die Gewerkschaften können sich, in ihrer Funktion als Vertreter der Arbeitskraft, der Logik des Kapitals nicht entziehen, unabhängig von den politischen Überzeugungen ihrer Repräsentanten und deren Bemühungen, demokratische Gewerkschaftsstrukturen zu etablieren. Es ist im Rahmen dieser Argumentation notwendig, die vorsätzlichen Täuschungen durch Teile der Gewerkschaftsbewegung zu enthüllen und sich deshalb gegen die Arbeitgeber und die Gewerkschaften gleichermaßen zu richten.

Setzt man diesen Gedanken fort, müssen diese Anti-Gewerkschaftskämpfe gezwungenermaßen in alternativen Strukturen münden, die dann entweder wiederum als Gewerkschaft fungieren, oder werden durch interne als auch externe Spaltungen in einen atomisierten Zustand zurückfallen werden, innerhalb oder außerhalb der korporativen Gewerkschaftsstruktur. Man fühlt sich bei dem Gedanken, dass nur die Spaltung das Sprungbrett zur sozialen Revolution sein könnte, ziemlich verlassen. Jedoch basiert die Befürchtung, die diesem strategischen Gedanken zu Grunde liegt, darauf, dass möglicherweise aus korporativen Gewerkschaftsstrukturen ein unausgegorenes, revolutionäres Gebräu hervorgehen könnte welches komplett vom Fortbestand des vorherrschenden Systems abhängig sein wird.

Die Kritik an der Gewerkschaftsbewegung, die in oben genannter Position steckt, ist dem Anarchosyndikalismus nicht fremd. Man ist sich im klaren, dass der Anarchosyndikalismus im Kern durch unvermeidbare Widersprüche gekennzeichnet ist, die allerdings gleichzeitig eine Quelle der Vitalität in sich bergen. Dieser Kern beschreibt den grundlegenden Zustand der arbeitenden Klasse innerhalb des Kapitalismus und taucht dort auf, wo soziale Revolutionen geboren werden und wo sie auch schon wiederholt verloren wurden.

Die widersprüchliche Natur des Anarchosyndikalismus ist sein revolutionärer Antrieb und setzt ihm gleichzeitig dem Risiko aus, von der Logik des Kapitalismus vereinnahmt zu werden. Umso wichtiger sind institutionalisierte Vorsichtsmaßnahmen, um die jüngsten Entwicklungen als auch die immer wieder auftretenden Konflikte im Anarchosyndikalismus zu verhindern.

Der einzige Schutz vor Kooption ist die Auflösung der Organisation. Es ist also offensichtlich, dass jede beständige Organisationsform im Kapitalismus immer dem Risiko ausgesetzt sein wird, kooptiert und somit zu einem Hindernis in einer revolutionären Situation zu werden.

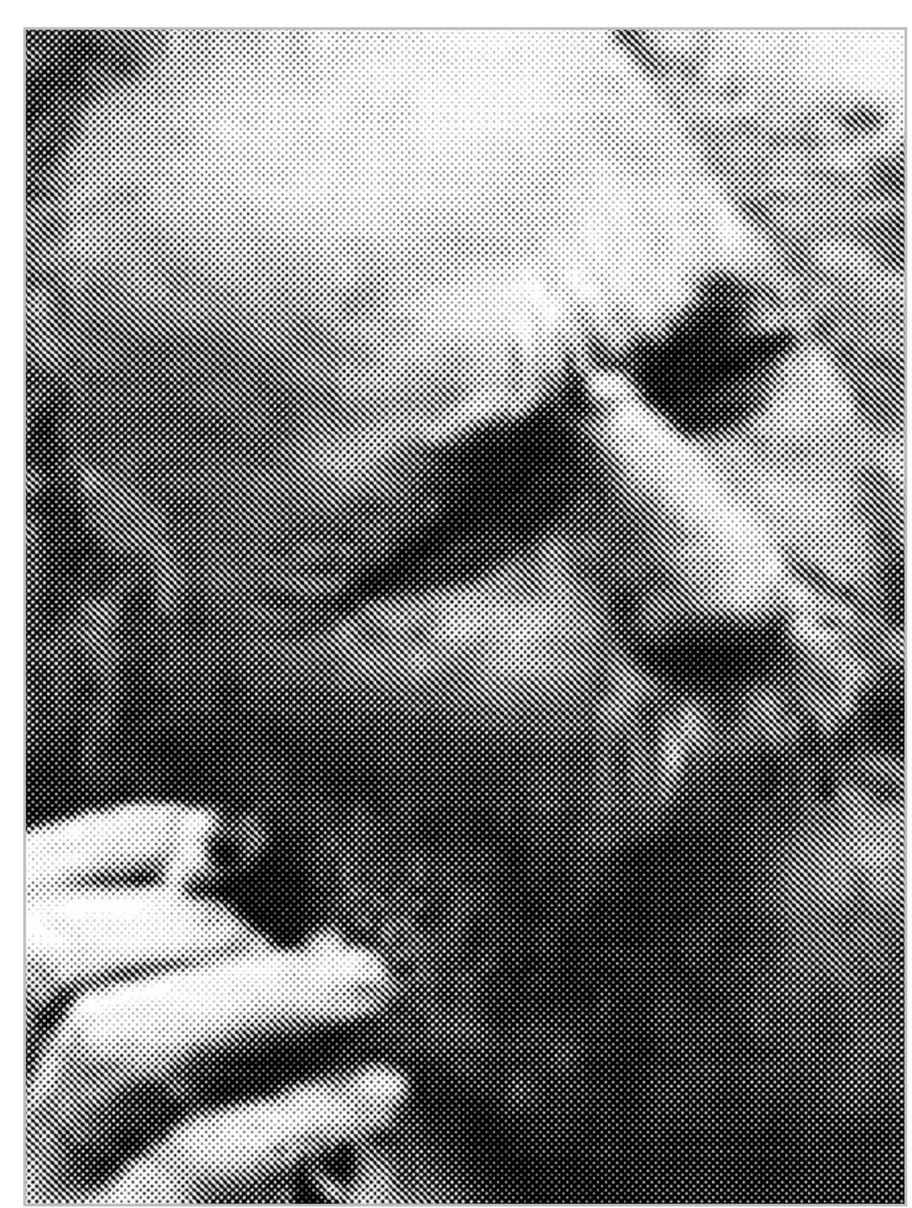
Aber diesem Argument entgegenzuhalten ist die Frage, ob eine Organisationsstruktur, die entweder auf den konkreten negativen Erfahrungen der ArbeiterInnen mit bürokratisierten korporativen Gewerkschaftsstrukturen basiert oder komplett unorganisiert ist, in der Hitze des Gefechts einer revolutionären Situation tatsächlich weniger Gefahr läuft, durch alte oder neue Klassengegensätze kooptiert zu werden. Ich denke nicht. Im Gegenteil. Die Tendenz zum Reformismus und zur Kooption wird in einer revolutionären Gewerkschaftsbewegung immer existieren und beide scheinen sogar ihre größte Chance zu sein, denn sie machen eine Beantwortung der daraus resultierenden Fragen zwingend im Hier und Jetzt erforderlich, nicht in einer fernen Zukunft. Ich verweigere mich allerdings der Logik, dass es in einer revolutionären Situation eine Stärke darstellt, an Unterwürfigkeit und Passivität gewöhnt zu sein. Ich kenne auch keinen historischen Beweis, der diese Ansicht stützten würde. Auf der anderen Seite scheinen eine endlose Blutspur und zahlreiche Gewaltherrschaften das Gegenteil zu bezeugen.

Man kann sich sogar fragen, ob das ablehnende Verhalten waschechter Revolutionäre gegenüber beständigen Massenorganisationen für die kapitalistische Kooption nicht doch den ultimativen Triumph darstellt.

Die Frage der Kooption

Seit dem Enstehen riesiger Gewerkschaftsbewegungen und der „glorreichen" Zeit des revolutionären Syndikalismus gelang es dem Kapitalismus zunehmend, jene Mechanismen zu kultivieren, die es ihm ermöglichten, Gewerkschaften in seine Entwicklung zu integrieren. Dieser Prozess begann, als privates und staatliches Kapital sich gezwungen fühlten, das Existenzrecht von Gewerkschaften anzuerkennen. Diese Akzeptanz wurde überall eng an die Bedingung geknüpft, dass Gewerkschaften durch ihre Stellvertreter einen dämpfenden und disziplinierenden Einfluss ausüben und, wenn notwendig, auch Sanktionen durchsetzen sollten, um ihre Mitglieder innerhalb der ihnen gesetzten Grenzen zu halten. So wurden Gewerkschaften schließlich zum systemstabilisierenden Faktor im Kapitalismus. Zwei Beispiele aus den skandinavischen Ländern sollen diesen historischen Sachverhalt belegen.

1905 begann die schwedische Arbeitgeberassoziation (SAF) auf ein landesweites System kollektiver Verhandlungen mit bindenden, aber zeitlich begrenzten Vereinbarungen hinzuarbeiten. Wie so oft waren es hauptsächlich die großen Industrieunternehmen, die einen Vorteil darin sahen, Gewerkschaften in Positionen mit gemeinsamer Verantwortung zu integrieren, was zur Folge hatte, dass der Zentralismus in den Gewerkschaften zunahm. Als immer mehr schriftliche Vereinbarungen auf landesweiter Ebene zwischen den Mitgliedern der SAF und dem sozialdemokratischen Gewerkschaftsausschuss (LO) getroffen wurden, fühlte sich die syndikalistische SAC veranlasst, sich, basierend auf ihren Grundsätzen, in Opposition zu solchen Vereinbarungen zu positionieren. Was von nun an als legale oder illegale Form des Arbeitskampfes betrachtet werden sollte, wurde später als „Gesetz zur arbeitsrechtlichen Vereinbarung und dem Arbeitsgericht" (1928) institutionalisiert. Dieses Gesetz, dem weitere folgten, wurde nicht nur eine Grundlage für Vorschriften und Sanktionen, sondern ermöglichte auch wichtige Sozialleistungen wie die Arbeitslosenversicherung, die wiederum in landesweiten Verträgen geregelt wurden. Die Mitglieder der SAC waren automatisch durch diese abgesichert, obwohl ihre Gewerkschaft es verweigert hatte, sich daran in irgendeiner Form zu beteiligen. Die ausdrückliche Absicht von SAF und LO, die SAC an den Rand zu drängen, wurde durch das



Harald Beyer-Arnesen verstarb am 11. Mai 2005 in Oslo

Gesetz von 1928 letztlich umgesetzt. Seitdem werden Fäden zwischen den Arbeitgeberverbänden, den Gewerkschaften und dem Staat gesponnen, um das Netz der gegenseitigen Abhängigkeit aufrecht zu erhalten.

In Norwegen waren die landesweiten Verträge größtenteils ein Ergebnis der Ausschlussstrategie norwegischer Arbeitgeberverbände. Aber seit 1911 entwickelte sich eine starke, syndikalistisch inspirierte Opposition innerhalb der LO, die sich für die direkte Aktion als Mittel des Widerstands einsetzte. 1918 ermöglichte es der Eisen- und Metallarbeiterverband, die Entscheidungskontrolle über den Beginn und das Ende von Arbeitskämpfen direkt in die Hände der betroffen ArbeiterInnen zu legen, während der Arbeiterbund hingegen beschloss, auf die Unterzeichnung lokaler Verträge zu verzichten. Diese sogenannten „allgemein anerkannten Vertragsbedingungen" verdrängten zunehmend den Abschluss von lokalen Verträgen. Dies führte wiederum zu einem Gerichtsurteil von 1920, welches besagt, dass die Gewerkschaften die juristische Verantwortung für die Aktionen ihrer Lokalföderation haben, unabhängig davon, ob sie diesen Vertrag unterzeichnen oder nicht. Auf diese Weise untergrub das Urteil die Entscheidung, nicht als offizielle Partei an einem geschrieben Vertragswerk teilzunehmen. Zuvor konnte man sich noch durch Verweigerung an einem Vertragswerk der gesetzlichen Auflage entziehen, doch von da an konnte der Arbeitgeber die Gewerkschaften verpflichten bei Unregelmäßigkeiten eingreifen zu müssen.

Diese Sklavenverträge, wie sie zu jener Zeit genannt wurden, wurden nicht einfach aufgelöst. Stattdessen entwickelte sich ein kompliziertes Netz von Gesetzen und bindenden Vereinbarungen, welche zum Zweck hatten, jeglichen potentiellen Konflikt zwischen Käufern und Verkäufern von Arbeitskraft zu regulieren. Innerhalb dieses Systems war kein Platz für die revolutionäre Gewerkschaftsbewegung, welche dadurch de facto ungesetzmäßig wurde.

Auf den ersten Blick haben die Arbeiter zwar in diesem beschriebenen Prozess ein bisschen was erreicht, aber die Arbeitgeber erreichten wesentlich mehr: stabile Konditionen, um die kontinuierliche Ausbeutung von ArbeiterInnen fortzusetzen, die Befriedung der Arbeitskräfte sowie eine impotente ArbeiterInnenvertretung, welche nun von der Spitze bis zur Basis über alle Ebenen reichte. Beide, Arbeitskräfte und Arbeitervertretung, waren darauf aus, den Frieden, die Ordnung als auch die gegenseitige Verantwortung ganz im Dienste des Kapitalismus aufrechtzuerhalten, mit dem Staat als finalem, „neutralen" Schlichter.

Diese korporative Struktur zeigt sich am deutlichsten in Ländern wie den skandinavischen, die einen hohen Prozentsatz an Arbeitern aufweisen, die passiv organisiert sind. Aber auch in Ländern mit einer prozentual sehr niedrigen gewerkschaftlichen Organisationsgrad werden die allgemeinen Bedingungen der Arbeiterklasse insgesamt von dem System einer mehr oder weniger korporativen Beziehung zwischen Gewerkschaft, Arbeitgeber und Staat bestimmt. Der letztgenannte Fall scheint ein größeres Feld für Aktionen und Organisationsstrukturen zu eröffnen, da diese schwerer zu kontrollieren sind.

Dort, wo Gewerkschaften vollkommen oder teilweise gesetzlich verboten sind und direkte Aktionen logischerweise oft das einzige Ausdrucksmittel für Missfallen sind, wird die Situation unberechenbarer und potentiell explosiv. Diese Gegebenheiten variieren von Land zu Land. In Indien beispielsweise ist jede Gewerkschaft laut einer örtlichen Quelle ein privates Unternehmen, mit der Aufgabe, Geld für seinen Unternehmer zu erwirtschaften. Es führt kein Weg daran vorbei, die dortigen Gewerkschaften und die Situation, unter der sie operieren müssen, zu verstehen. Es ist jedoch bemerkenswert, dass diese Gewerkschaften, sobald sei etwas an Legalität gewonnen haben, allem Anschein nach durch Kooption immer mehr jener Gewerkschaftsbewegung ähneln, welche noch für die Sowjetunion typisch war. Trifft das nicht auf die AFL-CIO (American Federation of Labour and Congress of Industrial Organisations) zu? Werden alle Gewerkschaften im zeitgenössischen Kapitalismus so enden?

Die Lücke in der Verbindung

Arbeiter werden sich immer organisieren, sofern sie eine Notwendigkeit dafür sehen und genügend Zusammenhalt und kollektive Stärke besitzen. Gewerkschaften sind nicht einfach irgendetwas vermeidbares, auch wenn wir es uns manchmal wünschten: sie sind etwas, dass uns der Kapitalismus aufzwingt. Konkret heißt das, dass der Kapitalismus uns in die Situation drängt, die Gewerkschaften erst notwendig macht. Solange wir unser Schicksal nicht in die eigenen Hände genommen haben, werden wir nicht ohne sie auskommen. Je mehr wir als ArbeiterInnen unorganisiert sind (die Mitgliedschaft in korporativen Gewerkschaftsform stellt dabei nur eine bestimmte Form der Unorganisiertheit dar, da sie größtenteils als Organisation der Passivität und der Teilung fungiert), umso mehr werden wir nur biegbares Material in den Händen des Gegners sein und letztlich allein durch die Logik des Kapitals regiert werden.

Der Arbeitsvertrag, kollektiv oder individuell, stellt bei seiner Eigentümlichkeit an sich ein Disziplinierungsinstrument dar, welches zum grundlegenden Bestandteil des Kapitalismus gehört. Das Unterschreiben eines solchen Vertrags beinhaltet eine grundsätzliche Anerkennung der Klassenbeziehungen. Er stellt die Voraussetzung für das Überleben eines Arbeiters dar und ist somit nicht einfach auf Basis individueller politischer Überzeugungen kündbar.

Als Lohnsklaven – entweder vorübergehend oder gar nicht beschäftigt, auf dem Weg einer zu werden oder bereits ausgestoßen – sind wir über die Funktionsweise des Kapitalismus miteinander verbunden. Diese Gemeinsamkeit ist allerdings nicht unumstößlich. Wir sind nicht das bloße Anhängsel des Kapitals. Seine Akzeptanz gilt nur unter Vorbehalt: in wilden Streiks und zahlreichen kleineren Sabotageakten und Blockaden, die täglich und an nahezu jedem Arbeitsplatz stattfinden, widersetzen wir uns zeitweilig. Es existiert eine Lücke in diesem Zusammenhang, die geweitet oder verengt werden kann und das bedeutet, dass der oben beschriebene Prozess umkehrbar ist. Alles andere wäre ja auch überraschend, denn es würde bedeuten, das die Gewerkschaftsstrukturen komplett unbeeinflusst von dem generellen Auf und Ab des Klassenkampfes wären. Das anarcho-syndikalistische Projekt setzt sich zum Ziel, die erzwungene Akzeptanz der Klassenbeziehungen immer mehr in Frage zu stellen, bis es zur endgültigen Explosion von Energien, Träumen, Gedanken und Wünschen kommt. Und zwar dann wenn die Bindungen an die kapitalistische Logik bröckeln, wenn Klassen abgeschafft sind und das freie Individuum als auch die kollektive Kreativmacht im Sinne einer gegenwärtigen als auch zukünftigen nicht-hierarchischen Gesellschaft agieren. Und das ohne die von Staat und Kapital auferlegten Fesseln.

Die Winde fangen

Die Ablehung des Anarchosyndikalismus, die aus der Angst vor Kooptation entspringt, ähnelt dem Bild eines Seglers, der davor zurückschreckt, schwimmen zu lernen, weil er dadurch fürchtet, sein Leben in Gefahr zu bringen.

Bei dem Gedanken an eine Erneuerung des Anarchosyndikalismus erscheint der Umstand, dass es zu wenige Initiatoren und zu wenig langfristiges Engagement gibt, als Teufelskreis. Das hat zur Folge, dass es keine dauerhafte Organisation gibt, denen die ArbeiterInnen beitreten könnten, auch wenn sie wollten. Zwar sind erste Strukturen entstanden, die als gewerkschaftlich zu bezeichnen können, doch die Skepsis ist nach wie vor groß: „Grundsätzlich eine gute Sache, aber zu wenig Leute für eine Gewerkschaft. Wenn mehr ArbeiterInnen beitreten, würde ich mir es überlegen". Genau in dieser Situation befindet sich die IWW heute, trotz ihrer historischen Bedeutung.

Andererseits kann eine Organisation ab einem bestimmten Punkt auch plötzlich schnell wachsen. Ähnliches kann passieren, wenn der Kern einer revolutionären Gewerkschaft an verschiedenen Plätzen in kurzer Zeit in Erscheinung tritt. Noch etwas ist zu sagen: Die Reaktionen, die einer Organisation entgegenschlagen, werden anders sein, wenn sie nicht als reine Propagandatruppe auftritt, die zukünftige Utopien skizziert anstatt im Hier und Jetzt tätig zu sein, sondern als gewerkschaftsbildende Organisation, die sich auf bestimmte Prinzipien beruft. Wenn du eine revolutionäre Gewerkschaft willst, musst du damit zu beginnen, Strukturen aufzubauen, die auch in einem kleinen Rahmen, im Hier und Jetzt das Prinzip der praktischen Solidarität umsetzen und in ihren Bestrebungen auch als funktional wahrgenommen wird.

Egal wie raffiniert die Methoden der Kooption auch sein mögen, die Stürme der Unzufriedenheit werden immer wehen. Um den Anarchosyndikalismus wieder aufleben zu lassen, müssen die Flammen von Unzufriedenheit und Respektlosigkeit gegenüber den Vorgesetzten entfacht werden. Aber es müssen auch Strukturen vorhanden sein, um diese Winde zu kanalisieren, ihnen ein verlängertes Leben einzuhauchen und ihnen eine Richtung zu geben, damit sie noch stärker werden. Unsere Aufgabe besteht darin, direkte Verbindungen zwischen den Arbeitern aufzubauen – auf lokaler Ebene, innerhalb der Grenzen eines Staates als auch auf globaler Ebene, von den Arbeitsplätzen hin zu den Kommunen in denen wir leben. Wir müssen Raum schaffen für kollektive Diskussionen, in denen von einer Gesellschaft jenseits des Kapitalismus geträumt werden kann.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist der Aufbau von revolutionär-gewerkschaftlichen Strukturen als Mittel zu betrachten, um den Traum von jener post-kapitalistischen Gesellschaft in die Arbeiterklasse zu transportieren. Dass dies zu einem Großteil innerhalb des Systems einer korporativen Gewerkschaftsbewegung geschehen kann, ist nur schwer vorstellbar. Die korporative Gewerkschaftsbewegung ist nicht im Stande sich zu reformieren. Sie muss dekonstruiert werden. Deswegen ist der offene Anarchosyndikalismus von entscheidender Bedeutung.

Offener Anarchosyndikalismus

Ein offener Anarchosyndikalismus bedeutet, dass die Solidarität über die reine Mitgliedschaft hinausreicht: es geht um ein vernetztes Denken der arbeitenden Klasse auf einem Mikro- und Makrolevel und die Entwicklung solidarischer Bindungen, um den praktischen Zusammenhalt in den unterschiedlichsten Rängen, Reihen und Abteilungen der korporativen Gewerkschaften. Diese Gewerkschaftsprinzipien sind außerhalb der solidarischen Gewerkschaften bedeutungslos, denn nur dort geht es nicht um bloße Mitgliedszahlen, sondern um praktisch ausgeübte Solidarität. Der Arbeitsplatz ist zwar der Ausgangspunkt im Anarchosyndikalismus, doch es geht darüber hinaus. Andernfalls würde man nur der Logik des Kapitalismus folgen. Ein Beispiel für die „über den Arbeitsplatz hinausgehende Gewerkschaft" sind die Kämpfe der CNT, die sich u.a. gegen die Schließung der Werften in Puerto Real, nahe Cadiz im Süden Spaniens, einsetzte, wo sich der Kampf auch auf umliegende Gemeinden ausweitete.

Die direkte Aktion im anarchistischen Sinne beinhaltet, die Mittel dem Zweck anzupassen und so eine Änderung der Welt auf kleinerem oder größerem Niveau zu bewirken. Wir nutzen unsere Macht über die Produktion, um dieses Ziel zu erreichen. Bescheidene Veränderungen in unserem Leben reichen uns nicht. Wir werden die eigene Fantasie wie auch die der Arbeiter befeuern. Wir werden stetig unsere Augen nach Potential offenhalten. Dies ist umso wichtiger, da der Kapitalismus sich selbst zum sozialen Faktor erhoben hat und unser alltägliches Leben in immer größerem Umfang durchdringt und durch seine exzessive Arbeitsteilung spaltet. Dadurch fällt es uns schwerer zu erkennen, dass wir eigentlich in der Lage wären eine andere Welt zu erschaffen.

Oft hört man, dass großformatig-revolutionäre Gewerkschaften zwar eine Lösung des Problems sein könnten, sie jedoch nie in der Lage sein würden, die gesamte Arbeiterklasse zu organisieren. Das trifft vermutlich zu. Es erscheint allerdings nicht sehr weise, diesen Gedanken auf der Grundlage einer reinen Gegenannahme zu führen. Eine Mitgliedschaft sollte niemals als Ende, sondern als Mittel angesehen werden. Es kann nur ein Ende geben: eine umfassende, globale Gesellschaftsform, die frei von Grenzen, Klassen, Hierarchien und Staaten ist und so weit wie möglich im Hier und Jetzt verwirklicht werden kann. Aber dafür müssen wir einen Zusammenhalt zwischen den Arbeitern aufbauen. Bereits vorhandene Anknüpfungspunkte werden wir gerne mit anderen teilen und ausbauen, jedoch nur auf Basis einer praktischen, nicht-hierarchischen Solidarität.

Aus dem Englischen übersetzt von Benjamin Most

Anarcho-Syndicalist Review Nr.22 (1997): Originaltext online unter: *syndicalist.us/2013/10/23/anarcho-syndicalism-a-historical-closed-door-or-not/*

Das war Spießerkram

Von pseudosozialistischer Diktatur, linken Irrtümern und der Suche nach Utopie

Selbst in den linken WGs westdeutscher Provinz-Hauptstädte hörte man irgendwann über die DDR: „Es war nicht alles schlecht…" Und in den fünf immer noch als „neu" bezeichneten Bundesländern ist die Tageszeitung, die für die Verbreitung solcher Thesen sorgt, relativ viel gelesen. Für eine neue Generation von AktivistInnen ist die DDR so Geschichte wie für meine Altersgruppe der Nationalsozialismus oder „1968". Und um eine weitgehend nicht selbst erlebte Geschichte ranken sich Mythen, die Konsequenzen haben für die eigene Art und Weise, Politik zu machen. Gerade während einer globalen Wirtschaftskrise und damit eines Aufschwungs linker Ideen ist das relevant.

Die HerausgeberInnen des Sammelbandes *Was tun mit Kommunismus?* diagnostizieren einen neostalinistischen Rückschritt, den Christoph Jünke in seinem Beitrag erläutert und der die DDR glorifiziere. Beispiele sind die von Gesine Lötzsch im Januar 2011 ausgelöste Kommunismus-Debatte, die „Danksagung" für den Mauerbau durch die *junge welt* im August 2011 und die Auseinandersetzung um Luciano Canforas und Domenico Losurdos Rehabilitierungsversuche Stalins.

Revolution und Konterrevolution

Das Ende der DDR hat den linken Politikstil massiv verändert. Denn das Setting änderte sich radikal: Zur als „Wende" kleingeredeten Revolution von 1989 gehörte die Wiedervereinigung 1990, ein binnendeutscher Imperialismus und die Verfestigung der deutschen Vormachtstellung in der EU. Dazu gehörte auch die Welle der rassistischen Anschläge Anfang der 1990er Jahre, der Kosovo-Krieg und der Umbau des Bildungssystems, der 1997 zu massiven Protesten an Schulen und Universitäten führte. Das sind Ereignisse, die mindestens eine Generation von Linken massiv prägten. Deutlich wird dies in dem Beitrag Bini Adamczaks, die auch ihre eigene Geschichte erzählt, in der, obwohl sie 1989 zehn Jahre alt war, die Prägung durch die 1989er Revolution und die 1990er Konterrevolution deutlich wird. Die Geschichte der DDR inklusive ihrem Ende ist immer auch die Geschichte der West-Linken – und dies im weitesten Sinne. Dies schildert etwa Willi Hayek in seinem Beitrag: Die Existenz der DDR bewegte einen auch immer dazu, eine andere Form von Sozialismus zu (er)finden. Und Hauke Benner führt diese Erzählung weiter zu der gegenseitigen Befruchtung der Neuen Sozialen Bewegungen Ost- und Westdeutschlands.

Von der soziologischen Phantasie zur „konkreten" Utopie

Politische Theorie, Kritik der Verhältnisse und eigene Biographie stehen im vorliegenden Band im engen Zusammenhang. Die Vielfalt der Erfahrungen und die Bereitschaft, diese auszutauschen, machen den Reiz des Buches aus: Haben Adamczak, Hayek und Benner ihre westlichen Erfahrungen eingebracht, so bringen u.a. Renate Hürtgen, Bernd Gehrke und Anne Seeck die Osterfahrungen in die Diskussion. Herauszuheben ist auch der Beitrag Sebastian Gerhards, der die Zeit der „Wende" und die marktwirtschaftliche Ideologieproduktion der „Wendehälse" thematisiert, damit auch deutlich macht, wie uneinheitlich die junge Geschichte der PDS bzw. Linkspartei ist. In diesen Beiträgen wird klar: Es reicht nicht, zu konstatieren, dass die DDR ein Sozialismus mit vielen Fehlern war oder eine gute Idee, die falsch umgesetzt wurde. Sondern sie war schlicht gar nicht sozialistisch.

Der Erfahrungsaustausch, der hier geboten wird, ist nicht nur durch mehrere Generationen und die Mischung aus Ost- und Westlinken gegeben, sondern auch strömungsübergreifend: MarxistInnen, AnarchistInnen, TrotzkistInnen diskutieren. Das ist deswegen inspirierend, weil sich an diesem Ansatz jedeR – auch „Nachgeborene" – sinnvoll beteiligen kann. Das bedeutet nun nicht, dass es nicht auch rein theoretische Beiträge gibt. Frank Engsters Ausführungen zur „Selbstkritik des Kapitals" schrappen nur haarscharf an völliger akademischer Unverständlichkeit vorbei. Und Lucy Redlers Beitrag ist enttäuschend nah an alter Ideologieproduktion. Dabei hätte sie es nach der Diskussionsreihe, die dem Buch voranging, besser wissen können: Denn das „Ei des Kommunismus" wird in dem Buch tatsächlich gefunden. Mehrere AutorInnen weisen darauf hin, dass die Frage eben nicht lauten muss, „Was verstehen wir unter Kommunismus?" und „Wie stellen wir uns diesen als Utopie vor?", sondern, wie es Christian Frings ausdrückt, dass es um die „beständige selbstbewusste Produktion von Beziehungen" gehen muss, und zwar in globalem Maßstab: „Wer heute Vorschläge für eine andere Welt aus dem Hut zaubert, sollte sich zuallererst fragen, ob sie oder er sie denn auch schon mit den Menschen in Asien, Afrika und Lateinamerika diskutiert hat."

Mag sein, dass es im Zuge der jüngsten kapitalistischen Krise zu einer unheilvollen Renaissance autoritärer Sozialismuskonzeptionen gekommen ist. Allerdings scheint sich doch eher das demokratische Modell durchzusetzen. Fast ein Vierteljahrhundert nach der ostdeutschen Revolution können jedenfalls Ost- und West-Linke auf einen Diskussionsprozess zurückblicken, der sie womöglich in dieselbe Bewegung gebracht hat. Die gegenseitige Fremdheit von ost- und westdeutschen Menschen, auch emanzipatorischen, ist immer noch krass hoch, nicht anders als die globale. Aber es wird besser. Ob das reicht, ist eine andere Frage.

Torsten Bewernitz

Selbsthilfegruppe *Ei des Kommunismus* (Hg): *Was tun mit Kommunismus?! Kapitalismus. „realexistierender Sozialismus". Konkrete Utopien heute. Unrast*-Verlag, Münster 2013. 388 Seiten, ISBN 978-3-89771-526-4. 18,- Euro.

Jude Rawlins & Subterraneans

Kunst, Kampf, Kaffee und Kuchen

Ein Sonntagnachmittag im Tiki-Heart in Berlin-Kreuzberg. An einem Tisch erzählen sich die Mitglieder einer Oi-Band, die am Vorabend im Wild At Heart spielte, lauthals Sauf- und Prügelgeschichten, während an einem anderen Tisch Jude Rawlins sitzt und von seiner Bewunderung für die feministische Filmemacherin Maya Deren erzählt – deren „Meshes Of The Afternoon" (1943) und „At Land" (1944) zu den einflussreichsten amerikanischen Experimentalfilmen zählen – und seinen vor einiger Zeit entstandenen Soundtracks dazu. Eine typische Szene für das Tiki-Heart und einer der Gründe, warum es trotz Touristenschwemme wohl immer interessant und einzigartig bleiben wird.

„Das System ist eine Lüge"

Jude Rawlins ist Sänger und Songschreiber der 1992 gegründeten Londoner Art-Rock-Band Subterraneans, zuvor wirkte er Ende der 80er als Teenager bei der Indie-Band Angelhead mit. Er tourte durch die ganze Welt, arbeitete mit Billy Mackenzie (Associates), Angie Bowie, Derek Jarman, der Performance Künstlerin Judy Neville und vielen anderen mehr, weigerte sich bei Major Labels zu unterschreiben, betreibt sein eigenes Label – den konventionellen Regeln ist Jude Rawlins niemals gefolgt, er macht keine Kompromisse. Derzeit ist er außerdem noch als Gitarrist mit der Lene Lovich Band unterwegs.

In Erinnerung blieb in diesem Jahr auch und vor allem sein frühzeitiges Facebook-Posting von „Ding-Dong! The Witch Is Dead", durch das viele noch vor dem ganzen Medienrummel von Maggie Thatchers Tod erfuhren. „Thatcher war der Abschaum der Menschheit", sagt er, „ich kratze jetzt nur kurz an der Oberfläche und nenne einige Dinge, für die sie verantwortlich war – Falklandkrieg, Bergarbeiterstreik, Clause 28, Privatisierung der staatlichen Infrastruktur, so dass jetzt sogar Bahntickets ein Mittel sind, um die Öffentlichkeit abzuzocken. Ihre Unterstützung Pinochets und Mugabes und der Apartheid in Südafrika, Poll Tax, die Liste ist endlos. Die britische Öffentlichkeit hätte es verdient gehabt zu sehen, wie sie bestraft wird, aber das ist nicht geschehen, weil das System eine Lüge ist und keine Demokratie. Sie lebte unbehelligt bis ins hohe Alter und starb im Ritz, in einer palastartigen Umgebung. Die einzige Befriedigung ist, dass sie alleine starb. Aber ihr Begräbnis kostete zehn Millionen Pfund, und das eine Woche, nachdem Cameron die Kulturförderung um elf Millionen Pfund kürzte. Ihr Tod war eine Mahnung, was konservative Politik wirklich bedeutet, wie schlecht und eigennützig diese Leute sind."

Kunst versus Kommerz

Zehn Alben haben Subterraneans bisher veröffentlicht, darunter ein Live-Album und einige Compilations. Im Grunde hat das Werk der Band zwei unterschiedliche Seiten: Da wären einmal die Avantgarde und Experimental-Alben, meist in Form von Soundtracks, für die Maya-Deren-Filme und für „Pandora's Box" von G.W.Pabst zu dessen 70-jährigem Jubiläum, andererseits eher konventionelle Rock-/Dreampop-Alben.

Von der Musikindustrie hätte er nie eine besonders hohe Meinung gehabt, so Jude Rawlins, stets hätten sie ihre eigene Plattenfirma gehabt, The Electric Label. „Seit 2006 wurden wir von Cadiz Music vertrieben", meint er lachend, „die wiederum von Pinnacle vertrieben wurden, als wir bei ihnen unterschrieben, aber nun von Universal vertrieben werden. Also sind wir derzeit bei einem Majorlabel. Welche Ironie! Was uns natürlich absolut nichts einbringt, aber wir verursachen keine Unkosten für sie, deshalb lassen sie uns einfach machen." Generell gesehen hätte sich die Situation für MusikerInnen in den letzten Jahren aber deutlich verschlechtert, fügt er hinzu: „Bezahlt werden und wie Dreck behandelt werden oder nicht bezahlt werden, das sind die Alternativen, wenn mensch sich mit der Musikindustrie einlässt. Nachwuchsbands denken anfangs immer noch, dass sie eine Chance hätten, von der Musik leben zu können. Das ist eine Illusion." Augenblicklich arbeitet Jude Rawlins zusammen mit den anderen Bandmitgliedern Carl Homer (Gitarre), dem Bassisten Robin Phillips und Guy Evans, dem ehemaligen Schlagzeugen von Van Der Graaf Generator, an einem neuen Album.



Foto: Kenny Laurenson

Den Namen Subterraneans hätten sie damals gewählt, weil sie sich für „Underground" im Sinne von „Alternative zum Mainstream" hielten. Da sie jetzt, zwanzig Jahre später, immer noch eine Underground-Band seien, wäre es wohl die richtige Entscheidung gewesen, so Jude Rawlins. Und wenn er unbedingt eine Schublade für sich selbst wählen müsste, dann wäre „Anarchist" wohl schon die richtige. „Im letzten Jahr habe ich Penny Rimbaud und Gee Voucher [Anm.: von Crass] besucht, ich habe den Nachmittag mit ihnen verbracht, wir haben Tee getrunken und uns unterhalten, ich befand mich in kluger und gut informierter Gesellschaft und habe das genossen. Wenn andere Menschen mich einen Anarchisten nennen wollen, ist das völlig in Ordnung. Ich glaube an Selbstregierung, und ich glaube nicht, dass es eine andere Autorität gibt außer uns selbst. Das ist für mich nicht verhandelbar. Ich denke, das macht mich in einigen grundsätzlich Punkten zum Anarchisten."

Karin Hoog

subterraneans.co.uk

Soundtrack beim Schreiben des Artikels: Subterraneans – „Soul Mass Transit"

Victor Hugo, Julius Cäsar und die blauen Augen der Schwalben

Ein Gespräch mit Dominique Manotti


Quelle: KP Flügel

1995, mit 53 Jahren, veröffentlicht Dominque Manotti ihren ersten Roman. „Spät, und nicht aus Berufung", erklärt sie, „sondern eher aus Verzweiflung" über die Entwicklung einer Gesellschaft, die ihre Generation vergeblich zu verändern versucht habe. Ihre politische Erfahrung und analytische Praxis als (Wirtschafts-)Historikerin liefern der Politkriminautorin das Instrumentarium, mit dem sie der Gesellschaft so präzise wie gnadenlos den Spiegel vorhält. Ihr neuester in deutscher Übersetzung erschienener Roman führt die KrimiZEIT-Bestenliste im August 2013 an. Während der H(amburger) E(nergie) W(echsel)*-Lesetage 2013 las und diskutierte sie im Buchladen Osterstrasse. Jorinde Reznikoff sprach mit ihr.[1]

„Le refus de parvenir" – Verweigerung von Erfolg als Selbstzweck sei die Devise der revolutionären SyndikalistInnen im Frankreich vor dem 1. Weltkrieg gewesen, eine Devise, an die Dominique Manotti sich stets gehalten hat.[2] Allerdings sei es für sie als Lehrerin mit einem festen Gehalt natürlich ein Leichtes gewesen, sich ihren absoluten Freiheitsraum zum Schreiben zu bewahren, ohne davon leben zu müssen. Erfolg hat sie allerdings.

Dominique, mit bürgerlichem Namen Marie-Noëlle Thibault, spricht in einem gestochen scharfen Französisch mit der ihr eigenen kompromisslosen Deutlichkeit. Die Sorge um Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit treibt sie an. Immer noch und trotz der Hoffnungslosigkeit, die sich ihr mit bleierner Schwere auf alle Fragen nach der Zukunft legt, die zu stellen ich allerdings nicht müde werde.

In der Gewerkschaft stand sie lange Jahre an führender Stelle, im Widerstand gegen den Algerienkrieg war sie aktiv, in der StudentInnenrevolte, ohne präzises Engagement ist sie undenkbar. Geschichte hat sie studiert und unterrichtet, Wirtschaftsgeschichte mit besonderem Blick auf die technischen und sozialen Umwälzungen des 19. Jahrhunderts, die ArbeiterInnenbewegung. Doch ihr politisches Engagement sieht sie als gescheitert an. Deshalb beginnt sie, mit 50 Jahren Kriminalromane zu schreiben. Denn „der Politkrimi, der *roman noir*, sei die große Literatur des 20. Jahrhunderts. Leider."

Der *roman noir*, wortwörtlich der „schwarze Roman", trete immer in Zeiten des Niedergangs auf. So sei das Genre „in den Staaten zur Zeit der großen Depression" überhaupt entstanden. „Vorher gibt es diese Art von Literatur nicht." Das verdeutliche ihr Begründer und „Papst" Dashiell Hammett. Er zeichne eine amerikanische Stadt so, dass diese Stadt als Verbrechen deutlich werde. „Ihre Ordnung selbst ist das Verbrechen." Am Ende der Untersuchung durch den bezeichnenderweise namenlos bleibenden Detektiv wisse man, dass die Stadt sofort wieder mit dem gleichen Verbrechen beginne. „Es gibt keine Wiederherstellung der Ordnung." Hier arbeite der Roman wie eine Art Skalpell, um aufzuzeigen, was die kriminelle Ordnung sei, und dass sie sich nicht ändere.

Das reflektiere eine total andere Vision als der klassische Krimi, der eigentlich ein Detektivroman sei, ein populäres Genre, das die Lesenden von vorne herein in der Sicherheit wiege, dass die angegriffene Ordnung wiederhergestellt werde. Diese Form erscheine das erste Mal im 19. Jahrhundert als literarischer Ausdruck der Philosophie der Aufklärung und des aufkommenden Nationalstaats. Denn für diese Gattung „sind folgende drei Dinge nötig: ein Rechtsstaat, eine Polizei, eine Rationalität." In einem religiösen Staat oder einer Monarchie könne es keinen Kriminalroman geben. Denn hier entschieden der Monarch oder die religiöse Macht darüber, was Recht sei. Demgemäß habe es auch unter Stalin und Hitler keinen Kriminalroman geben können. Seine stereotype „Grundstruktur ist von vorneherein vorhanden und sichtbar: Das Verbrechen, die Untersuchung, die Lösung." Und diese klare Form erleichtere die Lektüre, mache sie zu „einem populären Genre", für Menschen, die wenig lesen, eine Hilfe.

„Am Anfang macht sich der Leser Angst, dann hängt er sich an die Untersuchung, am Schluss ist er wieder in Sicherheit."

Mit Erleichterung, Vergewisserung und imaginären Lösungen hat sie, hélas, nichts zu tun, Dominique Manotti, die Autorin des *Schwarzen Korps*, der *Ehrenwerten Gesellschaft* und des jüngsten Romans *Zügellos*.[3]

Die schwarze Kunst des Sezierens hat Dominique Manotti bei Julius Cäsar gelernt. Das erfahre ich erstaunt, als ich nach Stil und Methode ihres Schreibens forsche. Bei dieser Frage blickt Dominique hocherfreut auf und holt weiter aus.

In ihrer Schulzeit habe sie Latein gelernt, da habe sie die pragmatische politische Motivation zum Schreiben sowie die daraus resultierende knappe und genaue Erzählweise von Julius Cäsar stark geprägt. „Er führt einen Eroberungskrieg, nur um sagen zu können, dass er ihn gewonnen hat, und damit in Rom die Macht zu übernehmen." Zu diesem Zweck müsse er ihn überzeugend beschreiben. Der Krieg selbst sei weniger wichtig als sein Bericht, denn der werde öffentlich vor der Volksversammlung im Forum vorgelesen. „Dafür muss er an seinem Stil sehr feilen, ihn extrem einfach und sehr kurz halten." Man habe letztlich den Eindruck, nicht ein einziges Wort verändern zu können. „Jedes Wort hat eine Art Offensichtlichkeit. Alles ist total einleuchtend und klar. Man stößt nirgends an. Das fand ich einfach großartig!" Im Übrigen sei Cäsar damit der erste vor George W. Bush gewesen, der einen Krieg für die „Bilder" geführt habe.

Allergrößten Wert legt Dominique auf den populären Aspekt. Im Gegensatz zu dem noblen Cicero habe Cäsar, und nach ihm Tacitus, fürs Volk geschrieben.

Dieser Wertschätzung und ihrer Ausbildung als Historikerin gemäß habe sich ihr eigener literarischer Stil ganz natürlich entwickelt: Kurz, knapp und so direkt wie möglich, auf alles irgend Verzichtbare verzichtend. Wenn HistorikerInnen einmal das richtige Wort gefunden hätten, dann müssten sie es unbedingt beibehalten, Wiederholung in der Wortwahl sei kein Makel, sondern stehe im Dienst der Genauigkeit. Auch müsse die Handlung immer direkt und so unkompliziert wie möglich erzählt werden. Wie die Sprache müsse jede Szene, jede Aktion der Handlung dienen. Der Rhythmus folge der Intensität der Aktion, beschleunige und entspanne sich mit derselben. Verben seien also wichtig, eine Reduktion der Adjektive und weitgehender Verzicht auf Vergleiche. Lachend erzählt Dominique von einem Vergleich, der ihr das klar gemacht habe: „Blau wie die Augen der Schwalben" habe sie in einem Buch gelesen und es sofort wieder zugeklappt. Denn wer habe je einer Schwalbe in die Augen geschaut und sie als blau identifizieren können?

Sie schreibe auch immer im Präsens, dieser viel leichteren und kürzeren französischen Zeitform im Gegensatz zu dem repetitiven schweren Imperfekt. Zudem sei das Präsens die „Zeit des Kinos", in der AutorIn und LeserIn sich auf der gleichen Zeitebene bewegten.

Die Begeisterung, mit der Dominique Manotti erzählt, wie und weshalb sie erzählt, ist so unwiderstehlich, dass ich die Frage nach der politischen Einflussnahme von Literatur noch einmal zu stellen wage. So hoffnungslos sei das vielleicht doch nicht?! Dominique richtet sich entschieden auf: „Da bin ich ganz deutlich: Ein Roman wird niemals die Welt verändern." Um sogleich, etwas weicher, einzuräumen, dass es wohl doch zwei Autoren gegeben habe, die insofern einen Einfluss auf ihre sehr bewegte Epoche hatten, als sie ihr eine Stimme hätten geben können: Victor Hugo und Charles Dickens. „Die Menschen drückten sich durch ihre Worte, Bilder und Symbole aus." In den Staaten habe der Western genauso funktioniert. Er habe die Weise modelliert, wie die AmerikanerInnen sich selbst sahen. Und das war „ein Glücksstreich, so sahen sie sich als heroische Cowboys, nicht als selbstmordgefährdete Indianer." Für den aufkommenden Krimi sei dann sehr klar gewesen, dass er den Western aus der Perspektive des Privatdetektivs neu geschrieben habe. „Der Privatdetektiv ist ein Avatar des Cowboys." Das sei ein starkes Bild der amerikanischen Imagination. Und da habe der Schriftsteller eine Rolle.

Jorinde Reznikoff

Anmerkungen:

[1] hew-lesetage.de/programm/

[2] „Das Emporkommen zu verweigern bedeutet, weder das Handeln noch das Leben zu verweigern; es bedeutet, das Leben wie das Handeln als Selbstzweck zu verweigern." Albert Thierry zitiert nach J. Vidal, *L'homme en proie aux enfants*, *Les Primaires*, *numéro spécial Albert Thierry*. 1921. S. 377-383. (Übersetzung Jorinde Reznikoff.).

[3] *Die Ehrenwerte Gesellschaft* erschien 2012 im Verlag *Assoziation A*, *Das Schwarze Korps* und *Zügellos* 2013 bei *Ariadne Kriminalroman*, im Verlag *Argument*.

Hinweis:

25. November 2013
20.00 Uhr - Buchladen Osterstraße, Hamburg
Spannende, entlarvende Fiktion aus realen Verbrechen:
Dominique Manotti und ihre Lektorin Iris Konopik (*Argument*-Verlag) als Dolmetscherin.

Volin – Die unbekannte Revolution

Zur Neuausgabe des Buches

Im Oktober wird der Verlag *Die Buchmacherei* Volins Studie neu herausgeben. Für D. Guérin ist sie ein bemerkenswertes Werk anarchistischen Denkens, entstanden mit dem Experiment der Russischen Revolution. W.B. Eichenbaum, Pseudonym Volin, wird am 11.8.1882 als Sohn einer wohlhabenden Ärztefamilie geboren, er nimmt an der Revolution 1905 teil. Aus dem Exil kehrt er 1917 nach Russland zurück. Nach der Verfolgung der AnarchistInnen durch die Bolschewiki schließt sich Volin der Machno-Bewegung an. Nach seiner Verhaftung durch die Bolschewiki kann er aufgrund der Intervention europäischer Gewerkschafter Russland verlassen. In Marseille beendet er 1939 sein Werk über die Russische Revolution. Volin versucht die Revolution aus der Perspektive von unten zu schreiben. Er beschreibt u.a. das schwierige Verhältnis zwischen den aktiven linken Minderheiten und der bäuerlichen Mehrheit. 1905 ist Volin bei der Entstehung des ersten Sowjets (ArbeiterInnenrats) anwesend. 1917 entwickeln sich die neu geschaffenen Sowjets zu Organen der Doppelherrschaft. Da alle sich bildenden Regierungen unfähig sind, die wesentlichen Probleme zu lösen, ist im Oktober 1917 der Weg frei für die soziale Revolution. Unterstützt von der Mehrheit der sich radikalisierenden ArbeiterInnen und BäuerInnen, ihre Forderungen aufgreifend, gelingt es den Bolschewiki, die Staatsmacht zu erringen. Erst danach wird deutlich, dass sich zwei widersprechende Konzepte gegenüberstehen. Für A. Soboul gibt es seit der Französischen Revolution zwei Linien der revolutionären Haltung und Praxis: Auf der einen Seite die revolutionäre Bewegung und Praxis der Massen mit libertären Tendenzen, auf der anderen die zentralistische Praxis unter der Führung einer hierarchischen Organisation.

Die libertäre Kraft ist in Russland erst schwach, wächst aber dann schnell aufgrund der Enttäuschung der arbeitenden Klassen über die Regierungspraxis der Bolschewiki. Die Kämpfe um die Emanzipation und gegen eine neue Diktatur über das Proletariat dauern bis 1921. Höhepunkte sind der Aufstand von Kronstadt im März 1921 und die Machnowina in der Ukraine (1918-1921). In beiden Bewegungen finden sich freiheitlich-kommunistische Momente. Die Matrosen Kronstadts beteiligen sich an vorderster Front in allen revolutionären Kämpfen, basisdemokratische Organisationen und Institutionen werden geschaffen. Nach ihrer Machtergreifung lösen die Bolschewiki diese Strukturen langsam wieder auf und ersetzen sie durch bürokratische Formen. Zur Eskalation kommt es im Frühjahr 1921. In Petrograd streiken Ende Februar die ArbeiterInnen. Der Regierung gelingt es, den Konflikt durch Zugeständnisse und Repression zu befrieden. Aber der Funke springt auf Kronstadt über. In Volins Werk sind zahlreiche Auszüge aus der Kronstädter Iswestija abgedruckt. Die werktätigen Massen wollen endlich selbst bestimmen und fordern alle Macht den freien Sowjets. Die Bolschewiki schlagen den Aufstand militärisch nieder, produzieren dabei eine Menge Lügen. Diese Politik sichert den Machterhalt der Partei. Mit der Niederlage der Matrosen, Soldaten und ArbeiterInnen Kronstadts verschwindet in Russland die Hoffnung, eine Gesellschaft der Freien und Gleichen schaffen zu können.

Zu diesem Zeitpunkt existiert aber noch in der Ukraine die Machnowina, für Volin die bedeutendste Erscheinung während der Revolution. In der Ukraine bildet sich aufgrund besonderer Bedingungen eine soziale Bewegung mit libertären Merkmalen. Bemerkenswert ist die Ablehnung der Führung durch politische Parteien, stattdessen wird die Idee einer freien Selbstverwaltung der ArbeiterInnen und BäuerInnen entwickelt. FreischärlerInnenabteilungen verschmelzen zu einer aufständischen Armee und führen Krieg gegen die alte und neue Herrschaft. Die Machnowina öffnet Räume für die Initiativen der Massen. Es gibt Versuche, das gesellschaftliche Leben frei und selbstbestimmt auf einer kommunalen und egalitären Basis zu organisieren. Periodische Kongresse der BäuerInnen, ArbeiterInnen und Aufständischen sollen auch über die Grundprinzipien entscheiden. Im Oktober 1919 leben mehr als zwei Millionen EinwohnerInnen im befreiten Gebiet. Die Bolschewiki versuchen schon früh, die „Volksmacht" zu zerstören. Allerdings sind sie auf die Kampfkraft der Aufständischen angewiesen. Im Herbst 1919 retten diese die Bolschewiki, indem sie die weiße konterrevolutionäre Armee besiegen. Nach der endgültigen Niederlage der Monarchisten 1920 kommt es zum Verrat der Bolschewiki. Alle autonomen Ansätze werden zerstört. Die Reste der aufständischen Armee kämpfen noch bis August 1921 im Namen der Rechte und Interessen der werktätigen Massen gegen die Bolschewiki. Dann ist der Traum eines selbstbestimmten Lebens auch für die aufständischen BäuerInnen vorbei. Volin beschreibt differenziert Stärken und Schwächen der Machnowina. Die gewählte Methode der Bolschewiki, autoritär alles von oben bestimmen zu wollen, verhindert die mögliche Emanzipation der ausgebeuteten und unterdrückten Klassen.

Volins Schlussfolgerung aus den Erfahrungen der Russischen Revolution ist die, dass jeder Versuch, die soziale Revolution mit Hilfe des Staates, einer Regierung durchzuführen, scheitern muss. Die jakobinische Konzeption ist zu verwerfen. Für die, die immer noch träumen von einer Welt ohne Ausbeutung und Herrschaft, ist die Lektüre sinnvoll, durch das Aufwerfen wichtiger Fragen, die noch zu beantworten sind. Die unbekannten RevolutionärInnen gehören zu unserem kollektiven Gedächtnis, zur schwarzroten Suche nach dem Glück.

C. Winter

Volin *Die unbekannte Revolution*, (drei Bände in einem Buch), 680 Seiten, Verlag *Die Buchmacherei*, Berlin, 10/2013, ISBN 978-3-00-043057-2.

Der Mob macht mobil

Das Lösungswort der letzten *DA*-Ausgabe: „Pogromstimmung"

Eigentlich besteht der Anspruch, auf der *Letzten Seite* nicht nur historische, sondern auch aktuelle Themen zu behandeln. Dies ist aber durchaus nicht einfach, da das Thema ja durch das Lösungswort schon zwei Monate vorher feststehen muss. So auch bei dieser Ausgabe. Vor zwei Monaten tobte mal wieder, angefacht von der Presse, in verschiedenen Städten Deutschlands der rassistische Mob. Den Wenigen, die das linke Verfallsdatum überlebt haben und sich auch noch mit über dreißig mit antirassistischen Themen beschäftigen, werden gleich wieder die Bilder von Hoyerswerda und Rostock Anfang der 90er durch den Kopf geschossen sein.

Nun ist es in Berlin-Hellersdorf zwar etwas ruhiger geworden, die Mobilisierung gegen AsylbewerberInnen im eigenen Kaff hat sich jedoch verstetigt. In Daisendorf ist kein Platz für einen Container zur Unterbringung von AsylbewerberInnen, da der Platz zur logistischen Bewältigung des Kindergartens benötigt wird. In Sachsenheim sind 523 Einwendungen gegen eine geplante AsylbewerberInnen-Unterbringung eingegangen, so viel wie noch zu keinem anderen Thema.

Im brandenburgischen Pätz erfreuen sich die Nazis großer Zustimmung in der BürgerInnenversammlung, und in Schneeberg beteiligen sich über 1000 Menschen an einem von der NPD organisierten „Lichterlauf", faktisch: einem Fackelmarsch.

Bei den selbsterklärten VollstreckerInnen des Volkswillens ist die Nachricht angekommen: Auch wenn es zu dem großen Vorbild Rostock-Lichtenhagen noch nicht gereicht hat, scheinen die militanten RassistInnen vermehrt zur Tat zu schreiten. In Ludwigslust wird ein Brand im Hausflur eines AsylbewerberInnenheims gelegt, in Premnitz gibt es einen Brandanschlag auf eine künftige Unterkunft für AsylbewerberInnen, in Wehr wird die Holztreppe im Treppenhaus einer AsylbewerberInnenunterkunft mit Benzin in Brand gesetzt, in Gmünden wird die Fassade eines AsylbewerberInnenheims angezündet, in Güstrow wird ein Feuerwerkskörper durch ein geöffnetes Kellerfenster geworfen, der einen Wäschekorb zum Schmelzen bringt, und in Duisburg Hochheide wird in einem von Roma bewohnten Haus ein Brand gelegt. Nur um mal einen groben Überblick zu geben.



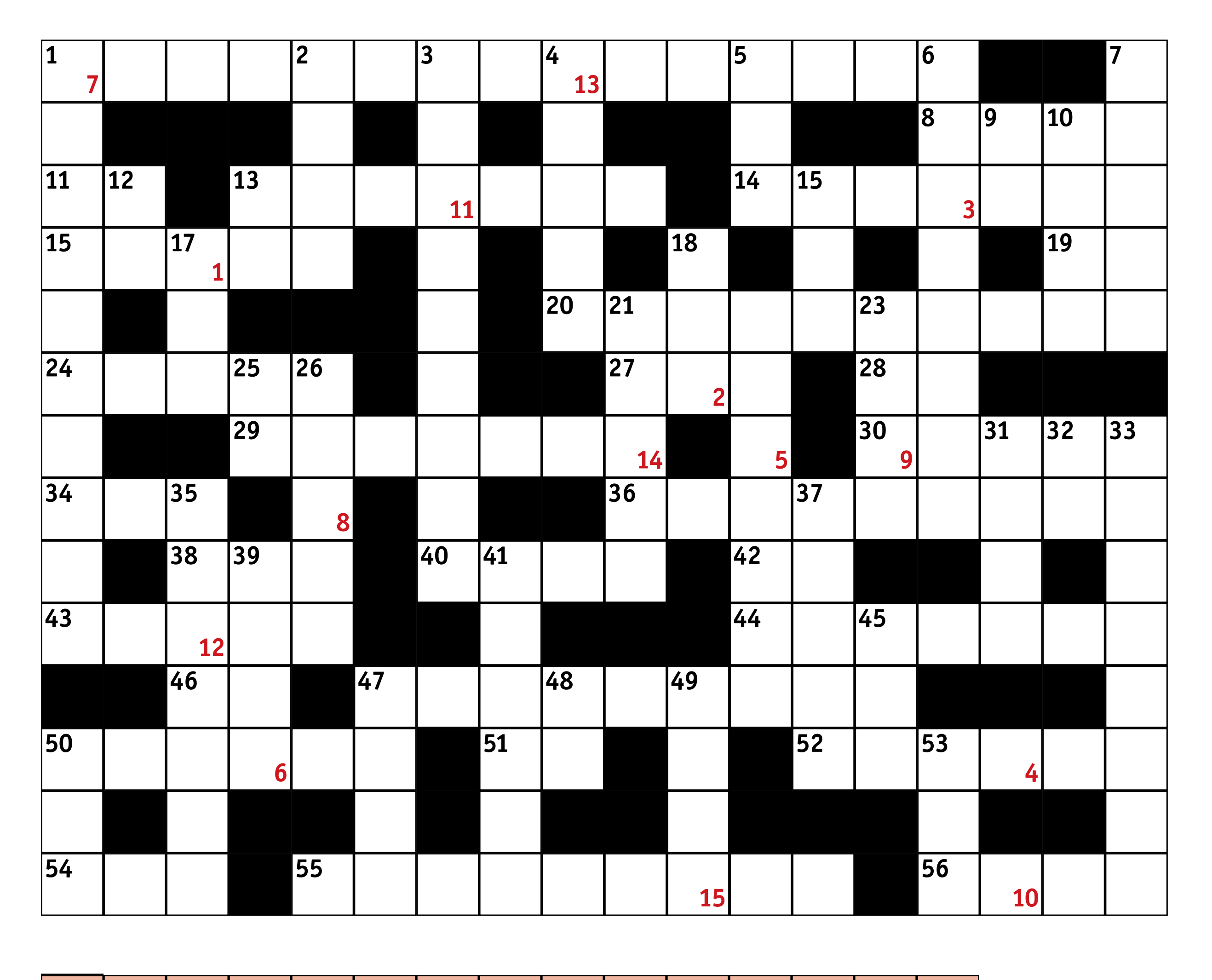
Quelle: indymedia.org

Neonazis beim Fackelmarsch in Bad Nenndorf

Dieser rassistischen Aufführung wird nun eine weitere Szene hinzugefügt: Seit einigen Wochen geht der Hamburger Senat polizeilich gegen die Mitglieder der Gruppe Lampedusa in Hamburg vor. Die rassistischen Kontrollen begannen nur wenige Tage, nachdem öffentlich große Trauer zelebriert worden war, als über 200 Geflüchtete auf ihrem Weg nach Lampedusa ertrunken waren – 200 von Tausenden, die die Durchquerung des Burggrabens der Festung Europa nicht überlebt haben. Aber so sehr die Toten betrauert werden, wenn es zu viele auf einmal sind, um sie zu verdrängen, so wenig will man die Überlebenden der Odyssee in der eigenen Stadt haben. In Hamburg haben sich die Geflüchteten, die es über Lampedusa bis hierher geschafft haben, organisiert; sie wollen nicht aus dem einen Elend entkommen, um dann in einem neuen Elend zu verharren – Obdachlosigkeit im fremden Hamburg ohne jegliche Perspektive. Doch der Senat tut alles Mögliche, um keinen Präzedenzfall zu schaffen: eine Zukunft für Geflüchtete in Deutschland soll es nicht geben. Wer die Außengrenze Europas trotz Frontex & Co überschreitet, soll wenigstens in der europäischen Peripherie bleiben.

Frank Bischoff & Helga Wein

Sozialrevolutionäres Kreuzworträtsel Nr. 85



Hinweis zum Rätsel: Umlaute (ä, ö, ü) bleiben, das ß wird (falls vorhanden) als „ss" geschrieben.

Waagerecht

1. Marxist. Strömung, deren Ideen des Kommunismus v.a. vom Gedanken der betriebl. Selbstverwaltung und Basisdemokratie geprägt ist 8. internat. anarchist. Bibliothek in der Schweiz <Abk.> 11. internat. Menschenrechtsorganisation <Abk.> 13. Wort oder Zeichenkette mit vorangestellter Raute zur Verschlagwortung <soziale Medien> 14. Zitat Tucholskys: Die SPD ist die ~ der Arbeiterklasse: Immer, wenn es ernst wird, zieht sie sich zurück 16. oriental., gewebter Wandteppich, oft bestickt 19. diese Zeitung <Abk.> 20. Eltern, meist aus begüterten Schichten, die ihre Zöglinge überall hin- und herfahren, ständig im Visier haben usw.: ~-Eltern 14. Wunschbild, Muster der Vollkommenheit 27. männl. Vorname <engl.> 28. aufwärts, nach oben <engl.> 29. einer der weltweit größten Fertigungsbetriebe für elektronische Produkte mit Werken v.a. in China; geringe Löhne und unmenschl. Arbeitsbedingungen führten 2010 zu einer Reihe von Selbstmorden in der Belegschaft 30. südafrik. Wildpferd mit gestreiftem Fell 30. Nachsilbe zur Bildung diverser sprachwissenschaftl. Begriffe z.B. Syno~, Topo~ 36. chinesischer Astronaut/ Kosmonaut 38. verwesende Tierleiche 40. Zitterpappel 42. Abkürzung, die u.a. Informationstabellen verwendet wird, wenn keine Angabe verfügbar ist 43. stecken bleiben <eine Schauspielerin>: aus der ~ fallen 44. Erbgut, Gesamtheit der Erbanlagen 46. Kfz-Kennzeichen für Osnabrück 47. hier wird wenig gefördert und vor allem gefordert 50. zweidimensionaler Code auf einem Produkt oder Objekt, der Zugang zu Informationen über das Internet ermöglicht 51. Ausruf des Schreckens 52. in den Konkurs führend (das gesuchte Wort wird oft im Zusammenhang mit kapitalistischem Wettbewerb gebraucht) 54. Männername <Kurzform> 55. Schlagwort für Angehörige bürgerl. Milieus, die der Politik die Gefolgschaft aufkündigen und vehement gegen etwas protestieren 56. Abk. für die drei deutschsprachigen Länder

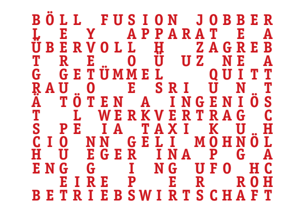
Senkrecht

1. rückschrittlich 2. Gerümpel, Habseligkeiten 3. meist stille Andacht oder Protestversammlung 4. Stadt am Fuße der Schwäbischen Alb: Bad ~ 5. eine bundesweite trotzkistische Organisation <Abk.> 6. mit Brettern überdeckter Raum, Speicher 7. Emirat am Persischen Golf, auf dessen WM-Baustellen jährlich Dutzende Hilfsarbeiter zu Tode geschunden werden 9. postalische Abk. des US-amerikanischen Bundesstaats Iowa 10. Zeitung der tschechoslowakischen KP (1920-90) und bis 1995 der tschechischen KP: ~ právo 12. Ländercode für Irland 13. Kfz-Kennzeichen für Hildesheim 15. hässl., humanoide Wesen, willige Vollstrecker der Mächte des Bösen in den Werken J.R.R. Tolkiens <Einzahl> 17. die dem Wind abgekehrte Seites eines Bergs 18. Sonderorganisation der UNO, die 2011 die Bundesregierung aufforderte, dass die FAU die Interessen ihrer Mitglieder gemäß der Konventionen vertreten könne (Recht der freien Meinungsäußerung, das Zutrittsrecht zu sämtl. Betrieben, in denen sie Mitglieder hat usw.) <Abk.> 21. Ertrag 22. Ausgangsform des Verbs, aus der alle anderen Formen abgeleitet werden können: ~iv 23. griechischer Anisbranntwein 25. die neue Zeitrechnung in Aldous Huxleys Dystopie „Schöne neue Welt" <Abk.> 26. Seemann, der Schiffe durch schwieriges Gewässer leitet, v.a. im Hafen 31. eine Hauptfigur der Zeichentrickserie „Die Simpsons" 32. Länderkürzel für Russland 33. Sammelbegriff für ungesicherte, schlecht bezahlte Arbeitsverhältnisse: ~ Beschäftigung 35. schwere Arbeit 37. hartnäckige Kerngruppe einer Partei 39. häufiges Füllwort 41. Vorort, Trabantenstadt <engl.> 45. größte internationale Organisation der Sinti und Roma <Abk.> 47. Jesus (2. Fall) 48. Länderkürzel für die Schweiz 49. eine Online-Plattform zur Erstellung von Social-Websites 50. gegenwärtiger (politischer) Zustand: Status ~ 53. liebevolle Botschaft im Netzjargon <Abk.>

Wieder gibt es ein DA-Abonnements (sechs Ausgaben) zu gewinnen. Wenn ihr bereits ein Abo habt, wird es einfach um sechs Ausgaben verlängert. Das Lösungswort könnt ihr der DA-Aboverwaltung schicken, entweder per E-Mail <da-abo@fau.org> oder per Post (DA-Aboverwaltung, Feldbergstraße 14, 79115 Freiburg).

Gewinner#219: Daniela W. aus Berlin

Auflösung # 84



Was will die FAU-IAA?

Wir Anarcho-SyndikalistInnen haben die herrschaftslose, ausbeutungsfreie, auf Selbstverwaltung begründete Gesellschaft zum Ziel.

Die Selbstbestimmung in allen Lebensbereichen ist die grundlegende Idee des Anarcho-Syndikalismus.

Daher lehnen wir die Organisation unserer Interessen in zentralistisch aufgebauten Organisationen ab, da diese stets Machtkonzentration und Hierarchie bedeuten. Weder soll, noch kann mensch mit StellvertreterInnen-Politik wie sie z.B. von reformistischen Gewerkschaften, Parteien und Kirchen betrieben wird, unsere Interessen durchsetzen.



Dagegen sind wir direkt und indirekt lohnabhängigen Menschen für Selbstorganisation in unabhängigen Betriebs-, Branchen- und Ortsgruppen. Diese sind bundesweit (in der FAU) und international (in der IAA) zusammengeschlossen.

Zur Durchsetzung unserer Ziele und Forderungen dienen uns sämtliche Mittel der Direkten Aktion, wie z.B. Besetzungen, Boykotts, Streiks etc. Im Gegensatz dazu lehnen wir die parlamentarische Tätigkeit in jeglicher Form ab. Mit dieser Art von Organisation verbinden wir die Möglichkeit, Vereinzelung und Perspektivlosigkeit aufzuheben und so für eine revolutionäre Veränderung auf freiheitlicher Grundlage zu kämpfen.

Da die Macht und die Stärke des kapitalistischen Systems in der privaten bzw. staatlichen Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel und in der täglichen Ausbeutung der arbeitenden Klasse begründet sind, ist der ökonomische Bereich der Hauptansatzpunkt für den antikapitalistischen Kampf.

Revolutionäre Arbeit in den Betrieben trifft den Kapitalismus nicht nur in seinen Erscheinungsformen, sondern an seiner Wurzel. Diese Arbeit kann nur erfolgreich sein, wenn in allen gesellschaftlichen Bereichen gleichzeitig revolutionäre Arbeit geleistet wird, da alle Kämpfe in einer Wechselbeziehung zueinander stehen.

Alle Menschen, die in diesem Sinne mit uns zusammenarbeiten wollen, sind uns willkommen.



anarchosyndikalistische Zeitung der Freien ArbeiterInnen Union (FAU-IAA)

Direkte Aktion
Abonnementverwaltung
Feldbergstraße 14
79115 Freiburg

ISSN 0949-1872

Redaktionsanschriften:
BuG: da-bug@fau.org
Globales: da-globales@fau.org
Hintergrund: da-hintergrund@fau.org
Kultur: da-kultur@fau.org
Zeitlupe: da-zeitlupe@fau.org
Schlussredaktion: da-schlussredaktion@fau.org
Anzeigen: da-anzeigen@fau.org

Verleger: Direkte Aktion e.V., c/o DFG-VK, Mühlgasse 13, 60486 Frankfurt/M.

ViSdP: Patrick Lohner

Druck: Union Druck Berlin

Redaktionsschluss DA 221: 20. Dezember 2013